

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Leitner das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Der Herr Landesrat Dr. Niederl, der zuständige Referent für das Wohnungs- und Siedlungswesen in Steiermark, sagte im Vorjahr bei der Behandlung der Gruppe 6, daß die derzeitige Form der Wohnbauförderung weder auf die Einkommensverhältnisse noch auf den Familienstand, noch auf den Wohnbedarf Rücksicht nimmt.

Das ist eine sehr schwere Kritik seitens des zuständigen Referenten und ich möchte bemerken, daß ich mit dieser Feststellung einverstanden bin, daß Herr Landesrat Dr. Niederl vollkommen recht hat, nur glaube ich, müßte er noch hinzufügen, daß für diese vollkommen ungenügende Wohnbauförderung die Hauptschuld die ÖVP in der Bundesregierung und im Parlament trägt. Das hat er vergessen, zu sagen. Ich kann mir vorstellen, warum.

Nun ist wieder ein Jahr vergangen, wir beraten wieder das Kapitel 6 und der Herr Landesrat müßte dem Hohen Haus berichten, was in dieser wichtigen Frage getan wurde, um vor allem die Wohnbauförderung in Steiermark zu verbessern. Welche Bestimmungen für die Wohnbauförderung wurden abgeändert, so daß im großen und ganzen gesehen — und da spitzt sich ja diese Frage zu — sich auch der Normalverdiener eine Wohnung ohne übermäßige Belastung leisten kann? Eine zweite Frage in dem Zusammenhang: Wieviel Wohnungen wurden mehr als bisher in Steiermark gebaut, um den großen Fehlbestand — über den sind wir uns ja alle einig — rascher abzubauen und damit vor allem die großen Wartezeiten, die vor allem junge Menschen abwarten müssen, bis sie eine Wohnung bekommen, doch einigermaßen verkürzt werden?

Aus den Stellungnahmen des Herrn Landeshauptmannes Krainer und des Landeshauptmannstellvertreters DDr. Schachner, die sie zum Landes-Budget abgegeben haben, konnte man nur entnehmen, daß 350 Millionen Schilling im nächsten Jahr an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung stehen, womit der Bau von 4600 Wohnungen, davon 1800 Eigenheimen, gefördert werden soll, also ungefähr gleich viel wie im heurigen Jahr. Auf das brennende Problem der Änderung der Wohnbauförderungsbestimmungen sind beide nicht eingegangen, wahrscheinlich deshalb, weil weder die ÖVP noch die SPÖ geeignete Vorschläge haben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner: „Sie reden bewußt von etwas anderem als wir geredet haben. Wir sprachen von der Wohnbauförderung 1954, aber nicht vom Sonderwohnbauprogramm und vom Barackenersatzbauprogramm und von der Landeswohnbauförderung, das lassen Sie bewußt auf der Seite liegen!“) Ich rede jetzt von den Förderungsbe-

stimmungen, ich werde aber auf diese Fragen auch noch zu reden kommen.

Ich sage nur, daß beide auf diese Abänderung der Förderungsbestimmungen nicht eingegangen sind, weder der Herr Landeshauptmann noch der Landeshauptmannstellvertreter. Scheinbar gibt es keine geeigneten Vorschläge, um die Wohnbauförderung so zu verändern, daß auch normale Verdienner sich ohne besondere große Anstrengungen doch eine Wohnung leisten könnten.

Meiner Ansicht nach genügt es nicht, nur in Versammlungen, besonders vor jungen Menschen, jungen Ehepaaren und in sogenannten Jugendparlamenten, in Forums-Diskussionen und in Enqueten immer nur zu wiederholen, daß das Wohnungsproblem für diese Politiker das Problem Nr. 1 sei, wenn sie nicht auch bereit sind, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Ich habe hingewiesen auf diese 350 Millionen, und ich habe hingewiesen auf diese 4600 Wohnungen, ausgesprochen durch den Mund des Herrn Landeshauptmannes. Ich habe nichts verschwiegen. (Landesrat Wegart: „Ich war vor 2 Jahren in Moskau, ich kann Ihnen sagen, da schneiden Sie schlecht ab!“)

Dort werden viel mehr Wohnungen übrigens gebaut. Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß sich innerhalb des letzten Jahres die derzeitigen Bestimmungen der Wohnbauförderung noch ungünstiger ausgewirkt haben als noch vor einem Jahr, und dafür möchte ich ein Beispiel anführen, und ich glaube, niemand wird das bestreiten können. In der letzten Landtagssitzung am 3. Dezember 1966 wurde der Bericht über die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark für das Jahr 1965 zur Kenntnis genommen. In diesem Bericht wird unter anderem festgestellt, daß sich die durchschnittlichen Baukosten pro Wohnung von 195.000 Schilling im Jahre 1964 auf 223.000 Schilling im Jahre 1965 erhöht haben — die Baukosten sind also innerhalb eines Jahres um 27.000 Schilling gestiegen. Der durchschnittliche Förderungsbeitrag pro Wohnung stieg aber bei sogenannten natürlichen Personen im selben Zeitraum um nur 5.241 Schilling, das heißt von 53.700 Schilling auf 58.941 Schilling. Das heißt, die Wohnungswerber, die das Glück hatten, bei der Vergebung der Förderungsmittel berücksichtigt zu werden, haben selbst für 21.000 Schilling für teure Kredite zu sorgen bzw. für deren Kosten aufzukommen. Es ist klar, daß dadurch der Mietzins bzw. die Rückzahlungsrate weiter stark ansteigen. Und diese Diskrepanz zwischen den bewilligten und geringfügig erhöhten Baukostenmitteln und den Darlehen, die bei Sparkassen oder bei Banken gegen hohe Zinsen aufgenommen werden müssen, wird immer größer, wird für die Wohnungssuchenden immer unerträglicher. Bei der im November d. J. stattgefundenen Grazer Wohnbau-Enquete stellte der Grazer ÖVP-Stadtrat Dr. Pammer fest, daß für eine familiengerechte Wohnung — er führt hier

ein Quadratmeter-Ausmaß von 80 an — also eine 3-Zimmer-Wohnung, die aus Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gefördert und jetzt fertig wird, der Quadratmeter-Zins 12 bis 14 Schilling beträgt, das heißt der monatliche Mietzins 960 bis 1.120 Schilling beträgt. Es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, daß eine solche Miete für Normalverdiener untragbar ist und daß daher die Förderungsbestimmungen unter anderem des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds schon vom sozialen Gesichtspunkt aus unbedingt abgeändert werden müßten. Damit taucht die Frage auf: Was ist ein Normalverdiener? Da gibt es, glaube ich, sehr große Meinungsverschiedenheiten. (Abg. Scheer: „Vor allem, wo man auf der Welt lebt!“)

Wir müssen uns mit den österreichischen Verhältnissen und vor allem mit den steirischen befassen, und alle Damen und Herren, die von anderen Ländern reden, da habe ich die Meinung, sie wollen ablenken. (Landesrat Wegart: „Nein — vergleichen!“)

Die Arbeiter und Angestellten in der Steiermark sind, wie auch heute schon oder gestern vor allem gesagt wurde, bei der steirischen Gebietskrankenkasse versichert. (Zwischenruf: „Nicht alle!“) Nicht alle, aber der größte Teil. Nach der letzten Statistik, die uns in diesem Zusammenhang zur Verfügung steht, verdienen von 235.000 Versicherten nur 11.200 das sind ca. 5 Prozent der bei der steirischen Gebietskrankenkasse Versicherten, mehr als 5.325 Schilling brutto im Monat. Wenn man sich das Nettoeinkommen anschaut, werden Sie zugeben, daß das bedeutend niedriger ist. Und damit möchte ich auch beweisen, daß der überwiegend größte Teil der Arbeiter und Angestellten auch in Steiermark zu den Normalverdienern gehört, dem man auch einen sozialen Mietzins, eine Wohnung zugestehen muß, die mit Förderungsmitteln vom sozialen Gesichtspunkt aus gebaut wird. Die ÖVP hat im Juli 1966 ein Ministerkomitee zur Ausarbeitung einer sogenannten kleinen Wohnungsreform zusammengestellt und dabei Gesetzentwürfe zur Begutachtung ausgesendet. Es wird auch gesprochen von einer Reform der Wohnbauförderung. Der Herr Abg. Feldgrill hat ja auch dazu schon Stellung genommen. Die Bestimmungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sollen allerdings nach diesen Vorschlägen nur insoweit abgeändert bzw. novelliert werden, daß, wie auch der Herr Abg. Feldgrill hier schon gesagt hat, die Möglichkeit geschaffen wird, daß Wohnungen in aus dem Fonds errichteten Wohnhäusern auch als Wohnungseigentum vergeben werden können. Aber in diesen Novellierungsvorschlägen ist nichts enthalten, daß diese unsozialen Bestimmungen, die diese Wohnbauförderung heute schon beinhaltet, abgeändert werden sollen, so daß auch weiterhin diese Wohnungen, die gefördert werden aus diesen Mitteln, Mietzinse erbringen, die sich kein Normalverdiener mehr leisten kann.

Das Wohnhauswiederaufbaugesetz, das Ende 1967 ablaufen soll, soll ebenfalls nach dem Vor-

schlag der ÖVP novelliert werden. Die Fondsmittel sollen demnach auf 90 Prozent der Baukosten beschränkt werden, bisher waren es 100 Prozent. 10 Prozent, das sind von 20.000 bis 40.000 Schilling sollen als Eigenmittel in Zukunft aufgebracht werden. Die Rückzahlungsfrist soll von jetzt 75 Jahren auf 50 Jahre — hat der Herr Abg. Feldgrill hier gesagt, ich habe eine andere Ziffer, aber bitte schön — gekürzt werden. Ein Prozent Tilgung und ein Prozent Verzinsung gegenüber bisher Zinsfreiheit! Zusätzliche Wohnungen würden durch die Verwirklichung dieser ÖVP-Vorschläge nicht gebaut werden können. (Landesrat Dr. Niederl: „Warum nicht, wenn die Laufzeit kürzer ist!“)

Es werden unter anderem weniger gebaut, weil ja bekanntlich von Jahr zu Jahr die Preise rasant hinaufsteigen und die wenigen Mittel, die durch eine kürzere Rückzahlungsfrist hereinkommen, sehr und wahrscheinlich zum größten Teil weggefressen werden.

Im Gegenteil! Die unsozialen Bedingungen in der Wohnbauförderung werden sogar noch verschlechtert. Ich habe das angeführt im Zusammenhang mit den Wohnhauswiederaufbauvorschlägen. Die Bedingungen für die Verwendung der Mittel werden im wesentlichen verschlechtert und damit die bisher mit dem Wohnhauswiederaufbaufonds gebauten Wohnungen ebenfalls teurer.

Die ÖVP steht offensichtlich auf folgendem „Rechts-Standpunkt“: — unter Anführungszeichen —: Gerecht ist, wenn alle teure Mietzinse bezahlen.

Wenn der Herr Landesrat Dr. Niederl bei der Grazer Wohnbau-Enquete auch erklärte, daß die Finanzierung so sein soll, daß sich auch der Minderbemittelte eine Wohnung leisten kann, so sind das im Zusammenhang mit den offiziellen Vorschlägen der ÖVP nur fromme Worte. (Zwischenruf: „Sind Sie dagegen?“)

Nein, ich bin dafür, aber die Vorschläge der ÖVP, die sie jetzt gemacht hat, die sind ja keine Verbesserung, sondern nur eine Verschlechterung. Soweit sie vorhanden sind, kennen wir sie und vielleicht, Herr Landesrat, Sie haben ja die Möglichkeit, zu berichten, wie die Wohnbauförderungsvorschläge der ÖVP sind, die also günstiger als die bisherigen wären. Ich habe nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist. Vielleicht hat die ÖVP schon wieder etwas beschlossen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß beim Wiederaufbau-Fonds die Bestimmungen wesentlich verschlechtert werden sollen. Dadurch werden die Wohnungen statt billigere Zinse noch teurere Zinse haben. Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds: Dort werden die Förderungsbestimmungen überhaupt nicht abgeändert. Das heißt, daß die Mietzinse von Jahr zu Jahr — wie bisher — steigen und bereits selbst nach

den Ausführungen des Herrn Stadtrates Doktor Pammer von der ÖVP — als absolut unsozial zu bezeichnen sind. Und hier wurde nichts geändert. (Landesrat Wegart: „Ah, das hat der Pammer gesagt?“) Ja, das hat der Pammer gesagt. (Landesrat Wegart: „Da fragen wir ihn aber!“)

Wahrscheinlich sind nach Meinung des Herrn Landesrates Dr. Niederl solche Menschen minderbemittelt, die eine Ausgleichs- oder womöglich eine Fürsorge-Rente bekommen. Zweifellos gehören diese Leute zu den Minderbemittelten. (Landesrat Dr. Niederl: „Ich weiß sehr genau, wer minderbemittelt ist!“)

Ich möchte sagen, daß diese Menschen auf Grund ihrer sozialen Lage nicht imstande sind, selbst nur wenige Schilling für eine neue Wohnung anzulegen. Man wird dann sagen, die wollen eben keine neue Wohnung und aufzwingen wird man keinem eine neue Wohnung. Damit ist offensichtlich für die ÖVP das Problem der Änderung der Wohnbauförderung nach sozialen Gesichtspunkten gelöst.

Was machen wir Kommunisten für Vorschläge zur Verbesserung der Wohnungsfrage?

1. Wir verlangen, daß mindestens 50.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, aber laufend, so wie versprochen wurde und was in den meisten der vergangenen Jahre nicht eingehalten wurde.

2. Es ist außerdem vorzusehen, daß jährlich eine Steigerung des Wohnungsbaues und der dazu notwendigen Mittel um 10 Prozent eintritt. Der Staatszuschuß für den Wohnbau soll schrittweise bis zur Höhe jenes Betrages gesteigert werden, den die Arbeitnehmer schon bisher jährlich dafür aufbringen. Das Wohnungsproblem kann nur durch Bereitstellung von ausreichenden öffentlichen Mitteln und deren planmäßigen Einsatz gelöst werden.

Der Herr Abg. Loidl hat schon auf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Bauwirtschaft, auf die Erstellung langfristiger Bauprogramme hingewiesen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Bau von Fertigteilfabriken in Steiermark und auch in anderen Landeszentren notwendig wäre. Ferner wäre die Beseitigung der Winterarbeitslosigkeit im Baugeerbe und damit die Erreichung der vollen Ausnützung der Baumaschinen notwendig, wodurch der Wohnbau, aber auch der Straßenbau nach Ansicht von Fachleuten und auch von steirischen Fachleuten und Professoren, bis zu 20 und 30 Prozent im Durchschnitt verbilligt werden könnte. Und das wären natürlich gewaltige Mittel, die dann zusätzlich dem Wohnbau zur Verfügung stehen würden.

Eine weitere Verbilligung des Wohnbaues könnte durch die Eindämmung der Bodenspekulation erreicht werden mit Hilfe eines Grundbeschaffungs- und Assanierungs-Gesetzes und

durch Anwendung — wie schon öfter betont wurde — schärfster Bestimmungen gegen die in Österreich grassierende Korruption.

Wir Kommunisten verlangen, daß endlich auch, wie die anderen Parteien das tun, alle öffentlichen Wohnbau-Fonds zusammengefaßt werden und daß diese Fondsmittel an die Länder und Gemeinden — das möchte ich betonen — überwiesen werden. Länder und Gemeinden sollen diese Mittel je zur Hälfte für die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaues und zur Förderung des genossenschaftlichen Siedlungs- und Eigentumswohnbaues verwenden können. Wir sind für die Förderung des Bauwillens aller Kreise unserer Bevölkerung. Aber nach wie vor muß der soziale Wohnbau durch Gemeinden und Länder Vorrang haben. Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß sozialer Wohnbau nur dann gegeben ist, wenn der Bau von Wohnungen aus öffentlichen Mitteln durchgeführt wird und der Mietzins ausschließlich die Instandhaltungs-, Verwaltungs- und Betriebskosten deckt. Die Förderungsmittel für die Siedler und für den genossenschaftlichen und Eigentumswohnbau sollen analog den heutigen Richtlinien des Wohnhauswiederaufbau-Fonds, das heißt zinslos mit einer Laufzeit von 75 Jahren vergeben werden.

Damit würde eine beträchtliche Herabsetzung der heute weit überhöhten Mietzinse in den Neubauwohnungen eintreten, die man dann wieder als „sozial“ bezeichnen könnte.

Damit so verschiedene Unzulänglichkeiten und auch die Parteipolitik bei der Vergebung von Wohnungen, bei der Vergebung von Förderungsmitteln ausgeschaltet werden können, halten wir es für notwendig, daß die Wohnungsvergebung, die Kreditvergebung unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Ich glaube, wenn diese Maßnahmen, die wir Kommunisten vorschlagen, durchgeführt werden, dann kann versichert werden, daß mehr Wohnungen und vor allem Wohnungen mit sozialen Mietzinsen den Normalverdienern zur Verfügung gestellt werden könnten.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 14.45 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.45 Uhr.

Präsident: Ich eröffne die vormittag unterbrochene Sitzung und erteile wieder Herrn Abg. Leitner zur Fortsetzung seiner Rede das Wort.

Abg. Leitner: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Budget 1967 sind 237 Millionen Schilling für die Landesstraßen vorgesehen. Dieser Budgetposten wird gegenüber dem Vorjahr um 37 Millionen erhöht. Dadurch soll eine Verbesserung der Infrastruktur gesichert werden. Gute

Straßen sind eine Voraussetzung, daß die Wirtschaft und Industrie floriert bzw. sich weiterentwickelt, wie auch heute schon einige Vorredner bemerkt haben. Moderne Straßen sind auch eine wichtige Voraussetzung für die Hebung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Wenn fast keine Woche vergeht, ohne daß die Steiermark an der Spitze der Verkehrstoten im gesamten Bundesgebiet steht, so hängt das meiner Ansicht nach nicht etwa damit zusammen, daß die steirischen Verkehrsteilnehmer weniger sicher und die steirischen Autofahrer rücksichtsloser fahren als die Autofahrer in anderen Bundesländern, sondern es kann nur damit zusammenhängen, daß die Straßen in der Steiermark, besonders bestimmte Straßen, bestimmte Teilabschnitte in keiner Weise mehr dem heutigen Verkehr entsprechen und gewachsen sind. Dafür trägt meiner Ansicht nach die Verantwortung die steirische Landesregierung und ihr Straßenbaureferent, der Herr Landeshauptmann Krainer in erster Linie.

Beim Bau neuer Bundes- und Landesstraßen werden in der Steiermark einige Gebiete und Städte benachteiligt, wodurch ihnen wirtschaftlicher Schaden erwächst und hohe Unfallsziffern zustandekommen.

Ich bin sicher, daß die dafür Verantwortlichen die Ursachen dieser Schwierigkeiten kennen, aber Lokalpatriotismus, parteipolitische Interessen, Gruppeninteressen, aber auch fehlendes Verständnis des sich rasch entwickelnden Verkehrs haben eben zu dieser Misere im steirischen Straßenverkehr geführt. Jedem ist bekannt, daß die Hauptverkehrsader, die durch die Steiermark führt, die Bundesstraße über den Semmering, Mürzzuschlag, Bruck, Leoben, Knittelfeld, Judenburg nach Kärnten und von Bruck abzweigend nach Graz und hier wieder nach Jugoslawien bzw. über die Pack nach Kärnten führt. Dennoch hat es die steirische Landesregierung bisher verabsäumt, den gefährlichen Engpaß, der die Durchfahrt durch die Stadt Mürzzuschlag darstellt, zu beseitigen. Die Frau Abg. Lendl hat ebenfalls über diese Frage heute schon gesprochen. Schon im Jahre 1960 hat der Mürzzuschlager Gemeinderat auf Grund des rasch ansteigenden Verkehrs den Beschluß gefaßt, daß die Stadt Mürzzuschlag umfahren werden soll. Seit damals, seit den letzten sechs Jahren, hat sich der Verkehr noch viel, viel rascher entwickelt. Trotzdem haben die Verantwortlichen für den Straßenbau in Bund und Land bis heute weder die Trasse für die Umfahrung dieser Stadt festgelegt, noch das Geld zur Verwirklichung dieser Umfahrung zur Verfügung gestellt. Der Herr Landeshauptmann Krainer beantwortete seinerzeit meine Anfrage, ob die steirische Landesregierung für die südliche Trassenführung, die eine wirkliche Umfahrung gewährleisten würde, eintritt, abschlägig. Er sagte, die Landesregierung trete für die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorgeschlagene Nordtrasse ein, die eine Durchfahrt der Stadt ist, aber keine Umfahrung. Auf

Grund einer starken Bewegung in der Stadt Mürzzuschlag, der sich auch der Gemeinderat dieser Stadt einstimmig angeschlossen hat, sah sich nun das zuständige Ministerium gezwungen, sich nochmals mit der Trassenführung zu beschäftigen. Es beauftragte einen Zivil-Ingenieur mit der nochmaligen Überprüfung der Trassenführung. Landeshauptmann Krainer gab bekannt, daß die Landesregierung erst dieses Gutachten abwarten wolle, bevor sie zur Trassenführung neuerlich Stellung nehmen wolle. Die Landesregierung müßte meiner Ansicht nach selbst initiativ eingreifen, da es sich doch um ein Stück einer wichtigen steirischen Straße handelt. Es ist ein eminent steirisches Interesse, daß dieses wichtige Straßenstück nach modernen Gesichtspunkten und im Interesse der Mürzzuschlager Bevölkerung als eine wirkliche Umfahrungsstraße hergestellt und gebaut wird. Eine Trassenführung durch die Stadt, wie es die Nordtrasse vorsieht, würde, wie heute schon gesagt wurde, die Stadt in zwei Teile teilen. Die Abgase, der Lärm und der Staub würden durch die vorherrschende Windrichtung direkt in den ganzen Stadtbereich hineingetragen werden. Die Mürzzuschlager Bevölkerung, aber besonders die Kinder, würden von dem durchflutenden großen Verkehr im steigenden Ausmaße gefährdet.

Nach einer Studie des Stadtbaudirektors von Mürzzuschlag kann die Südtrasse so angelegt werden, daß später auch eine Umfahrung von Hönigsberg gewährleistet wird mit einer Einbindung in die schon bestehende Umfahrung von Langenwang. Außerdem, so stellt der Stadtbaudirektor fest, sind beim Bau der Südtrasse geringere Ablösen sowie eine leichtere und billigere Bauführung möglich. Auch würde sich diese Trasse schöner dem Landschaftsbild anpassen. Sie hat nur einen Nachteil, die Einbindung der Mariazellerstraße, der Bundesstraße 23, in die Südtrasse wäre nicht möglich. Sie würde so wie bisher eingebunden werden mit der Durchfahrt durch Mürzzuschlag.

Ein Verkehrsproblem ersten Ranges ist der dringend notwendige Ausbau der Präbichlstraße. Das wurde heute, wie schon so oft, in diesem Haus zur Sprache gebracht. Eine moderne Straßenverbindung mit Eisenerz, das zusammen mit den anderen Gemeinden, die ein besonderes Interesse am Ausbau dieser Straße haben, 25.000 Einwohner zählt, ist dringend notwendig, nicht nur vom Gesichtspunkt der Hebung der Verkehrssicherheit, sondern vor allem auch vom Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung, die dieses Gebiet dringend braucht. Aber nicht nur der Erzberg braucht eine gute Straße, sondern wenn es zu Ansiedlungen weiterer Industrien, die Eisenerz dringend braucht, kommen soll, ist eine moderne Straße unbedingt die Voraussetzung. Es wurde schon hingewiesen, daß das Gebiet von Eisenerz und die dahinter liegenden Ortschaften ein herrliches Gebiet sind und daß die Aufschließung zusammenhängt mit dem modernen Ausbau der Präbichlstraße. In diesem Gebiet könn-

ten sodann wirklich zwei Fremdenverkehrssaisonen entsprechend ausgebaut werden, wodurch allein schon die Wirtschaft wesentlich gefördert würde. Warum wurde also diese Straße über den Präbichl noch immer nicht gebaut? Im vorigen Jahr schützte der Herr Landeshauptmann Krainer geologische Schwierigkeiten vor, und auch der obersteirische Mandatar, der Herr Abgeordnete Maunz — er hat es auch heute wieder getan — bediente sich dieser Argumentation von den geologischen Schwierigkeiten. (Abg. Maunz: „Habt Ihr einen besseren Geologen?“)

Allen hier ist aber bekannt, daß im Gebiet Eisenerz schon ganz andere geologische Probleme gelöst werden mußten und auch gelöst werden. Das Hindernis für den Bau der Präbichlstraße ist aber nicht geologischer Natur. Die ÖVP im Bundesmaßstab und im Land Steiermark ist einfach bis heute noch nicht bereit gewesen, die notwendigen Mittel für den Ausbau dieser Straße zur Verfügung zu stellen. Deshalb muß Eisenerz warten, bis andere Bundesstraßen, die der ÖVP wichtiger erscheinen, gebaut sind.

Zum Beispiel wird die Bundesstraße nach Soboth ausgebaut. Nichts gegen den Ausbau dieser Straße, aber wäre es aus Gründen der Verkehrssicherheit, die bekanntlich eine sehr große Rolle in der Öffentlichkeit spielt, und aus Gründen der Wirtschaftsförderung nicht zweckmäßiger gewesen, zuerst die Präbichlstraße auszubauen. Noch dazu, da doch die Landesregierung und Landeshauptmann Krainer dieser Straße schon vor Jahren die Wichtigkeit Nr. 1 zugesprochen haben. (Abg. Ing. Koch: „Ja wollen Sie das Grenzland aussterben lassen!“) Nein ich will nicht das Grenzland aussterben lassen, aber niemand wird bestreiten, daß die Präbichlstraße besondere Gefahren in sich birgt und niemand wird bestreiten können, daß dieses Gebiet für Steiermark besonders wichtig ist und wenn man so weiter tut wie bisher, besteht die Gefahr für das ganze Eisenerzer Gebiet, gar nicht davon zu sprechen, daß es notwendig ist, dieses Gebiet rundherum aufzuschließen. Wenn dem nicht so wäre, so hätte Herr Landeshauptmann Krainer und hätte die Landesregierung nicht dieser Straße die Wichtigkeit Nr. 1 zugesprochen. Aber diese Straße hat nicht die Wichtigkeit Nr. 1, sondern sie rangiert bei den heutigen Verhältnissen eben an letzter Stelle. Ich möchte von dieser Schuld, daß diese Straße noch nicht gebaut wurde oder entsprechend begonnen wurde, auch die SPÖ nicht ganz freisprechen. Sie hat zu einer Zeit, als sie noch in der Bundesregierung vertreten war, bei der Erstellung des Bundesbudgets und auch bei den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Bundesbudget die steirischen Bundesstraßen betreffen, meiner Ansicht nach nicht genügend Druck dahintergesetzt, damit die Versprechungen und die Zusagen, die von hohen und höchsten ÖVP-Funktionären und von der Landesregierung gemacht wurden, durchgesetzt werden und das wäre möglich gewesen. Zum Beispiel als in diesen Jahren das Bundesbudget beschlossen wurde. Es

genügt auch, meine Damen und Herren von der SPÖ-Fraktion nicht, wenn jedes Jahr ein einzelner Abgeordneter — so wie hier schon gesagt wurde — als Straßensänger auftritt, ja dieses Wort habe nicht ich geprägt, das wurde hier eben so ausgedrückt und glaubt, damit seine Pflicht gegenüber Eisenerz getan zu haben. (Abg. Schön: „Weit mehr, als Sie, Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen versichern!“)

Die SPÖ-Fraktion hat als Gesamtes auch in der Steiermärkischen Landesregierung ihre Macht und ihre Kraft einzusetzen, damit dieses Versprechen, das Eisenerz gegeben wird, auch verwirklicht wird. Als drittes Beispiel, das ich anführe, wo es gilt, besonders die Verkehrssicherheit wesentlich zu erhöhen, ist das Stück der Bundesstraße zwischen Knittelfeld und Zeltweg, das bekanntlich zu den gefährlichsten Straßensektoren in Steiermark zählt. Sehr drastisch zeigten dies seinerzeit zu Allerheiligen die zahlreichen Holzkreuze, die dort aufgestellt wurden, an jenen Unfallstellen, wo es tödliche Verkehrsunfälle gegeben hat. Ich beantragte deshalb schon einmal die Übernahme der sogenannten Bayerngasse durch das Land, jener Gasse, die von Knittelfeld über Spielberg nach Zeltweg führt. Durch den Ausbau dieser Gasse oder Straße würden die Knittelfelder und Zeltweger Verkehrsteilnehmer, aber auch die Bewohner von Bayern und Lind diese sicherer und besser benutzen können, als es derzeit der Fall ist. Außerdem würde der Verkehr auf diesem gefährlichen Stück der Bundesstraße entlastet werden. Erst vor kurzem ersuchte ich Herrn Landeshauptmann Krainer als den für die Gemeinde Spielberg verantwortlichen Gemeindereferenten, entsprechende Bedarfsdeckungsmittel aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung zu stellen, damit es der Gemeinde Spielberg ermöglicht wird, diese Straße in ihrem Bereich, nachdem diese Straße schon in Knittelfeld ausgebaut wird, weiter auszubauen. (Landesrat Bammer: „Wird ohnedies ausgebaut!“) Aber Spielberg noch nicht. Bisher noch nicht. (Landesrat Bammer: „Durchgehend wird ausgebaut, man kann nicht bei der Weiherbrücke aufhören!“) Kann man alles. Jetzt kann die Landesregierung entsprechende Mittel zur Verfügung stellen und die Unfallsquote damit auf diesem gefährlichen Stück herabsetzen. Dieser Ausbau würde auch der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem äußerst industrialisierten Raume dienen. Wenn also die Landesregierung die Frage des Ausbaues dieser Straßen, die ich angeführt habe, objektiv überprüfen wird, dann bin ich überzeugt, daß sie zu dem Schluß kommt, daß es notwendig ist, raschest und schnellstens Mittel und Wege zu finden und sie wird auch durchsetzen, daß die Bundesregierung ihrer Pflicht, soweit es sich um Bundesstraßen handelt, nachkommt.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Götz. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Prenner.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Ich möchte nochmals bei der Gruppe 6 auf das Bau-geschehen und auf die Frage des Wohnungs-baues zu sprechen kommen. In einem Zwischen-ruf in der Generaldebatte und in einer weite-ren Wortmeldung hat Herr Präsident Dr. Kaan die Relationszahlen aufgestellt zwischen jenen, die bei den unliebsamen Vorkommnissen, bei den Korruptionsfällen in der Bauwirtschaft auf der einen Seite stehen und jenen, die die Be-völkerung Österreichs ausmachen. Und er hat festgestellt, richtigerweise, unbestrittenerweise festgestellt, daß es ein verschwindender Promil-lesatz sei. Das, meine Damen und Herren, habe ich weder in der Generaldebatte bestritten, noch möchte ich es jetzt bestreiten. Aber gestatten Sie mir doch die Feststellung, daß der Begriff etwas relativ ist. Wenn es allgemein heißt, daß ein Haar am Kopf, relativ wenig, ein Haar in der Suppe, relativ viel sei, so möchte ich doch feststellen, daß dieses Korruptionshaar in der Suppe der österr. Bauwirtschaft relativ viel ist. Ich habe aber dennoch bewußt und wörtlich darauf hingewiesen, daß ich nicht Namen und Firmen und Ziffern nennen möchte, weil es im Prinzip egal ist, meine Damen und Herren, ob es sich um die 33 seinerzeit im Fernsehen ge-nannten Fälle handelt, ob es sich um die 150, von denen im Parlament gesprochen wurde oder um mehr handelt, sondern es geht doch letztlich darum, Mängel und Fehler zu beseitigen und daher dort den Hebel anzusetzen, wo diese Män-gel und Fehler aufgetreten sind. (Abg. Karl Lackner: „Das geschieht doch am laufenden Band!“)

Gestatten Sie mir dazu auch die Frage der Strafverfolgung anzuschneiden und festzustellen, daß das, was der Herr Abg. Lackner jetzt als Zwischenbemerkung erwähnt hat, daß das am laufenden Band geschieht, wenn auch nur auf einen Teil beschränkt, nämlich auf die Dinge, die bereits geschehen sind und die gerichtlich verfolgt werden. Da bin ich nicht in Sorge, daß die Gerichte ihr Urteil fällen werden. Aber auf die eigentlichen Ursachen ist bisher, meine Da-men und Herren, viel zu wenig eingegangen worden. Und diese Ursachen beginnen letztlich dort, wo mit dem Wiederaufbau nach dem Zwei-ten Weltkrieg gewissermaßen eine Explosion auf dem Gebiet der Bauwirtschaft begonnen hat. Ein immenser Nachholbedarf, zum Teil noch veraltete Einrichtungen bei den Baufirmen, zum Teil und zum überwiegenden Teil unzureichende organisatorische Ausrüstung in den Bauverwal-tungen und in all diese Entwicklung hinein, die dann auch noch durch einen starken Mangel an Fachpersonal gekennzeichnet war, kamen, auch das bitte ich nicht zu vergessen, neuartige Bausysteme, die wiederum eine Umschichtung, ein Umdenken, ein Umorganisieren erforderlich gemacht haben, sowohl auf dem Gebiet des Straßenbaues, wie des Hochbaues, wie des Brük-kenbaues; denken Sie doch daran, daß prak-tisch im Jahre 1945 auch noch zur Ausrüstung einer durchaus leistungsfähigen Baufirma im wesentlichen Gerät für die händische Betätigung

gehört hat, während die gleiche Firma heute, ohne ein bis zwei Baukräne, ohne Mischmaschi-nen, ohne Aufzüge und dergleichen nicht mehr denkbar ist. Das gleiche gilt von den Gräbern und Fertigern im Straßenbau, das gleiche gilt auf dem Gebiet des vorgespannten Stahlbeton-baues im Brückenwesen usw.

Die Frage der Ausschreibung ist dagegen ab-solut zurückgeblieben. Denn, meine Damen und Herren, selbst auf dem Gebiet des einfachen Hochbaues, bei jedem anderen Bauwerk ist es ja noch wesentlich komplizierter, umfaßt die Aus-schreibung einige hundert, ja unter Umstän-den tausend Positionen. Ich möchte keineswegs behaupten, daß das nun eine technisch oder geistig besonders hochqualifizierte Arbeit ist, die Positionen aus den Bauplänen herauszuschrei-ben. Aber sie erfordert immerhin den Einsatz einer technischen Fachkraft, sie erfordert die ständige und konzentrierte Anwendung von Grundrechnungsarten, und ich sage das deshalb, weil man auch wissen muß, wie oft in über-füllten technischen Büros solche Ausschreibun-gen zustandekommen müssen, wie leicht man hier eine Position nicht oder nicht richtig er-faßt, und sie erfordert sehr oft einen unerhört langen Aufwand an Überstunden, weil meist ein Zeitdruck hinter dieser Ausschreibung steht, und für diesen Zeitdruck sind auch die entsprechen-ten Budgets der Gebietskörperschaften ihrer Art nach verantwortlich. Mit der Festlegung der Ziffern des Voranschlages in der ordentlichen wie in der außerordentlichen Gebarung ergibt sich dann die Notwendigkeit, die dort veranker-ten Summen baumäßig verkraften zu müssen, und es kommt jener berühmte Druck, der dann am Jahresbeginn in Richtung Ausschreibung geht und der dann noch einmal im Herbst sich wiederholt. Es ist also ein — und ich könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen, ich möchte aber zum Wesentlichen kommen — nicht ratio-neller Einsatz technischer Fachkräfte, die mit an sich notwendigen, aber nicht sehr bedeut-samen Arbeiten bis zur Grenze ausgelastet werden.

Dann, meine Damen und Herren, das Ver-gebungssystem. Ich muß nochmals auf diese Frage, nicht weil ich sie für den einzigen Schlüs-sel auf dem Gebiet der Sanierung der Bauwirt-schaft halte, zu sprechen kommen. Denn mit dem jetzigen Billigstbietersystem, das, ich möch-te es immer wieder betonen, fälschlicherweise als Bestbieterprinzip bezeichnet wird, ist allen Möglichkeiten und vielleicht auch da und dort allen Notwendigkeiten Tür und Tor geöffnet worden. (Landeshauptmann Krainer: „Wieso alle Möglichkeiten, möchten Sie das begrün-den? Wieso alle Möglichkeiten, wenn man an den Bestbieter vergibt?“) Ja, Herr Landeshaupt-mann, dann darf ich Sie vielleicht auf folgende Dinge hinweisen, die jetzt im Zuge verschiede-ner Untersuchungen zutage getreten sind, die nicht ganz unbekannt sind in Kreisen der Bau-wirtschaft. Es war Tatsache, daß gegen be-stimmte Absprachen da und dort dieser Billigst-

bieter bereit war, entweder von sich aus gegenüber dem Zweitbieter zurückzutreten oder umgekehrt schon vorher in den Anboten der Billigstbieter gewissermaßen Gebietsweise zum Teil festgelegt wurde. (Landeshauptmann Krainer: „Völlig unrichtig die Wirklichkeit ist ganz anders!“) Herr Landeshauptmann, ich verstehe, wenn Sie in der Steiermark das Baugeschehen verteidigen. Ich verstehe nicht, warum Sie etwas verteidigen, was bereits Gegenstand gerichtlicher Erhebungen in Niederösterreich, im Raume Salzburg und im Raume Oberösterreich geworden ist. (Landeshauptmann Krainer: „Ich verteidige das nicht, aber in Steiermark vergeben wir an die Bestbieter, in 90 von 100 Fällen, deshalb ist es sauber!“) Ja, Herr Landeshauptmann, ich möchte trotzdem bei meiner Meinung bleiben, so wie Sie Ihre Meinung ja ohne weiteres vertreten können, das steht Ihnen jederzeit frei. Mich werden Sie nicht davon überzeugen, daß dieses Prinzip richtig ist. Es gibt eine ganze Reihe von Begründungen, die dafür sprechen, daß es nicht richtig ist, etwa wenn ein solcher Billigstbieter ein Bauwerk erstellt und sehr oft erstellt zu Preisen, die dem normalen Marktgeschehen nicht konform sind, das heißt zu Unterpreisen. Es heißt in den meisten Vergabungsvorschriften: „Liegt der Verdacht von Unterpreisen vor, dann ist ein Gutachten der Kammer einzuholen.“ Dieses Gutachten der Kammer schaut normalerweise so aus, daß die Kammer nicht bereit ist, und aus verständlichen Gründen nicht bereit ist, dezidiert zu erklären: Das ist ein Unteranbot, sondern dann heißt es, bei Vergleich verschiedener Möglichkeiten könnte man doch usw., ... habe ich alles reichlichst in neunjähriger Tätigkeit in einem solchen Vergabungsausschuß erlebt. Dann bekommt dieser Billigstbieter den Zuschlag, und was macht er als nächstes? Dann nimmt er sich die Ausschreibung her und fängt an zu blättern und schaut, wo ihm nun im Rahmen dieser Ausschreibung die Möglichkeit geboten wird, mit den angebotenen Preisen auch wirtschaftlich das Auslangen zu finden. Und die Maßnahmen, die dann einsetzen, sind nicht dazu angetan, auf die Qualität des Bauwerkes, auf die seriöse und gute Ausführung sich unbedingt gut auszuwirken.

Es kommt aber noch etwas dazu. Ich habe von einer mehrjährigen Planung und einer mehrjährigen Ausführung gesprochen, und schauen Sie, gerade die maschinelle Ausstattung der meisten Firmen mit zum Teil sehr aufwendigen Baugeräten ist ja kalkulatorisch nur dann möglich, wenn man auf der anderen Seite auch einigermaßen einen Überblick, eine Möglichkeit hat, die eigenen kommenden Aufträge miteinzubeziehen oder einzuberechnen. Der Unsicherheitsfaktor auf diesem Gebiet, das heißt das Fehlen von Mehrjahresverträgen führt zwangsläufig dazu, daß bei den Anboten innerhalb etwa des ersten Jahres nach Anschaffung eines solchen Gerätes wesentlich höhere Abschreibungsquoten eingesetzt werden müssen und eingesetzt wurden, als dies, verteilt auf einen län-

geren Zeitraum, der Fall sein müßte. Ich habe bei meinen früheren Ausführungen davon gesprochen, daß, völlig unabhängig von jenen Korruptionsfällen, die auf dem Straßenbausektor und auch darüber hinaus bekannt geworden sind, bereits zum heutigen Zeitpunkt auf dem Sektor Bundesstraßenbau, Autobahnbau im besonderen, ein Chaos besteht. Der Herr Landeshauptmann hat den Zwischenruf getan „Das ist völlig unrichtig!“. Ich darf nun bekanntgeben, Herr Landeshauptmann, daß dies nicht eine Äußerung isoliert von mir ist, sondern daß vor einigen Wochen im Rechenzentrum Graz bei der Vorführung dieses Ausschreibungsverfahrens, von dem ich noch reden werde, ein hoher Beamter des Handelsministeriums anwesend war, der wörtlich erklärt hat, es gäbe niemand im Handelsministerium, der darüber Auskunft geben könne, in welchem Ausmaß nun tatsächlich die bereits fertiggestellten Straßen eine finanzielle Beanspruchung exakt darstellen, nachdem die Abrechnung großer Teilstücke der Autobahn seit über 3 Jahren nicht durchgeführt werden kann. Es gäbe nur Anzahlungen, Abrechnungen von den Firmen, aber es gäbe keine detaillierte Abnahme seitens des Auftraggebers. Wenn sie aber dieser Äußerung, die ja vor einer ganzen Reihe von Zeugen erfolgt ist, auch keinen Glauben schenken, Herr Landeshauptmann, dann darf ich doch folgendes fragen: 21,7 Millionen unnötiger Aufwand für unrechtmäßige Zahlungen, 86,6 Millionen Mehrkosten allein auf den niederösterreichischen Strecken der Westautobahn durch Schuld der niederösterreichischen Straßenbauverwaltung, 100 Millionen Schaden durch das geltende Vergabungs- und Anbotungsverfahren, und in all diesen jetzt genannten Ziffern nicht berücksichtigt die Differenz zwischen den Anbotssummen und den bereits erfolgten Abrechnungen, die bis zum Dreifachen des ursprünglichen Betrages reicht, wobei die Stichproben ergeben haben, daß fast kein einziges Baulos auch nur annähernd in Anbot und Abrechnung miteinander übereinstimmt. (Landeshauptmann Krainer: „Das gibt es gar nicht!“) Für den Autobahnbau 1953 in Salzburg geschätzt mit 3 Milliarden wurden bis jetzt 9 Milliarden bezahlt. Die Abrechnung dieser Baulose ist ausständig. Das, was ich jetzt angeführt habe, Herr Landeshauptmann, ist aus dem Rechnungshofbericht, der meines Wissens gestern dem Parlament zugeleitet wurde. Dazu führt der Rechnungshof noch im besonderen aus, als Vorwurf an das verantwortliche Ministerium: Obwohl mit Anfang 1955 in den einzelnen Bundesländern Dienststellen zur Bauüberwachung eingerichtet wurden, ist eine Klärung und zwar eine detaillierte Klärung der Kompetenz nicht erfolgt. Es besteht kein genereller Bauplan, dementsprechend kein genereller Finanzierungsplan. Die Hoffnungen, die da und dort, ich habe früher von den Baumaschinen-Abschreibungsmöglichkeiten bei den Baufirmen gesprochen, die Hoffnungen, die bei den Baufirmen gehegt wurden, sind nicht erfüllt worden, die Zahlungen des Bundes säumig, allein bis Feber 1964 sind Verzugszinsen in der Höhe von 24 Millionen

Schilling aufgetreten. Die Vertragsbedingungen, die ausgearbeitet wurden, waren vielfach unzumutbar. Ein Bauvertragsmuster existiert bis heute nicht. Die Bauüberwachung ist katastrophal. Auch diese Feststellungen stammen aus dem Rechnungshofbericht, mit dem sich das Parlament befassen wird. (Abg. Leitner: „Das ist ein System!“) Und Herr Landesrat Leitner (Präs. Kaan: „Noch nicht, noch nicht“). Herr Landtagsabgeordneter, ich weiß schon, daß das ein nicht denkbarer Irrtum wäre (Gelächter) aber Herr Abg. Leitner, es dreht sich nicht um die Frage (Abg. Leitner: „Herr Vizebürgermeister, Sie dürfen ebenfalls nicht auf den Tisch schlagen, Sie haben die Voraussetzungen auch nicht!“). Bitte, was darf ich nicht? (Zwischenruf: „Er meint, Sie werden auch nicht Landesrat!“). Ja, Ihnen ist ja der Versprecher nicht passiert, sondern mir, daher darf ich auch auf den Tisch schlagen, Herr Abgeordneter. Ich habe nicht behauptet, wenn Sie sich also daran stoßen, daß das nun systematisch unsystematisch sei, sondern ich habe nur festgestellt, daß diese Dinge, die also letztlich ja alle von dazu befugten Kontroll- und Überwachungsorganen festgestellt wurden und die der Öffentlichkeit ja nicht verborgen geblieben sind, doch die Behauptung untermauern und zwar absolut untermauern, daß es hier, ich möchte sagen an der Wurzel des Baugeschehens, es eine Menge Dinge zu ändern gibt. Ich möchte einige davon nochmals anführen. In vielen Fällen, nicht nur im Tiefbau, sondern auch im Hochbau ist die Frage der soliden und damit auch der längeren Planung eine zwingende Notwendigkeit. Wie oft geschieht es, meine Damen und Herren, in den Kommunalverwaltungen und in den anderen Gebietskörperschaften, daß durch einen raschen Wunsch eine ebenso rasche und daher teure und unzumutbare Planung hervorgerufen wird. Das Zweite — und da möchte ich nochmals Druck und Betonung darauf legen — ist die Frage eines langfristigen Straßenbaukonzeptes, nicht nur jener 15-Jahre-Entwurf — der nach dem ersten Jahr bereits wieder abgeändert war — des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau wie es damals hieß, mit einem parallel laufenden Finanzplan. Das geänderte Ausschreibungssystem habe ich erwähnt, aber ich möchte ein besonderes Beispiel davon anführen. Ein Beispiel, das für den Hochbau sehr interessante und bedeutsame Möglichkeiten eröffnet. Herr Ing. Weinmeister hat in Zusammenarbeit mit dem Grazer Rechenzentrum ein neues Verfahren für den Hochbau entwickelt, ein Verfahren auf dessen Details ich nicht eingehen möchte, aber etwa kurz dargestellt, eine Bauzelle, die sich beliebig vervielfältigen läßt und mit der sich jedes Hochbauvorhaben darstellen läßt, übertragen auf die Elektronik und verbunden mit der Möglichkeit, elektronisch die Ausschreibung durchzuführen, elektronisch die Massen zu entwickeln und bei Einsetzung der ortsüblichen Preise elektronisch sofort die Baukosten auszuwerfen, also nicht eigens eine Baukostenschätzung durchführen zu müssen nach der bekannten Art, die Kubatur zu berechnen.

Was folgt daraus? Meine Damen und Herren, es wäre sehr leicht denkbar, jeden beliebigen Hochbau, etwa einen Schulbau, einen Wohnhausbau über diese Elektronik auszuschreiben, bereits mit den normalen ortsüblichen Preisen versehen als Fixpreis auszuschreiben und nur mehr die Differenz plus minus gegenüber diesen ortsüblichen berechtigten Fixpreisen dieses Bauwerk zu vergeben, ohne technische Arbeit auf dem Gebiet der Ausschreibung, ohne technische Arbeit auf dem Gebiet der Abrechnung, ohne Belastung personeller Art bei technischen Fachkräften. Das gleiche Verfahren oder im Prinzip das gleiche Verfahren ist derzeit auf dem Gebiet des Straßenbaues, des Tiefbaues in Untersuchung beim Rechenzentrum und ich bin überzeugt, daß wir nun hier jene in verschiedenen Ausführungen der Spezialdebatte schon gelobten Mittel der Technik, insbesondere, auch der Bautechnik, zugutekommen lassen sollen. Es besteht auch kein Zweifel darüber, wenn ich das noch anführen darf, daß bestimmte organisatorische Voraussetzungen in den Bauverwaltungen geschaffen werden müssen, organisatorisch in der Form, daß man hier wirklich die, sagen wir, unmittelbar mit dem Baugeschehen Verbundenen und dort Tätigen, möglichst weitgehend — soweit das in einer Verwaltung überhaupt möglich ist — von den Verwaltungsaufgaben abtrennt und mit den technischen Bauaufgaben allein beschäftigt, dazu gehört aber auch, daß der Techniker im öffentlichen Dienst in seiner Entlohnung nicht hinter dem in der Privatwirtschaft zurückbleibt, damit man von vorneherein bereits beim jungen Techniker die Möglichkeit hat, die qualitativ besten Nachwuchskräfte in den öffentlichen Dienst zu bringen, wo sie ja mit wesentlich größeren Bauvorhaben, wo sie mit wesentlich größerer Verantwortung belastet sind. Und man soll ihnen diese persönliche Verantwortung übertragen und auch in dieser Frage nicht zurückhaltend sein, aber dann auf der anderen Seite, wenn mehr Verantwortung, wenn mehr persönliche Verantwortung, dann auch wesentlich bessere finanzielle Entlohnung. Das, meine Damen und Herren, wollte ich zu dem Gebiet des Bauens, des Straßen- und des Hochbaues sagen.

Ich möchte aber auf noch ein Kapitel zu sprechen kommen, das ist der Wohnbau, oder richtiger gesagt, das Wohnungsproblem. Gestatten Sie mir doch hier eine Feststellung, die etwa Ihnen zeigen soll, daß ich schon ein wenig zumindest mit diesem Problem persönlich befaßt bin. Ich bin seit 9 Jahren Wohnungsreferent der Stadt Graz. Und ich habe in dieser Zeit rund, nicht ganz, 18.000 Vorsprachen von wohnungsuchenden Parteien in meiner Kanzlei gehabt und Hunderte von Lokalausweisen. Möglich, daß man nicht vom Einzelfall auf das gesamte Problem schließen kann und darf, ich gebe zu, ich schließe auch nicht vom Einzelfall, aber es ist doch immerhin eine starke persönliche Kenntnis vom Einzelfall und des Einzelfalles. Und wenn ich nur einige Dinge, einige Worte und Begriffe hier nebeneinanderstelle und sie zu

verbinden trachte, dann werden Sie sehen, daß das Wohnungsproblem doch sehr, sehr vielfältig ist und sich nicht so ohne weiters mit der Frage Wohnbaufonds oder Vereinigung der Wohnbaufonds, Subjektförderung und dergleichen mehr, wirklich beheben läßt.

Sozialer Wohnungsbau. Es wurde heute schon mehrmals und richtigerweise davon gesprochen, daß man bei den jetzigen drei Fonds oder bei den Auswirkungen dieser Fonds nicht mehr von einem sozialen Wohnungsbau reden kann. Zehntausende von leerstehenden Wohnungen, eine statistische Untersuchung sprach von 80.000, ich halte diese Ziffer nicht für ganz zutreffend, aber eine Größenordnung geben sie an, über die man auch nachdenken muß, steigende Baukosten, meine Damen und Herren, welchen Fonds immer Sie nehmen. Eine Standardwohnung, die keineswegs noch familiengerecht ist, sondern die einfach von der Baukostenseite her eingeeengt ist auf die Zwei-Zimmer-Küche-Wohnung, kostet heute etwa zwischen 180.000 und 210.000 Schilling je nach Ausstattung; wirtschaftliche Abbruchreife, ein Tatbestand, der die Gerichte in den Kündigungsverfahren von Tag zu Tag mehr beansprucht.

Schutzlosigkeit der Untermieter, auch das, meine Damen und Herren, ist ein Problem, wenn etwa eine Familie, die 20, 30 und mehr Jahre in Untermiete gelebt hat, bei freiwilliger Aufgabe des Hauptmietrechtes nunmehr über Nacht vom Verlust der Wohnung betroffen wird.

Ohnmacht vieler gerade junger Ehepaare und im wahrsten Sinne des Wortes Ohnmacht vor der Tatsache, sich selbst ein Dach über dem Kopf schaffen zu müssen und dazu bei bestem Willen und größter Sparsamkeit nicht in der Lage zu sein. Und noch ein Problem, ein Problem, von dem sehr wenig gesprochen wird und das von Tag zu Tag bedeutsamer wird, die Gruppe der Asozialen, die auch im Bereiche des Wohnbaues und der Wohnversorgung eine besondere Rolle spielt, und eine Tatsache, meine Damen und Herren, daß mit den Wohnbaufonds und mit der jetzigen Wohnbautätigkeit an den sozial Bedürftigen praktisch vorbeigebaut wird. Die Frau Abg. Jamnegg hat heute in ihren Ausführungen qualitativ und quantitativ von der Wohnungsnot und von dem Wohnungsbedarf gesprochen, und ich möchte fast alle ihre Ausführungen im Prinzip unwidersprochen lassen. Ich möchte nur ein paar ergänzende Dinge sagen.

Die Ziffer der vorgemerkten Wohnungssuchenden in Graz, Frau Abg. Jamnegg, war nicht ganz richtig. Mit Stichtag 7. November sind es 3.766 + 466 Einzelpersonen, aber größenordnungsmäßig ist diese Zahlendifferenz nicht so entscheidend. Aber von den qualitativen Wünschen darf ich vielleicht doch sagen, irgendwo hat man den Eindruck bekommen — es war von Ihnen vielleicht gar nicht beabsichtigt — daß diese qualitativen Wünsche doch erst sehr in zweiter Linie kommen. Daß sie nicht so brennend im Vordergrund stehen, ist richtig. (Abg. Jamnegg: „Man

kann nicht zwei Themen gleichzeitig behandeln!“)

Ich bin jetzt beim Qualitativen, Frau Abg. Jamnegg. Und ich möchte dazu aus einer Untersuchung, die das Institut für empirische Soziologie in Graz durchgeführt hat, doch ein paar Ziffern nennen, die zeigen, daß auch der qualitative Wohnungsfehlbestand sehr ernste und sehr bedeutsame Auswirkungen hat. Bedenken Sie bitte, daß in Graz 20 Prozent der Vier-Personen-Haushalte in einem Wohnraum leben, 17,2 Prozent der Fünf-Personen-Haushalte ebenfalls in einem Wohnraum und 17,8 Prozent der Sechspersonen-Haushalte ebenfalls in einem Wohnraum, ja sogar bei den Sieben- und Mehr-Personen-Haushalten sind es noch rund 6,5 Prozent, die in Graz in einem Wohnraum leben, daß aber dagegen 42 Prozent der Einzelpersonen oder der Ein-Personen-Haushalte in zwei und mehr Räumen wohnen und 56,5 Prozent der Zweipersonen-Haushalte ebenfalls in zwei und mehr Zimmern. Das heißt, daß wir ein echtes, offensichtliches, krasses Mißverhältnis zwischen der Personenanzahl und der Wohnungsgröße haben und das heißt mit anderen Worten, daß auch der Wunsch nach qualitativer, größenmäßiger, ausstattungsmäßiger Verbesserung schon von einer nicht abzustreitenden Dringlichkeit und Notwendigkeit ist. An noch einer Ziffer darf ich etwas berichtigen. Sie haben gemeint, daß diese 3.000 nicht alle umfassen werden oder diese rund 4.000, sondern daß es etwa 8.000 Wohnungssuchende gibt. Ich muß Ihnen sagen, es ist leider Gottes so, daß nach dieser Untersuchung 27,7 Prozent aller Grazer sich als Wohnungssuchende herausgestellt haben, wobei natürlich qualitative und quantitative Verbesserung, Vergrößerung, Änderung der Wohnlage, all das zusammengekommen wurde, aber das heißt mit anderen Worten, bei rund 108.000 Haushalten sind es fast 30.000 Grazer Familien, die sich wohnungsmäßig verändern wollen, so wie es 72 Prozent der Grazer Familien sind, die sich in ihrer jetzigen Wohnung belästigt fühlen durch Lärm, Geruch, mangelnde Einrichtung usw. Ich glaube also doch, daß man hier eine Behauptung mit Recht aufstellen kann, nämlich die Behauptung, daß die Beseitigung dieser Wohnungsnot nicht eine untergeordnete oder nicht nur eine Bedeutung am Rande hat, sondern daß die Frage der Beseitigung der Wohnungsnot oder der Erfüllung von Wohnungswünschen doch — ich möchte fast sagen — ein Zentralproblem geworden ist und auch leider Gottes ein Zentralproblem bleibt.

Nun die Frage, was kann man denn eigentlich tun? Ich habe früher etwas kritisiert mit der Meinung, es sei mit der Zusammenlegung der Wohnbaufonds allein nicht getan und mit der Subjektförderung ebensowenig. Natürlich sollen die Fonds zusammengelegt werden, natürlich soll eine Vereinheitlichung der Darlehen möglichst erfolgen, natürlich soll die Subjektförderung eintreten, ich bin 100%ig dafür, weil es nicht einzusehen ist, daß ohne Rücksicht auf den einzelnen Wohnungssuchenden jeder in der

Straße gefördert wird und jeder in der Straße, weil dort zufällig ein Haus aus Fondsmittel gebaut wird, sondern der Bedürftige soll mehr und nachhaltiger und entscheidender gefördert werden.

Aber darüber hinaus noch eine Feststellung, die vielleicht nur eine grundsätzliche ist, aber sie scheint mir sehr bedeutsam. Meine Damen und Herren, auch die Baulast muß verteilt werden. Denn ganz gleich, welche Gebietskörperschaft dies ist, ob das die große Stadtgemeinde, ob das das Land oder der Bund ist — ich habe keinen Grund, irgend jemand dabei in Schutz zu nehmen — aber es ist eine ganz klare und eindeutige Feststellung, die Baulast allein auf die öffentliche Hand zu verlegen, bedeutet, das Wohnungsproblem auf Jahrzehnte hinaus in seiner Bedeutung und in seinem Elend bestehen zu lassen.

Ich möchte noch etwas sagen. Die Erhaltung und zum Teil auch die Erweiterung des Althausbestandes, Erweiterung dort, wo mit geringen Kosten Ausbau und Umbauten gemacht werden können, ist mindestens ebenso bedeutsam, weil letztlich auch hier Milliardenwerte vorhanden sind, die man gewissermaßen mir unverständlich ruhig verfallen läßt und weil damit, auch das möchte ich aussprechen, hier und da, aber immer öfter, eine sehr wenig erfreuliche Spekulation getrieben wird, wo nämlich mit dem Verfall eines Althauses nicht Schluß gemacht, sondern im Gegenteil dieser Verfall noch gefördert wird, um dann mit dem wirtschaftlichen Abbruch verschiedener Gebäude irgendwelche Geschäfte tätigen zu können. Wenn wir heute die Bestimmung haben, daß man bei Altwohnungen Ablösen nicht zahlen darf, weil das gesetzlich verboten ist, so muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, jeder, der auf den Wohnungsmarkt — und einen solchen gibt es ja — nur einmal hingegangen ist, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese gesetzliche Bestimmung eine *lex imperfecta* ist, wie der Jurist manchmal zu sagen pflegt, daß hier etwas nicht ganz stimmt, denn praktisch ist es doch so, wenn Sie heute kein Geld auf den Tisch legen, kriegen Sie keine Wohnung. Ich meine, daß auch diese Tatsache, über die man, glaube ich, nicht streiten kann, uns doch zu einer Überlegung bringen sollte.

Was ist richtiger? Strafen im Gesetz zu statuieren, die einfach nicht verwirklicht werden können, sondern die halt drinnen stehen, na, wie halt manches andere auch drinnen steht und den schwunghaften Handel mit Wohnungen weiter zuzulassen und zuzusehen, weil man ihn auch gar nicht verhindern kann, oder etwa sogar — und das ist vielleicht eine ketzerische Feststellung — von der öffentlichen Hand Prämien für die Zurverfügungstellung von Altwohnungen, ich betone, von den Gebietskörperschaften aus, ins Auge zu fassen. Denn, meine Damen und Herren, eine solche Prämie kommt mich immer wesentlich billiger als der Neubau des fehlen-

den Wohnraums, aus welchen Fondsmitteln immer sie ihn errichten wollen. Und dann noch eine letzte Frage, die Frage, die sicher nicht unumstritten bleibt, aber eine Frage, die ich stellen muß, weil ich der Meinung bin, daß ihre Beantwortung eben mit dem Wohnungsproblem, nicht nur eng zusammenhängt, es betrifft ja das Wohnungsproblem, sondern vielleicht auch irgendwo die Bereitschaft dokumentiert, diesem Wohnungsproblem echt auf den Leib zu rücken. Es gibt heute — es sind eigentlich zwei Fragen — im Mietengesetz die Bestimmung und zwar sind das diese berühmten Verordnungen aus dem Jahre 1943, wonach die freie Vermietbarkeitsdauer auf sechs Monate begrenzt wird, das heißt, wenn ein Termin über 6 Monate vereinbart wird, tritt automatisch die Kündigungs-schutzbestimmung des Mietengesetzes in Kraft. Ich habe schon voriges Jahr und möchte es heuer erneuern, darauf hingewiesen, daß es doch richtiger wäre, diese Frist von sechs Monaten zu erstrecken, weil dann so und soviel freistehende Wohnungen der Vermietung zugeführt würden. Das ist ein Weg, ein Weg, dem sich wahrscheinlich soundsoviele Herren der sozialistischen Fraktion entgegenstellen werden. Und ein zweiter Weg, dem sich wahrscheinlich soundsoviele Damen und Herren der Volkspartei entgegenstellen werden, der aber auch sofort gangbar wäre. Das ist der — auch von mir im Vorjahr bereits angeschnitten — eine progressive Steuer für leerstehenden Wohnraum einzuheben. Ich möchte den mit zwei Sätzen noch begründen. Ich bin kein Anhänger, ich habe das im Vorjahr gesagt und werde es immer wieder sagen, der Lösung eines Verteilungsproblems in der Form, daß dem, der etwas hat das genommen wird, um es einem anderen zu geben. Aber ich bin der Meinung, wenn sich jemand angesichts der bestehenden Wohnungsnot den Luxus leistet, Wohnraum leerstehen zu lassen, dann soll er für diesen Luxus zahlen und zwar wachsend von Jahr zu Jahr immer wieder sich verdoppelnd zahlen, solange bis er bereit ist, Wohnraum wieder Wohnraum für sozial bedürftige Familien sein zu lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, der Wohnbau, oder das, was ich als Beitrag zu dem Wohnungsproblem kurz angeführt habe, beweist, daß es eigentlich keine Frage der Gruppe 6, sondern mehr eine Frage der Gruppe 4 wäre und keine Kompetenzeinteilung schützt uns alle, auch in diesem Landtag, vor der Verantwortung in dieser Frage. Ich erlaube mir daher, an Sie alle, meine Damen und Herren, und insbesondere an die Regierung den Appell zu richten, daß Sie erkennen mögen, daß das Wohnungsproblem heute das Sozialproblem Nr. 1 geworden ist. Und eine Gemeinschaft, eine Gesellschaft, ein Staat, der zuläßt, daß Tausende, ja in Österreich Zehntausende von Familien unverschuldet im Wohnungselend verbleiben müssen, der zuläßt, daß zahllose Kinder in gesundheitsschädlichen Löchern geboren werden und dort aufwachsen müssen, der zuläßt, daß Tausende von Ehen an dieser Frage scheitern, der zuläßt, daß zahllose

Kinder nicht geboren werden, weil Ehepaare ihr eigenes bitteres Los nicht auch noch ihren Kindern zumuten wollen, ein solcher Staat, eine solche Gemeinschaft hat das Anrecht verloren, sich sozial zu bezeichnen. Hier heißt es, meine Damen und Herren, mit allen Mitteln, mit allen Kräften, auf allen Wegen und mit ganzem Einsatz helfen und zwar rasch helfen.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Bürgermeister Prenner. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Lind.

Abg. Prenner: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 6 möchte ich — wie der Herr Präsident schon erwähnt hat, daß ich auch Bürgermeister einer Landgemeinde bin — auf die übermäßig hohen Belastungen der Gemeinden, die besonders durch den Wegebau hervorgerufen werden, hinweisen. Der Großteil der Gemeinden setzt sich aus finanzschwachen, ländlichen Gemeinden zusammen und trotzdem haben diese seit 1945 unwahrscheinlich viel auf dem Sektor Wegebau geleistet und zwar der Großteil mit Hand- und Zugdiensten. Möge man nur bedenken, daß auch noch andere Aufgaben und Verpflichtungen die Gemeinden belasten. Ich möchte nur einige davon nennen. Zum Beispiel die Schulerhaltung, welche zur Gänze den Gemeinden überlassen ist, die Vereine z. B. die Freiwilligen Feuerwehren, die Musikvereine, Sportvereine, die Kanalisierung, die Wasserversorgungsanlagen, die Straßenbeleuchtung, die Fürsorgen, die Vattertierhaltung, die Verwaltung usw. All das erleidet der Gemeindegeldbeutel in oft beängstigender Weise.

Ich möchte nur an Hand von zwei Beispielen, es sind Gemeinden aus unserem Bezirk Hartberg, die finanzielle Situation in unseren Gemeinden aufzeigen.

Es ist hier die Gemeinde Hartl im Bezirk Hartberg und zwar hat diese Gemeinde — 771 Einwohner laut der Volkszählung 1961 — eine Steuerkopfquote von 419 Schilling. Wir haben gestern, glaube ich, gehört von der Steuerkopfquote anderer Gemeinden bzw. der Stadt Graz. Diese Gemeinde hat an eigenen Einnahmen rund 70.000 Schilling, Ertragsanteile 323.000 Schilling. Ich möchte nur ganz kurz die Einnahmen dieser Gemeinden aufzeigen und zwar an Grundsteuern, wo ein Ausmaß von 1.400 ha die Gemeinde erfaßt, ein Grundsteueraufkommen von 48.889 Schilling, Gewerbesteuer in dieser Gemeinde 1.168 Schilling, Getränkeabgabe 6.355 Schilling und an Jagdpachtschilling 11.000 Schilling, also wir sehen, daß diese Gemeinde ein eigenes Jahresaufkommen von 70.000 Schilling außer den Ertragsteilen hat. Aufgabe dieser Gemeinde ist die Erhaltung von 30 km Gemeindegewegen. Durch das ganze Gemeindegebiet der Gemeinde Hartl führt keine Landes- und keine Bundesstraße. Sie hat für den Schulaufwand 38.000 Schilling zu leisten, für den Hauptschulbau in Kaindorf, wo sie eine eingeschulte Gemeinde ist, 115.000 Schilling.

Man sieht aus einer so finanzschwachen Gemeinde, was für Leistungen hier vollbracht werden. Ich möchte da eine andere Gemeinde, und zwar Waldbach nennen. Es liegt am Fuße des Wechsels, hat ein Gemeindegewegnetz von 35 km zu erhalten. Diese Gemeinde hat Einnahmen von 730.000 Schilling samt den Ertragsanteilen von 354.000 Schilling. Diese Gemeinde hat, wie ich schon erwähnt habe, 35 km Gemeindegewege zu erhalten, weiters hat diese Gemeinde zwei Volksschulen in der Gemeinde, eine in Waldbach und die andere in der KG Breitenbrunn. Weiters hat sie für eine Hauptschule aufzukommen, und ich darf nur darauf hinweisen, sie hat außerdem noch den Friedhof zu erhalten, die Straßenbeleuchtung und was in einer solchen Gemeinde alles anfällt. Ich glaube, dies sind wirklich Leistungen von Gemeinden mit diesen geringen Mitteln, daß man wohl sagen kann, es sind Leistungen vollbracht worden, von unseren steirischen Kleingemeinden, für die man wirklich danken kann. Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß die Mittel, die einer Gemeinde zur Verfügung stehen, sehr beschränkt sind. Im Bundes-Budgetausschuß haben steirische Abgeordnete den Vorschlag gemacht, daß vom Bund 500 km Landesstraßen übernommen werden sollen. Es wäre eine begrüßenswerte und fühlbare Entlastung, wenn dann in gleicher Weise das Land Gemeindegewegstraßen übernehmen würde. Es ist fast unglaublich, welche Leistungen unsere Gemeinden mit ihren kargen Mitteln noch vollbringen, wenn man bedenkt, daß 1 km Gemeindegewegstraße Ausbau und mit Schwarzdecke versehen 350.000 bis 370.000 Schilling kostet, ein gesamtes Gemeindebudget einer der vorhin angeführten Gemeinden.

Ich möchte deshalb zum Schluß dieses Kapitels an das Hohe Haus die Bitte richten, von finanzschwachen Gemeinden Gemeindegewegstraßen als Landesstraßen zu übernehmen.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Unterabschnitt 671 Flußregulierung ist es erfreulich zu sehen, daß der dafür vorgesehene Betrag von 18 Millionen auf 30 Millionen erhöht worden ist, wovon bereits Leistungen im heurigen Jahr ausgeführt wurden. Die Unwetter in den letzten zwei Jahren haben gezeigt, daß es nicht angeht, daß auf die Dauer Flußbette mangelhaft oder gar nicht reguliert werden. So ist es zu den riesigen Schäden an Kulturen, an Gebäuden sowie zu Grundverlusten gekommen. Es ist Gott sei Dank im heurigen September ein Gesetz vom Nationalrat verabschiedet worden, das vorsieht, daß jeder Österreicher sein Scherflein beizutragen hat, damit der Schaden leichter gedeckt werden kann und auch in Zukunft der Ausbau und die Regulierung unserer Flüsse in Angriff genommen werden können. Im vorigen Jahrhundert wurden große Bauvorhaben in der Flußregulierung ausgeführt — ich möchte nur auf die Mur verweisen — die den Anforderungen immer noch entsprechen. Um Schäden im bisherigen Ausmaß zu vermeiden, sehe ich als dringende Notwen-

digkeit die laufende Pflege des Flußbettes, und dafür erscheint mir der Betrag von 1 Million Schilling, der dafür vorgesehen ist, zu gering. Denn deutlich haben die Jahre 1965 und 1966 gezeigt, daß nach zwei- oder viermaligem Hochwasser die Flüsse, z. B. in unserem Bezirk die Lafnitz oder die Safen, derart vermurt und verklaust waren, daß das Flußbett die nächsten Flutmassen nicht fassen konnte und es dadurch zu den großen Überschwemmungen kam. Auch die Meliorationen sind oft zwecklos geworden, wenn die Vorflüsse, wie z. B. die Enns oder bei uns die Pöllauer Safen, die nicht das notwendige Gefälle aufweisen, außerdem noch verschlammte sind, so daß die einmündenden Drainagen ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Hunderte und Tausende Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen werden in Mitleidenschaft gezogen. Der der Versumpfung anheimfallende Boden und die dadurch entstehende Herabminderung der Futterqualitäten, sofern es sich um eine Grünfläche handelt, stellt aber nicht nur für den Besitzer einen Schaden dar, sondern kann auch zum Schaden am Volksgut werden, da, wie ja größtenteils bekannt, die gefährdeten Leberegel, für deren Bekämpfung enorme Mittel aufgewendet werden müssen, als Folge drohen.

Ich möchte daher an die zuständigen Stellen die Bitte richten, zu veranlassen, daß in Hinblick, die nach Hochwasser vermurt und verschlammten Flußbette mit entsprechenden Geräten sofort geräumt werden und damit Mittel gespart werden, die sonst als Flurschäden ausgezahlt werden müssen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lind. Als nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Karl Lackner.

Abg. Lind: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme aus einem Gebiet, in welchem der Eigenheimbaubedarf am größten ist. Wenn auf dem Gebiete des Wohnungsproblems sehr vieles geleistet wurde, so konnte aber dieses Problem trotzdem noch nicht zur Gänze einer Lösung zugeführt werden. Die Eigenheim-Siedler haben hier zur Selbsthilfe gegriffen und große Leistungen vollbracht. Sie konnten entscheidend zur Linderung der Wohnungsnot beitragen, aber das Land Steiermark hat dazu eine sehr große Hilfe gegeben. Bedenken wir nur, welche Opfer die Eigenheimsiedler erbringen mußten. Sie mußten auf Autos verzichten, auf schöne Urlaubsreisen usw. Sie setzten auch ihre eigene Gesundheit aufs Spiel, um hier das Bestmögliche zu tun, um hier Eigenheime zu schaffen, um hier Wohnraum zu schaffen. Das Land Steiermark hat bereits im Jahre 1949 gesetzliche Grundlagen geschaffen, um den Eigenheim-Siedlern unter die Arme zu greifen. Obwohl es nicht Aufgabe des Landes ist, für die Wohnbauförderung zu sorgen, so wurde hier in der Steiermark und speziell auf Grund der Initiative der Österreichischen Volkspartei Entscheidendes geleistet. Auf Grund die-

ser Wohnbauförderung konnten 23.000 Einzelsiedler mit Wohnbauförderungsmitteln Eigenheime errichten. Es sind bereits wieder sehr viele Wohnbauanträge von Einzelsiedlern eingelangt. Im heurigen Jahr waren es bis zum 1. November wieder 2.400. Ich möchte bitten, alles daranzusetzen, daß diese Wohnbauförderungsdarlehensanträge auch weitestgehend einer positiven Erledigung zugeführt werden können.

Eines ist dabei überaus erfreulich — und hier ist wieder die Initiative der Österreichischen Volkspartei maßgebend — daß es möglich war, Eigentum in Arbeitnehmerhand zu geben. Von diesen Siedlungswerbern ist die größte Anzahl Arbeitnehmer, und von diesen Arbeitnehmern sind es wieder zum größten Teil Arbeiter, also man sieht hier deutlich, daß man bestrebt ist, den Arbeitnehmern zu helfen, und das sei hier besonders betont. Ich möchte damit nicht sagen, daß nicht auch die selbständig Tätigen Anspruch auf Wohnbauförderung hätten. Ich habe heute bereits gehört, daß hier eine Wohnbaureform durchgeführt wird, und daß auch der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Mittel für die Eigenheimbauer zur Verfügung stellen wird — es ist dies überaus begrüßenswert — und daß nach dem Wohnbauförderungsgesetz diese Viertelteilung auch eine Lockerung erfährt, das heißt also, daß mehr als ein Viertel dieser Mittel für Eigenheimsiedler zur Verfügung gestellt werden können. Wenn ich im Vorjahre betonte, daß die steirische Volkspartei auch eigene Wege beschreiten wird, um hier Lösungen der Wohnraumfrage zu treffen, so kann ich mit Freude feststellen, daß es der Österreichischen Volkspartei nun doch gelungen ist, Mittel und Wege zu finden, daß hier eine Wohnbaureform durchgeführt werden kann.

Es war trotz größter Anstrengung unserer Politiker, unserer Mandatäre der Österreichischen Volkspartei, zur Zeit der Koalitionsregierung nicht möglich, hier eine Regelung zu erreichen bzw. zu veranlassen, daß auf diesem Gebiet eine Regelung getroffen werden konnte. Auf eine Gruppe möchte ich bitte nicht vergessen und das sind die Eigenheim-Siedlungswerber im Grenzland und in diesen Gebieten, wo Abwanderung droht. Wir müssen bestrebt sein, unsere Arbeitnehmer seßhaft zu machen, wir müssen bestrebt sein, besonders dort unseren Arbeitnehmern neue Wohnungen über den Eigenheimbau zu verschaffen. Die Förderung der jungen Familie sei besonders in den Vordergrund gestellt. Die Familie ist die Keimzelle und wo in der Familie Ordnung ist, dort wird es überall Ordnung geben und geeignete Wohnräume und Wohnungen für die jungen Familien sind die erste Voraussetzung, um gesunde Familien zu haben und gesunde Familien zu erhalten. Aber nicht zuletzt ist der Eigenheimbau auch eine Existenzgrundlage für unsere Bauunternehmer speziell auf dem Lande und selbstverständlich trägt dieser Eigenheimbau auch entscheidend zur Arbeitsplatzbeschaffung, zur Arbeitsplatzsicherung bei.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang die Leistung der Landarbeiterkammer bleiben, die unter ÖVP-Führung steht. Der Landarbeiterkammer ist es gelungen, in den Jahren 1950 bis 1965 den Arbeitnehmern 52 Millionen Schilling an Beihilfen zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wurden 26 Millionen Schilling an AIK-Krediten für die Landarbeiter zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1965 allein waren es 6.6 Millionen Schilling an Beihilfen und 7.7 Millionen Schilling an AIK-Krediten. Es wäre sehr erfreulich, wenn auch die Arbeiterkammer, die ein anderes finanzielles Fundament hat als die Landarbeiterkammer, geeignete Schritte unternehmen würde, um hier auch zur Wohnraumsicherung einen entscheidenden Beitrag zu leisten und den Arbeitnehmern beim Eigenheimbau unter die Arme zu greifen. (Abg. Zinkanell: „Wenn die Arbeiterkammer von wem anderen Geld bekommt, macht sie es genauso!“ — Abg. Ritzinger: „Die baut nur Paläste!“)

Die Landarbeiterkammer stellt 60 Prozent ihrer Einnahmen immer wieder den Kammermitgliedern zur Verfügung und hier sind es größtenteils wieder Wohnbauförderungsmittel und Beihilfen, die die Landarbeiterkammerzugehörigen aus diesen Mitteln bekommen. Ich glaube, daß auch die Arbeiterkammer geeignete Möglichkeiten hätte, wenn sie den Willen zeigen würde, den Arbeitnehmern Wohnbauhilfen oder nieder verzinsliche Darlehen zur Verfügung zu stellen. Ich bitte daher, alles daran zu setzen, daß künftighin ebenfalls am Grundsatz des Eigenheimbaues, der die beste Wohnform garantiert, festgehalten wird. Es wird daher notwendig sein, und ich bitte auch darum im Jahre 1967 entsprechende Förderungsmittel den Eigenheimsiedlern zur Verfügung stellen zu wollen.

Und von dieser Stelle aus möchte ich es nicht verabsäumen, diesen Eigenheimsiedlern auf das herzlichste für ihren persönlichen Einsatz zu danken, daß es dadurch möglich war, durch ihre Leistungen, durch ihre Anstrengungen, die Wohnungsnot bei uns in der Steiermark entscheidend zu lindern. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Präsident: Am Wort ist der Herr Abg. Karl Lackner. Als nächster ist Herr Abg. Pichler vorgemerkt.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Abg. Doktor Götz hat zum Schluß seiner Ausführungen das Wohnungsproblem in Graz besonders berührt. Ich möchte dazu nur ganz kurz sagen, daß genau zum gleichen Problem, betreffend familiengerechte Wohnungen, unsere Abg. Frau Johanna Jamnegg schon lange einen Antrag in der gleichen Richtung eingebracht hat. Der Herr Abg. Götz ist daher als Nachzügler ein bisserl zu spät gekommen. (Abg. Scheer: „Das hast Du aber mißverstanden!“) Damit aber der Reigen der Straßenwünsche geschlossen ist, muß ich natürlich die Wünsche des Ennstales, des oberen

Murtales und den Wunsch der Brucker, besonders die Umfahrung Bruck, anmelden. Ich möchte keine besonderen Forderungen aufstellen, sondern nur den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß die begonnenen Projekte so schnell als möglich fertiggestellt werden und die geplanten dann gleich in Angriff genommen werden. Das sind die Wünsche der Obersteirer bezüglich der Straßen.

Aber einen Wunsch habe ich noch. Durch die ständig zunehmende Verkehrsdichte in Österreich überhaupt und durch den Fremdenverkehrsstrom, auf den wir ja mit Begeisterung warten alle Jahre, werden unsere Landes- und Bundesstraßen trotz des Ausbaues bald nicht mehr reichen. Man darf nicht undankbar sein, Wünsche haben wir sicherlich viele, aber auf dem Straßensektor ist wirklich viel geschehen. Aber trotzdem wird die Dichte so groß und es ist daher notwendig, daß wir da einen Ausweg suchen. Und dieser Ausweg kann nur dadurch gefunden werden, daß man von Sattledt über den Pyhrnpaß, Liezen, Palten-, Liesingtal über die Gleinalm nach Graz ebenfalls eine Autobahn baut. (Beifall.) Und dieses Projekt möchte ich besonders deshalb befürworten, weil die Grenzen im Süd-Osten jetzt auch offen geworden sind nach Jugoslawien, das ist heute schon erwähnt worden. So ist es einfach kein Vergnügen mehr. Jeder, der in Richtung Graz—Bruck fahren muß, der spürt es jetzt schon und wir haben ja bedauerlicherweise feststellen müssen, daß gerade auf diesem Straßenstück so viele Unfälle passieren. Und der Bau der neuen Autobahn wäre eine gewaltige Entlastung. Ich bin der Meinung, wenn die Bundeshauptstadt Wien vom Westen und vom Süden her eine Autobahn hat, so haben wir als Steirer als die zweitgrößte Hauptstadt genau das gleiche Anrecht, daß wir ebenfalls auch eine Autobahn vom Osten und vom Norden her kriegen. Ich würde daher den Herrn Landeshauptmann bitten, daß er nicht nur den bereits begonnenen Autobahnbau von Wien her vorantreibt, sondern auch veranlaßt, daß das neue Projekt geprüft und so schnell als möglich ins Programm aufgenommen wird.

Und jetzt haben wir noch ein besonderes Problem, das Problem der Flußregulierung. Es ist schon sehr viel geredet worden, es möge nicht langweilig wirken. Liebe Freunde, meine Damen und Herren, es ist ein ernstes Problem und zwar nicht nur im Murtal, Raabtal oder im Laßnitztal, die gleich großen Sorgen drücken uns im Ennstal. Und um das richtig zu verstehen, muß ich etwas weiter ausholen. Vor dem Jahre 1860 war das ganze Ennstal von Schlading bis Gesäuseeingang eine Sumpflandschaft. Und die Bauern, die rechts und links an den Hängen gesiedelt haben, befanden sich damals in einem echten Notstandsgebiet, bedingt dadurch, weil ja die Sumpfflächen kaum für die erforderliche Futtergewinnung geeignet waren, weil genau die gleichen Sorgen dort aufgetreten sind, die der Prenner Karl schon gesagt hat, wo die Bauern wegen der ständigen Verseu-

chung damals schon auf die Viehzucht angewiesen waren und sich einfach nicht entwickeln konnten. Dank wackerer und verdienter Ingenieure und Männer, ist dann 1860 mit der Ennsregulierung begonnen worden, es sind Durchstiche gemacht worden, weil dies ja die Voraussetzung überhaupt für eine Melioration ist, die Enns sollte ja der große Vorfluter sein und so ist es dann im Laufe eines Jahrhunderts möglich geworden, daß durch die Regulierung 5.800 ha bester Ackerboden geschaffen werden konnte.

Was das alles gekostet hat, kann ich leider nicht mehr sagen, weil es viel zu kompliziert ist, wir haben inzwischen ja eine Reihe von Währungsreformen hinter uns von Gulden, Kronen, Heller und wie das alles geheißen hat, aber ich kann nur sagen, daß das Hektar im Durchschnitt 35.000 Schilling gekostet hat. Ganz gleich ist auch das Paltental betroffen. Das Paltental ist genauso ein Sumpfland gewesen und nach dem Ersten Weltkrieg hat man ebenfalls dort in erfreulicher Weise mit der Regulierung und mit der Melioration begonnen und es konnten auch dort 900 ha Grund und Boden zur guten Bewirtschaftung herangezogen werden.

Wie wertvoll diese Gelder angelegt worden sind, meine Damen und Herren, geht wohl daraus hervor — nicht weil ich zufällig ein Ennstaler bin — daß die Landwirtschaft des Ennstales heute krisenfest und stark dasteht. Und das ist nur dadurch möglich. (Landesrat Bammer: „Ist nicht bei jedem Sumpf so!“)

Na, das ist wieder ein anderer Sumpf gewesen — weil die Voraussetzungen geschaffen wurden. Und die vielen Millionen Schilling, die wir von der öffentlichen Seite für dieses Vorhaben bekommen haben, haben die Bauern des Bezirkes Liezen längst mit Zinsen und Zinseszinsen wieder zurückgezahlt durch die vielen Devisen, die die Bauernschaft der gesamten Volkswirtschaft durch die Exporte ins Ausland und durch den Fremdenverkehr gebracht hat. Und durch die tragischen Ereignisse der letzten Zeit — früher einmal haben wir von einem 100jährigen Hochwasser, von einem 10jährigen Hochwasser geredet, das gehört der Vergangenheit an. Wir haben jetzt nicht nur jedes Jahr ein Hochwasser, sondern zwei-, dreimal im gleichen Jahr, und dadurch ist die Flußsohle der Enns und der Palten oft um 1 m höher geworden, das dadurch bedingt, daß die Meliorationen der Enns und der Palten heute das Wasser wieder in die Wiesen zurückdrücken, anstatt es wegrinnen zu lassen. Die Folge davon ist, daß die Bauern mit ihren Maschinen und Geräten nicht mehr hineinkönnen und daß sie nicht arbeiten können, und was noch viel tragischer ist, daß durch den bedenklich hohen Grundwasserstand Gräser wachsen, die vor 50 Jahren gewachsen sind, also eine typische Versäuerung.

Ich muß daher wirklich die Bitte an die Steierr. Landesregierung richten, soviel

als möglich und so schnell als möglich an die Senkung der Flußsohle der Enns und der Palten heranzugehen, damit nicht die vielen Millionen, die dankenswerterweise investiert worden sind, schön langsam davonrinnen. Und außerdem brauchen die Ennstaler Bauern und die Paltentaler Bauern den Grund und Boden, der praktisch die Voraussetzung für ihre Existenz ist, so dringend und so notwendig. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident Koller: Herr Abg. Pichler ist am Wort. Danach kommt Herr Abg. Hofbauer.

Abg. Pichler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe heute das erste Mal hier in diesem Hause zu sprechen Gelegenheit und habe die Absicht, zu den Abschnitten 62 Wohnungswesen, 66 Straßenbau und 67 Wasserbau bzw. Flußregulierung Stellung zu nehmen. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Jahr 1965 und 1966 ist uns wegen der großen Unwetterereignisse und der vielen Hochwasser noch in sehr unangenehmer Erinnerung. Ich spreche hier vornehmlich für das Gebiet der Obersteiermark, für das Murtal, darf aber selbstverständlich dabei auch die Nebenflüsse erwähnen. Es wären sehr, sehr viele Schäden, sehr, sehr viel wertvoller Besitz verschont geblieben, hätten rechtzeitig Vorkehrungen und Maßnahmen Platz gegriffen, damit diese Hochwasser nicht diesen Schaden hätten anrichten können. Ich darf kurz zurückführen in den letzten Winkel des Turacher Grabens, wo im heurigen Jahr dieses große Unglück eingetreten ist, bis heraus nach Stadl; ich darf Sie erinnern an den Gaalgraben, ich darf Sie erinnern an den Nebenfluß heraus von St. Lorenzen bei Murau, ich darf erinnern an den Schöderbach, an das ganze Murtal und im speziellen, von wo ich komme, an Knittelfeld, wo alle diese Nebenflüsse wertvollen Besitz weggerissen haben, wo Menschen oft das letzte Stückchen an Grundstück vor ihrer Keusche verloren haben, wo Familienmitglieder ihr Leben eingebüßt haben und vor allen Dingen, wo Menschen ihr letztes Plätzchen noch an Wohnraum verlieren mußten. Der Anblick war erschütternd.

Ich darf in diesem Zusammenhang wohl darauf hinweisen, daß es sicherlich nicht möglich ist, mit finanziellen Mitteln all diese Katastrophenereignisse für alle Zeiten abzuwenden. Ich bin aber der Meinung, meine Damen und Herren, daß es auf alle Fälle möglich wäre bei entsprechender Vorkehrung, bei entsprechender Vorsicht und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und verweise dabei auf die Wald- und Forstbesitzer, wenn die Holzlagerungen in entsprechendem Maße und nach den Vorschriften vor sich gehen, einzelne Nebenflüsse nicht direkt durch Holzlagerungen verlegt werden würden und dadurch solche Wasserbuchten entstehen und die darunterliegenden Gehöfte dann eben zerstört werden. Es könnte auch weitestgehend so manches vermieden werden, meine Damen und Herren, wenn man rechtzeitig auch in bau-

licher Hinsicht Vorkehrung treffen würde. Man soll Menschen, die dort schwerverdiente Schillinge anlegen und sich ein Häuschen hinbauen wollen, nicht einfach gestatten, freizügig zu wirtschaften und zu bauen, ohne daß von fachlicher Seite entsprechend darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es keinen Sinn hat, dort zu bauen. Wenn man es ihnen aber gestattet, müßte man entsprechende Schutzwehren und Schutzmauern aufführen, damit dieses Geld nicht sinnlos angelegt wird.

Wenn ich nunmehr konkret auf das Gebiet Knittelfeld zurückkomme, so spielen dort die Mur, die Ingering und ich darf sagen auch der Kressenbach für die Stadt Knittelfeld, für das Gebiet Landschach sowie für die Gemeinde Apfelberg eine unangenehme Rolle, die weiterhin nicht mehr so hingenommen werden kann, wie es bisher der Fall war. Wenn ich kurz auf den Kressenbach verweise, meine Damen und Herren, so handelt es sich hier um ein Projekt, das seit dem Jahre 1911 besteht. Der Akt den es aufweist, ist schon auf etwa 50 bis 60 cm Höhe angewachsen. Es handelt sich um einen ganz nebensächlich erscheinenden kleinen Wasserstrang, der aber bei starken Niederschlägen derart viel Wasser aufnimmt und jederzeit Gefahren in sich birgt und droht, die Stadt Knittelfeld zu überschwemmen.

Es wurde heute schon von der Eigentumsbildung gesprochen, meine Damen und Herren, es wurde vor allen Dingen auch davon gesprochen im Zuge des Wohnungsbaues, daß es anerkennenswert ist — und ich unterstreiche das ganz besonders — daß wir Gott sei Dank sehr, sehr viele Menschen haben, die sich selbst ein Eigenheim errichten, die für sich selbst einen Wohnraum aus eigenen Mitteln und eigener Initiative schaffen. Aber es nützt nichts, wenn diese Menschen diese Mittel aufwenden und ständig in Gefahr sind, daß diese Werte durch solche Umstände wieder verlorengehen. Ich bin persönlich der Meinung, daß seit 1911 absolut irgendwann Gelegenheit gewesen wäre, dieses Projekt endlich zu verwirklichen. Die Stadtgemeinde Knittelfeld hat ihren Anteil, der ihr vorgeschrieben wurde vom Land Steiermark, seit Jahren im ordentlichen Haushalt des Budgets eingesetzt und ist natürlich bereit und jederzeit in der Lage, diese Mittel aufzuwenden. Es muß natürlich hier die starke Hand von seiten des Landes, welches nunmehr zuständig ist, auch Platz greifen. Es handelt sich um einen Kostenaufwand von über 7 Millionen Schilling, und es ist ganz klar und selbstverständlich, daß diese Millionen nicht auf einmal ausgeschüttet oder irgendwo hervorgezaubert werden können. Wir sind aber der Meinung, daß doch endlich einmal mit einem Baulos begonnen werden muß, um diese Menschen dort zu schützen und diese Menschen endlich von ihrem Bangen zu befreien, daß ihre so mühevoll geschaffenen Werte, Wohnräume und Eigenheime nicht weggeschwemmt werden, sondern vielmehr erhalten bleiben.

Wenn ich von der Ingering vorher gesprochen habe, so darf ich darauf hinweisen, daß die Ingering aus einem Gebiet herauskommt, das außerordentlich niederschlagsreich ist. Es fließen sehr viele Wässer diesen Bach entlang und besonders bei starkem Regen treten starke Vermurungen auf. Dieser Bach ist nunmehr so vermurt und verlegt mit Wurzeln, Steinen und sonstigem Geröll, daß er immer seichter wird und daß er immer breitere Ufer nimmt. Das hat zur Folge, daß das gesamte Stadtgebiet von Knittelfeld faktisch mit der Wasserversorgung und der Wasserleitung aus diesem Gebiet gefährdet ist, weil das Flußbett immer breiter wird, weil die Wasserleitung soweit angegriffen ist und jeden Augenblick droht, hinunterzubrechen und die Stadtgemeinde hier vor neuerliche Aufgaben gestellt wird. Wenn ich diesem Nebenfluß weiter entlang folge, wenn er nunmehr in die Mur fließt, so darf ich darauf hinweisen, daß dort eine besondere Ablagerung von Schutt, Geröll, Wurzeln, Baumstämmen usw., die man gar nicht so ohne weiteres entfernen kann, entstanden ist, die nunmehr verursacht, daß bei etwas stärkerem Hochwasser oder stärkeren Niederschlägen die gesamte Ingering mit der Mur in das Gebiet Landschach durch die Gemeinde Apfelberg mitten durch das Dorf durchfließt, die Dorfstraße wiederholt schon zu einer Bachstatt gemacht hat und alle diese Betriebe dort, seien es Landwirtschaftsbetriebe, seien es Forstwirtschaftsbetriebe, seien es Eigenheime, seien es irgendwelche Kuhweiden oder wertvolles Ackerland, unter Wasser gesetzt, vermurt und verschlammt und größten Schaden verursacht haben. Ich glaube, das kann nicht länger aufgehalten werden, kann nicht länger hinausgeschoben werden, und ich darf hier an den Herrn Landeshauptmann die dringende Bitte richten, und an die gesamte Regierung die Bitte richten, daß doch wenigstens an die Ausbaggerung der Flußbette dort herangegangen wird, wenn schon nicht direkt und sofort die Mittel für einen fixen Dammbau aufgebracht werden können. Wenn ich konkret von der Mur spreche, so sind hier nicht einige 100.000 Schilling ausreichend, sondern sind sicherlich für dieses Gebiet Millionen Schilling erforderlich. Ich bin aber der Auffassung, daß es nicht hinausgeschoben werden darf, daß an jenen Stellen, wo das Murufer so stark eingerissen wurde, meine Damen und Herren, einfach darüber hinweggesehen wird, sondern daß etwas geschehen muß, weil Menschen, die dort mit der Scholle verbunden sind, dort ihr Heim haben, dort zuhause sind, es nicht ertragen können. Wir Mitmenschen können da nicht zusehen wie schon bei geringsten Hochwässern, seien es Regenniederschläge, seien es Schneewasser, ihnen immer mehr und Meter für Meter an wertvollem Ackergrund und Baugrund weggeschwemmt wird. Ich darf also auf diesen Umstand ausdrücklich hingewiesen haben und darf bitten, daß irgendwelche Maßnahmen gesetzt werden.

Im Gebiet oder in der Gemeinde Apfelberg möchte ich noch auf einen ganz besonderen

Umstand hinweisen in bezug auf Straßenbau, meine Damen und Herren. Es ist für uns alle mehr als begrüßenswert, wenn das zuständige Amt der Steierm. Landesregierung, wenn die Landesregierung Mittel bereitstellt, daß Straßen saniert, daß Straßen gebaut und Straßen verschönert werden. Aber ich glaube, daß diese Mittel keineswegs, meine Damen und Herren, dazu gedacht sind und dafür gedacht sind, daß man einfach eine Straße hinbaut, damit eine Straße besteht, ohne auf alle anderen Momente entsprechend Rücksicht zu nehmen. Dem Herrn Landeshauptmann dürfte es nicht unbekannt sein, denn er hat sich ja schon öfter in diesem Gebiet aufgehalten, wie die Straße nunmehr von Großlobming herüber direkt nach Knittelfeld, teilweise durchführend durch das Stadtgebiet in die Gaal, die sogenannte Lantschacherstraße, welche eine Landesstraße ist, aussieht. Sie ist heute wunderbar zu befahren. Aber anstatt die Straße auszukoffern, oder, wenn ich noch kurz vorher erwähnen darf, anstatt eine ordentliche Kommissionierung mit allen zuständigen Stellen, Anrainern, Behörden, Baubezirksleitung usw. durchzuführen, hat man es vielmehr der Firma überlassen, diese Straße hier sogar bis zu 50, 60 Zentimeter anzuschütten, meine Damen und Herren, die Oberdecke nunmehr zu befestigen und nunmehr freuen sich alle über eine Straße, die gegeben ist, aber es freuen sich alle jene Menschen nicht darüber, die dort wohnen müssen. Denn diese Straße wurde mittlerweile zu einem herrlichen und fantastischen Wasserdamm, nämlich zu jenem Wasserdamm, welcher das Wasser, das von der Mur und Ingering dort eindringt, nunmehr auf Grund des gegebenen Gefälles und Geländes mitten in das Dorf hinein ableitet und selbstverständlich die Dorfstraße und sämtliche Wirtschaftsgebäude passiert und größte Schäden anrichtet. Wenn ich kurz über diese Straße fortsetze, darf ich sagen, man hat sie natürlich hineingebaut ins Stadtgebiet und ebenfalls anstatt eine Auskoffierung vorzunehmen, wieder fantastisch aufgeschüttet, so daß das Straßenniveau weit über die Kellerfenster hinausragt und bei jedem Regen oder bei Schneeschmelze natürlich die Anrainer, die Bewohner — wieder vielfach Privateigentümer, Eigenheimbesitzer — das Wasser mitten im Keller haben und ständigen Schäden ausgesetzt sind. Ich weiß nicht, ob hier nicht bestimmte wasserrechtliche Bestimmungen hätten Platz zu greifen gehabt, ich weiß nicht, ob es hier nicht selbstverständlich hätte sein sollen, daß man mit dem zuständigen Bürgermeister, mit dem Gemeinderat, die das Gebiet dort kennen, die Verhältnisse kennen, sprechen hätte sollen und den Bau nicht einfach einer Privatfirma überläßt. Und nunmehr landend im Stadtgebiet Knittelfeld: Ja, auch die Knittelfelder freuen sich, daß diese Straße hergerichtet wurde und gerade die sogenannte Gaalerstraße, die sie in der Fortsetzung fortführt, direkt hinein in die Gaal. Aber es ist äußerst unangenehm für den Haushalt einer Stadtgemeinde, wenn auf einmal eine Baufirma kommt, hier Anschüttungen vornimmt, sämtliche Kanäle viel zu tief drinnen sind, die

Stadtgemeinde nicht rechtzeitig verständigt wird, nicht rechtzeitig geplant wird, nicht vermessen wird, erst, wenn der Bau bereits begonnen hat und die ersten Hunderte Kubikmeter angeschüttet wurden, eine Kommission hier eingesetzt wird und sagt, na, das können wir ja alles nicht mehr wegräumen, sondern müssen das fortsetzen und eine Stadtgemeinde muß dann unter Umständen 50, 70, 80, 100.000 Schilling für solche Zwecke außertourlich aufwenden. Davon will ich aber noch weniger reden, ich bin sehr zufrieden, daß wir die Straße haben und wir haben diese Mittel sogar noch gerne aufgewendet. Aber, meine Damen und Herren, was uns die Bevölkerung und die Bewohner von Knittelfeld und alle, die nunmehr hinkommen, die vielleicht vorher schon in Knittelfeld waren, etwas übelnehmen ist, daß — und hier wird ja in erster Linie die Stadtgemeinde angegriffen, weil die Leute die Zusammenhänge nicht kennen — man hunderte Meter lange Gehsteige, die in ganz Österreich und in der Steiermark auch ein Problem darstellen, ganz einfach aufgerissen hat, die neu hergestellt waren. Ich darf darauf hinweisen, vor zwei Jahren wurde der letzte Gehsteig um horrendes Geld hergestellt. Gehsteige sind durch das Land und die Gemeinde hergestellt worden. Jetzt mußten sie aufgerissen, neu angeschüttet, mit neuen Einfassungen, neuen Randsteinen und vollkommen neuen Decken versehen werden. Wir hätten diese hunderte Meter Gehsteige anderwärtig sehr notwendig gebraucht oder ich könnte mir vorstellen, das Land hätte dieses Geld, das dort aufgewendet wurde, von mir aus — wir sind nicht solche Egoisten — in irgend einem anderen Gebiet, für andere Bewohner der Steiermark viel, viel sinnvoller anwenden können. Das wäre auch möglich gewesen, meine Damen und Herren, wenn man rechtzeitig, fachmännisch über diese Probleme gesprochen und geredet und geplant hätte. Ich möchte das in gar keiner Weise leidenschaftlich polemisieren, sondern, meine Damen und Herren, rein sachlich feststellen, weil ich selbst auf diesem Gebiet sehr sehr lange tätig bin, ein begeisterter Kommunalpolitiker bin, oder ein Mensch bin, der sich sehr sehr gerne mit dem Bauen und mit dem Bauhandwerk beschäftigt, obwohl es an sich nicht mein Beruf ist. Aber es beginnt einem buchstäblich das Herz zu bluten, wenn man sieht, wie hier Mittel hinausgegeben werden ohne Zweck, ohne Überlegung, sie haben nur den Endzweck, daß man den vorherigen Bauzustand wieder herstellen muß, aber damit wird faktisch kein Zweck erfüllt. Wenn diese Probleme aufgezeigt werden, so nicht nur deshalb, um einen Redestoff zu haben, sondern bitte deshalb, verehrter Herr Landeshauptmann, daß man doch künftighin trachtet, solche Dinge weitestgehend abzuwenden. Ich würde sogar empfehlen, daß man die Baubezirksleitung Judenburg, die ich keineswegs angreifen möchte, denn dazu bin ich nicht zuständig, ich stelle es nur fest, in dieser Richtung vielleicht etwas anweist, unterweist und ihr nun sagt, wie die Probleme richtig gemacht und gelöst werden sollen und

vor allen Dingen sagt, wie man es nicht machen soll, denn um diese Mittel ist es doch viel, viel zu schade. Ich möchte mich auf dem Straßengebiet weiter nicht mehr verbreitern, sondern möchte zu einem anderen Kapitel kommen.

Ich darf, weil der Herr Abg. Feldgrill heute von der Sobother Straße gesprochen hat, noch sagen, was für die Steiermark die Sobothstraße ist, ist für den Kärntner die Turracher Straße. Wir treffen uns dort auf beiden Seiten an der Grenze. Die Kärntner warten natürlich, und das hängt auch ein bisserl mit dem Unwetter zusammen und mit den Auswirkungen des Unwetters und dem Ausmaß der Katastrophen. (Landeshauptmann Krainer: „Tun Sie nicht die Kärntner unterstützen!“ — Landesrat Gruber: „Ein gelernter Kärntner!“) Nein, nein. Erstens wäre ich ja ein gelernter Kärntner, aber ich darf sagen, die Kärntner haben eine herrliche Straße auf der anderen Seite aufgebaut. Wir warten als Steirer, bis sie von der Steiermark fortgesetzt wird, so wie wir auf der anderen Seite warten, daß die Sobothstraße von den Kärntnern in der anderen Richtung fortgesetzt wird. Herr Abg. Leitner, ich möchte also keineswegs die Nordrampe in Eisenerz angreifen, ich unterstreiche selbstverständlich alles. Aber ich könnte mir vorstellen — und hier ist ein sehr netter Einwand gefallen —, daß diese Verbindungsstraße über die Soboth direkt nach Kärnten für das steirische Grenzland und den Fremdenverkehr von allergrößter Bedeutung sein könnte. (Abg. Leitner: „Das streite ich nicht ab, aber Rang Nr. 1 ist die Präbichlstraße!“) Ich möchte Sie, Herr Abg. Leitner, nur gleich einrangieren, weil der Fremdenverkehr für uns von größter Bedeutung ist.

Nun, meine Damen und Herren, noch ganz kurz zum Wohnungsbau. Der Wohnungsbau stellt in Österreich wohl eines der schwierigsten Probleme dar, und ich möchte mich zum Teil auf mein Konzept konzentrieren und werde mich nicht zu verbreitern, weil der Herr Landesrat hier schon eine kurze Bemerkung gemacht hat. Der Wohnungsbau stellt in Österreich ein sehr heikles Problem dar, meine Damen und Herren. Eine intensive Wohnbautätigkeit soll nicht nur die Wohnungsnot in unserem Lande beseitigen und dem Barackenelend endlich ein Ende setzen, sondern ist auch von weittragender Bedeutung für die gesamte Bauwirtschaft. Beschäftigen wir doch in der Bauwirtschaft über 200.000 Bauarbeiter und über 24.000 Angestellte und macht doch diese gesamte Wohnbautätigkeit im Brutto-Nationalprodukt in den letzten beiden Jahren rund 9 Prozent aus. Alle Interessenvertretungen wie Arbeiterkammer und Gewerkschaften sowie auch die politischen Parteien haben in erster Linie die Hauptsorge, wie könnte auf dem schnellsten Wege die Wohnungsnot beseitigt werden und in diesem Zusammenhang aber auch gleichzeitig die bisherige Handhabung geändert werden, damit in Österreich Wohnraum, aber vor allen Dingen Wohnraum mit erträglichen Mieten geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit fünf Punkten nur ganz kurz beschäftigen. Die Wohnbaufinanzierung, die Erhöhung der Baukapazität, die Beschaffung von Baugründen, die wohnstrukturelle Mindestanforderung, die heute auch schon genannt wurde und wiederholt schon in diesem Haus zum Ausdruck kam, und die bessere Verwendung des Arbeitskräftepotentials. Zu diesen fünf Punkten haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von Interessenvertretungen und Verbänden Stellung genommen, Konzepte ausgearbeitet, Vorschläge unterbreitet und dann Anträge gestellt. Diese Anträge wurden z. B. sowohl von Kurier, Expres, Volksblatt, Arbeiter Zeitung, die Presse, Neues Österreich usw. positiv kommentiert und diese Vorschläge wurden auch im allgemeinen sehr positiv aufgenommen und zur tatsächlichen praktischen Ausführung empfohlen. Es hat sich lediglich eine Zeitung dagegen ausgesprochen, Herr Kollege Leitner, und zwar war das die Volksstimme, welche ein Presseerzeugnis jener Gruppe Österreichs ist, welche noch keinen Wohnraum geschaffen hat, sondern sich lediglich mit der Kritik begnügt hat und jedes Programm, jeden Vorschlag und jeden Antrag kritisiert hat, weil diese Zeitung der Meinung ist, alles ist lückenhaft. Es wird uns natürlich nicht gelingen, für diese Zeitung und für die Gruppe, die dieser Zeitung sehr nahesteht, ein Konzept zu entwickeln, daß sie mit uns zufrieden ist und sagt, das ist das Idealkonzept, es sei denn, es würde vielleicht jemand bei einer Wohnung noch etwas dazugezahlt bekommen, wenn man sie ihm zuweist. Meine Damen und Herren, in bezug auf Wohnbaufinanzierung: Die Wohnbaufinanzierung hängt derzeit vom Ergebnis der jeweiligen Budgetverhandlungen ab. Damit ist sie in den Bereich der Tagespolitik einbezogen. Demgemäß ist die Höhe der jährlichen Budgetansätze und Anträge sehr unterschiedlich. In manchen Jahren ist eine Dotierung im Bundeshaushalt überhaupt gänzlich unterblieben und wurden vom Herrn Finanzminister keinerlei Mittel eingesetzt. Wir dürfen für das Jahr 1967, meine Damen und Herren, verzeichnen, daß nur jene Mittel zum Tragen kommen, die sich im Umlauf befinden, die durch die Wohnbauförderung im allgemeinen, durch die Wohnbausteuer her Einkommen, aber wir dürfen feststellen, und zwar im negativen Sinne, daß der Herr Finanzminister für das Jahr 1967 keinen zusätzlichen Groschen bereitgestellt hat. Ich möchte hier nicht die Behauptung aufstellen (Abg. Leitner: „Tun Sie das nicht kritisieren!“) Lieber Herr Abgeordneter Leitner, ich habe jetzt nicht die Absicht, mich mit Ihnen zu beschäftigen, sondern mit dem ganzen Haus. Herr Kollege Leitner, Sie haben es unterlassen, einen konkreten Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Sie haben sich ebenfalls wieder nur mit der Kritik begnügt. Ich würde Ihnen empfehlen, hören Sie mir jetzt zu, dann hätten Sie vielleicht einen kleinen Überblick. Bei den einzelnen Wohnbaufonds bestehen völlig verschiedene Bestimmungen, die der wohnungssuchenden Bevölkerung kaum begreiflich sind. Es ergibt sich dadurch

eine willkürliche Belastung der Wohnungswerber, die vielfach Anlaß zu einer nicht ungerechtfertigten Kritik an der öffentlichen Baufinanzierung gibt. Am schwersten jedoch wird von den Wohnungssuchenden und von allen Wohnbauunternehmungen die Tatsache kritisiert, daß der Herr Finanzminister es in den vergangenen Jahren und im Jahr 1967, wie ich schon erwähnt habe, wiederholt unterlassen hat und wieder unterläßt, zusätzliche Mittel aufzubringen, damit wir schneller dem Wohnungselend und der Wohnungsnot in diesem Lande begegnen. Die Arbeiter und Angestellten selbst tragen nicht nur durch ihre allgemeine Steuerleistung, sondern insbesondere durch ihre Wohnbauförderungsbeiträge die Hauptlast der Wohnbaufinanzierung. Das jetzige Förderungssystem berücksichtigt aber die soziale Lage nur ungenügend. Dadurch kommt jener Personenkreis, der den Hauptanteil der öffentlichen Mittel bereitstellt, immer weniger zum Zuge, da weite Kreise der Arbeitnehmerschaft nicht mehr in der Lage sind, den immer höher werdenden Aufwand für eine Neubauwohnung zu tragen. Um diese Probleme für die Arbeitnehmer zu lösen, wären die folgenden Maßnahmen erforderlich — Herr Kollege Leitner, und hier kannst Du zuhören. Der Wohnungsbau ist im Rahmen eines Zehn-Jahres-Programms langfristig zu sichern. Hierbei sind die jährlichen Bundesbeiträge in einer Höhe anzusetzen, die dem Beitragsaufkommen der Arbeiter und Angestellten zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Wohnbauförderung 1954 entspricht. Durch eine gesicherte Rahmenfinanzierung könnte der Volkswohnbau langfristig disponieren. Auch die Förderungswerber könnten dadurch ihre Bauvorhaben besser und vor allem wirtschaftlicher planen. Die Bedingungen der öffentlichen Wohnbaufonds sind zu vereinheitlichen, wobei als Basis die Bestimmung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds dienen soll. Die zinsfreie Finanzierung bis zur vollen Höhe der Baukosten ist nur gerechtfertigt, wenn die Wohnungswerber ihren Wohnraum durch Kriegseinwirkung verloren und bisher keinen ausreichenden Ersatz bekommen haben. Durch die Beseitigung der bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten wären nicht nur gleiche Startmöglichkeiten hergestellt, sondern es könnte überdies durch die allgemeine Aufbringung von Eigenmitteln ein größerer Förderungseffekt erzielt werden. Das bestehende Förderungssystem wäre so umzugestalten, daß die soziale und wirtschaftliche Lage der Wohnungssuchenden echt berücksichtigt wird. Dies bedeutet jedoch nicht, meine Damen und Herren, ein völliges Abgehen vom derzeitigen System der Objektfinanzierung. Die bisherigen Diskussionen haben gezeigt, daß eine solche Vorgangsweise schon deshalb nicht möglich wäre, weil die ausfallenden öffentlichen Mittel durch Kapitalmarktmittel schon allein wegen der hohen Zinsen nicht ersetzt werden können. Es muß daher die derzeitige Objektförderung etwa im Umfange des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds als fundamentaler Bestandteil eines Förderungssystems beibehalten werden. Die Belastung aus

dem Wohnungsaufwand durch Tilgung und Verzinsung der auf dem Kapitalmarkt beschafften Mittel soll dem Familieneinkommen des Wohnungsinhabers angepaßt werden. Festlegung einer Untergrenze der Wohnungsbelastung von der angefordert wird, also Festlegung eines dem Wohnungsinhaber zumutbaren Mietaufwandes. Den gegebenen Lohn- und Gehaltsverhältnissen in Österreich Rechnung tragend, wird eine solche Grenze kaum — und darüber läßt sich streiten — über 10 Prozent des Einkommens liegen können. Festlegung der Obergrenze der Kosten, Miete und der Wohnungsgröße, für die je nach dem Familienstand, eine subjektive Förderung gewährt werden kann. Wohnungen mit überdurchschnittlichen Ausstattungen oder über die dem Familienstand angepaßte Größe hinaus, gemessen nach internationalem Standard, können nicht gefördert werden. Festsetzung von Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Sonderfinanzierung und zusätzlicher Subjektförderung, diese beiden Grenzen können dem Gedanken des Systems entsprechend nicht in gleicher Höhe festgelegt werden. Sie müssen vor allem den Familienstand berücksichtigen. Im Zusammenhang mit der Genehmigung der Objektförderung hat die Förderungsstelle auf Möglichkeiten der Erlangung der Subjektförderung hinzuweisen. Die Mittel dieser zusätzlichen Subjektförderung könnten zum Teil aus den Rückflüssen des Wohnungsfonds genommen werden, zum Teil müßte aber auch die öffentliche Hand sie entsprechend dotieren und der Herr Finanzminister seine negative Einstellung zur Wohnbauförderung aufgeben. Die Aufbringung darf jedoch die Finanzierung der Objektförderung nicht vermindern. Alle Maßnahmen auf dem Gebiet der Finanzierung mit dem Ziel, die jährliche Bauleistung zu erhöhen, setzen aber eine Ordnung in der Bauwirtschaft voraus. Es muß zur Rationalisierung nach kosten- und zeitsparenden Methoden dafür gesorgt werden, daß die höheren finanziellen Mittel auch tatsächlich für den Wohnbausektor zum Tragen kommen und nicht allein durch Baupreis, Baukostensteigerungen und sonstige Manipulationen verloren gehen. Und hier, meine Damen und Herren, möchte ich auf einen besonderen Umstand und auf ein praktisches Beispiel hinweisen. Es hat sich heuer in den Frühjahrsmonaten gezeigt, daß in einem Gebiet Baufirmen sich abgesprochen haben, sich vereinigt haben, Deckanbote, ja ich möchte sagen zum Teil vollkommen gleichlautende Anbote für ein bestimmtes Wohnbauvorhaben, Anbote gelegt haben, die einen Preisunterschied bis zu 3 Millionen Schilling aufgewiesen haben, einen Preisunterschied aufgewiesen haben, meine Damen und Herren, bei einem Volumen von insgesamt 46 Wohnungen, wobei eine Wohnung im Durchschnitt 60 Quadratmeter groß ist. Dieses Projekt mußte auf schnellstem Wege umgearbeitet werden und mit dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung das Einvernehmen hergestellt werden, damit dieses Projekt neu intern beschränkt ausgeschrieben werden konnte, um diese Methoden auszuschalten und vor allen Dingen hier diese

Wege abzufangen. Siehe und staune, 46 Wohnungen kosten genau 12,3 Millionen Schilling in der gesamten Anbotssumme. Es wurde kurzerhand umgeplant und zwar nur mehr 45 Wohnungseinheiten, ebenfalls wieder im Durchschnitt mit 60 Quadratmeter geplant und auf einmal kostet dasselbe Bauvorhaben nur mehr 8,300.000 Schilling. Wenn also das nicht ein Skandal ist, wenn also das nicht angeprangert gehört in der Wohnbauwirtschaft, oder in der Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, dann glaube ich, ist überhaupt nichts mehr anzuprangern. Anzuprangern nämlich deshalb, weil jeder einzelne Gemeinde- und Wohnbaufunktionär das nehme ich zumindest an und ich glaube, das sind sie ja alle, ehrlich bemüht ist, die Wohnbaunot in Österreich und im besonderen im Lande Steiermark zu beseitigen und so günstig als möglich Wohnungen hinzustellen und vor allen Dingen Mieten zu erstellen, die von den Arbeitnehmern auch noch aufgebracht werden können. Es ließe sich in diesem Kapitel noch vieles fortspinnen, es wäre sehr viel darüber zu reden über die Standardisierung, das bedeutet aber keineswegs eine Uniformierung des gesamten Wohnungsbaues. Ich könnte mir aber vorstellen, daß man selbstverständlich eine bestimmte Typisierung bei den Fenstern, bei den Türen und ähnlichen Dingen vornimmt, um billiger, rascher und schneller bauen zu können. Ich könnte mir vorstellen, daß selbstverständlich durch geschickte Rationalisierung, meine Damen und Herren, Bauteile angefertigt werden könnten. Und ich könnte mir vorstellen, daß wesentlich mehr erzielt werden könnte, wenn auch die Baustellen entsprechend rationell eingerichtet werden würden, damit also schneller, kürzer gebaut werden könnte. Und ich kann mir selbstverständlich vorstellen, daß bei all diesen Maßnahmen Voraussetzungen, Bemühungen und Bestrebungen Mieten zustandekommen, die einerseits vertretbar sind, von den Wohnungssuchenden bezahlt werden könnten, die die Ausgabe der öffentlichen Mittel rechtfertigen, weil sie nicht in einem solchen ungerechten Maße in die Taschen jener Menschen fließen, die sie nämlich gar nicht verdienen und es könnte in weiterer Folge selbstverständlich auf dem Wohnbausektor so manches noch verbessert werden.

Zu dem gesamten Wohnbauwesen möchte ich abschließend, meine Damen und Herren, sagen. Es ist für jeden Unternehmer selbstverständlich, wenn er eine neue Produktionsmaschine, Fertigungsmaschine ankauft, dieselbe in Betrieb setzt, daß diese ein anständiges Dach über sich bekommt, damit sie anständig produzieren kann, daß sie vor Korrosion usw. geschützt ist. Ich bin aber der Meinung, und ich glaube, das müssen wir alle sein, daß das gleiche Recht auch jener Mensch hat, ein anständiges Dach über dem Kopf zu haben, der diese Maschine für Produktionszwecke bedient. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Hofbauer das Wort. Nächste Wortmeldung Abg. Dr. Heidinger.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag! Ich darf mich ganz kurz halten, weil ich zum 14. Male in diesem Hohen Hause zur Straßendebatte das Wort ergreife. (Landeshauptmann Krainer: „Wird eh alles gebaut bei Dir, brauchst auch nicht reden.“) So ist das wieder nicht Herr Landeshauptmann. Und ich wäre hier undankbar und ungerecht, wenn ich nicht sagen würde, daß in diesen 14 Jahren sehr wohl viel geschehen ist. Aber auf einem Sektor ist in diesen 14 Jahren, ich möchte sagen, fast nichts geschehen und das ist die Übernahme von Gemeindestraßen als Landesstraßen. Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, wer so lange dem Landtag angehört wie ich — ich weiß nur noch den Herrn Kollegen Hegenbarth und einige andere Herren — ein jeder haben wir zum vierten, fünften Mal Anträge auf Übernahme von Gemeindestraßen eingebracht, aber nicht nur deswegen, weil wir der Meinung waren, daß wir in der Zeitung oder nicht in der Zeitung stehen, sondern immer mit diesem Fünkchen Hoffnung, daß wir vielleicht doch in dieser Periode dem berechtigten Wunsch einer Gemeinde zum Durchbruch verhelfen könnten. Und nun haben die Abgeordneten des Hohen Hauses im Finanzausschuß einen gemeinsamen Resolutionsantrag eingebracht — ich nehme auch an, daß er angenommen wird im Hohen Haus — der lautet: Resolutionsantrag auf Überprüfung, welche Gemeindestraßen mit überörtlicher Verkehrsbedeutung in das Landesstraßennetz bevorzugt zu übernehmen sind. Ich darf annehmen, daß die Abgeordneten dieses Hohen Hauses wieder einen Funken Hoffnung haben, daß vielleicht doch endlich einige dieser Gemeindestraßen übernommen werden. Die älteren Abgeordneten werden sich erinnern können, daß man vor 8 oder 10 Jahren in den letzten Dezembertagen hier in diesem Hause einen Antrag eingebracht hat, der auch angenommen wurde, wonach solange keine Gemeindestraßen vom Land übernommen werden, solange uns der Bund nicht 500 km Straßen abgenommen hat. Seit dieser Zeit sind 8 oder 10 Jahre vergangen. Ich glaube, es kann uns niemand nachsagen, daß wir uns vielleicht nicht in Geduld geübt hätten, aber letzten Endes muß einmal doch jedem Abgeordneten die Geduld ausgehen, wenn etwas länger wie 10 Jahre dauert. Und ich habe vorhin gesagt, dieser neue Resolutionsantrag gibt uns wieder einen Funken Hoffnung. (Landeshauptmann Krainer: „Geld, Geld und Geduld!“)

Ich weiß noch nicht, Herr Landeshauptmann, wie man diesem Resolutionsantrag in der Steierm. Landesregierung beitreten wird, ob man sich mit energischer Vehemenz an den Bund wendet, daß er uns doch endlich Landesstraßen abnimmt, oder ob man sich auf diesem Gebiet doch auch durchringt. Hunderte Millionen wurden im Laufe der letzten Jahre für die verschiedensten sehr wohl notwendigen Gebiete ausgegeben. Ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, daß man auch diesem Antrag einmal nähertritt. Denn ich glaube kaum, daß einer der Abgeordneten einen Antrag eingebracht hat nur

für sich selbst, ich glaube, es hat jeder die echte Hoffnung vertreten, daß er für seine Gemeinde, für eine höchstwahrscheinlich ländliche, arme Gemeinde etwas tut, damit endlich geholfen wird. Jeder von uns hat mehr als so einen Stapel Anträge, und man wird nur von einer Periode auf die andere vertröstet. Und ich würde bitten, daß man sich ernste und echte Gedanken macht — es ist das ein Resolutionsantrag, mit dem sich wirklich alle Parteien ohne Unterschied im Haus befassen sollten, wie man diesem Problem echt nähertreten könne. Denn seit 14 Jahren sind keine Gemeindestraßen übernommen worden. (Landeshauptmann Krainer: Das stimmt nicht! 320 km!) Das waren die Ausnahmen, denn es hat immer geheißen, eine Straße, die länger als zwei oder drei km ist, könnte nicht übernommen werden, das müßten dann Ausnahmen gewesen sein.

Aber ich glaube doch, daß es langsam ernst wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht das ganze Straßenproblem von Liezen aufrollen, weil die Anträge seit vier Perioden aufliegen. Eines liegt mir noch besonders am Herzen, die Ennsbrücke Altenmarkt, es wäre keine Hexerei, wenn das in die Tat umgesetzt werden würde, in Richtung Unterlauf, ein 5 km langes Straßenstück, und das ist in einem trostlosen Zustand. Ich weiß, daß 1966 keine Mittel vorhanden sind, würde aber doch ersuchen, daß man dieses 5 km lange Straßenstück staubfrei macht, und zwar im Jahr 1967.

Ganz besonders liegt mir auch in diesem Kapitel am Herzen — ich weiß, daß mein Kollege Abg. Lackner es schon gebracht hat — die Hochwasserkatastrophe, die Donnersbachwald heimgesucht hat. Herr Landeshauptmann, ich brauche es Ihnen und der ganzen Regierung nicht zu sagen, welch arme Gemeinde diese Donnersbachwalder Gemeinde ist, und wenn man bedenkt, daß sie jeden Kubikmeter Schotter von Gröbming nach Donnersbachwald hinein liefern muß, kann man ermessen, welch großes Unglück das ist. Und der Kollege Lackner war selber drinnen, er hat selbst gesagt, daß der Schaden für diese kleine Gemeinde mindestens 1 Million Schilling ausmacht, abgesehen davon, daß drei Brücken bei diesem Hochwasser gelitten haben. Auch da würde ich bitten, ich weiß, es wurden 100.000 Schilling genehmigt von der Steiermärkischen Landesregierung, es war vielleicht ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, aber ein Dauerzustand könnte das nicht sein, ich würde bitten, daß man diesem Einzelprojekt — es ist eine der kleinsten und ärmsten Gemeinden — noch einmal nähertritt und dieser Gemeinde hilft, denn wenn drei Brücken kaputt sind und kilometerlang Straßen weggerissen sind, dann sind 100.000 Schilling ein Tropfen Wasser auf den heißen Stein.

Dann habe ich heuer einmal einen Antrag eingebracht, und zwar hat das auch schon dankenswerterweise der Kollege Lackner gebracht, wir fahren da immer zweispannig und ziehen

nicht auseinander, wegen Ausbaggerung der Enns von Öblarn aufwärts. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht sagen, weil eine Hochwasserkatastrophe war. Es braucht nur ein mittelschwerer Regen fallen, und das ganze Gebiet Öblarn ist unter Wasser. Dieses Gebiet dort oben war in einem Jahr drei- oder viermal unter Wasser. Ich könnte mich leicht abwenden davon — der Herr Kollege Lackner wird das wieder bestätigen — es sind beileibe keine sozialistischen Gemeinden dort hinauf — aber mir geht es nicht darum, sondern man muß da vorbeugen. Und ich würde bitten — der heurige Herbst wäre dazu angetan gewesen, das Wasser war so klein — ich kann es nicht glauben, daß man in 1½ Jahren in dieses Gebiet mit dem Bagger nicht hinaufkommt.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie längere Zeit aufgehalten habe, aber das sind so lebensnotwendige Dinge, daß sie auch — und wenn es zum 14. Mal ist —, bei der Budgetdebatte gesagt werden müssen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gerhard Heidinger zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus! Zuerst muß ich erklären, daß es rein zufällig ist, daß schon wieder ein Vertreter der Weinbaugegend ausgerechnet zum Wasser spricht. (Heiterkeit.) Kollege Aichholzer hat ja als Generalredner Ihrer Fraktion zu dem Wasserbaukapitel Stellung genommen. Ich darf Sie aber versichern, daß wir das Wasser nur zum Fasselwaschen verwenden.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum eigentlichen Thema. Es ist leider ein sehr ernstes Thema, und in Abwandlung des Dichterwortes, das wir wenigstens in der Volksschule noch gelernt haben — in modernen Volksschulen lernt man ja so etwas nicht mehr — würde ich sagen „Wohltuend ist des Wassers Macht, wenn es der Mensch bezähmt, bewacht“. Das gilt für die gesamte Wasserwirtschaft, und ich möchte an die Spitze stellen, daß ich der Meinung bin, daß die Wasserwirtschaft eine Einheit ist.

Es geht nicht an, nur den Schutzwasserbau oder die Wasserleitungen oder die Kanäle und die Abwasseranlagen zu betrachten, sondern das Wasser hat einen Kreislauf und es muß als Ganzheit betrachtet werden. Wenn man heuer über Wasserfragen spricht, so ist es verständlich, daß man die Hochwasserkatastrophe, die unser Land zweimal heimgesucht hat, an die Spitze stellen muß, und ich darf hier die Zahlen und die Ermittlungen der zuständigen Abteilungen nennen. Wir haben an Fluß- und öffentlichen Bauten, vornehmlich Straßen und Brücken, einen ermittelten Schaden von 465 Millionen, und wir haben Privatschäden von etwa 120 Millionen Schilling feststellen müssen.

Über diejenigen, die geholfen haben, diese Schäden zu mildern und in Grenzen zu halten, wird ja beim einschlägigen Budgetkapitel Feuerwehrewesen mehr zu sagen sein. Ich möchte das nur an die Spitze stellen.

Nun einige Grundsatzüberlegungen — ich möchte sagen blitzlichtartig, um die Sache nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Die Wasserbilanz Österreichs schaut so aus:

Auf das Bundesgebiet fallen im mittleren Jahr 100 Milliarden Kubikmeter Niederschlag, 35 Milliarden Kubikmeter haben wir Zufluß über unsere Grenzen, vornehmlich Inn und Donau, und 90 Milliarden haben wir Abfluß, das heißt, wir haben etwa 45 Milliarden Kubikmeter Verdunstung, davon 80 Prozent produktiv und 20 Prozent unproduktiv. Das ist natürlich nur eine sehr grobe Globalaussage. Die Besonderheiten in zeitlicher und örtlicher Folge sind ja mit einer der Hauptursachen für örtliche katastrophale Hochwässer. Wir brauchen nur etwa an Turrach und das November-Hochwasser zu denken. Ein Grundsatz im Wasserbau wird zwar gepredigt und ist in allen Fachbüchern nachzulesen, es wird aber leider in der Praxis nicht immer danach gehandelt, und zwar ist das, der möglichst viel Wasser zu speichern, zu nutzen und erst dann geregelt abfließen zu lassen.

Man kann sich zumindest als interessierter Laie des Eindrucks nicht erwehren, daß unsere Wasserbauer manchmal das Bestreben haben, das Wasser so rasch wie möglich über die Grenzen den Unterliegern zukommen zu lassen, und sicherlich sind diese Dinge einer der Gründe, daß wir jetzt uns so oft mit Hochwässern zu beschäftigen haben. Ich möchte da allerdings sagen, daß die Wasserbauer allein dazu nicht beitragen können. Es wurden in der Generaldebatte und auch in der Spezialdebatte verschiedene Beispiele angezogen, die sicherlich richtig sind und die ich nicht mehr wiederholen oder ergänzen brauche.

Vielleicht in einer Hinsicht aber doch, und das möchte ich gerade als bäuerlicher Vertreter sagen. Wir haben beispielsweise im Wein- und Obstbau die sogenannte „Mulchwirtschaft“ eingeführt, das heißt wir pflügen unsere Wein- und Obstgärten nicht mehr auf, sondern wir führen die Bodenpflege in der Form durch, daß wir das Gras immer wieder abmähen und liegen und verrotten lassen und ich bin überzeugt — exakte Versuche zu machen hat man ja als Praktiker keine Zeit — daß etwa diese Art der Bodenpflege zu einer viel höheren Wasserhaltigkeit des Bodens führt und das ist natürlich im kleinen Rahmen nicht sehr bedeutend, in lokalen Gebieten können aber solche Dinge von ganz entscheidender und eminenter Bedeutung sein. Es ist ja dieses System auch nicht unsere Erfindung, sondern es ist eine Erfindung der amerikanischen Bodenstelle, die versucht die Boden-erosion im goldenen Westen, wo der Boden bereits ruiniert wurde, wieder irgendwie her-

zustellen. Ich sage das deswegen, weil sicherlich alle diese Dinge einer der Gründe sind, der berechtigten Gründe, daß die Landwirtschaft eine gewisse Vorzugsstellung für den bäuerlichen Familienbetrieb, der bisher diese Bodenpflege in vorbildlicher Weise durchgeführt hat, verdient.

Nun zu der Bodenspeicherfähigkeit nur zwei Zahlen. Die österreichische Bodenfläche ist in der Lage etwa 2,5 Milliarden m³ Wasser zu speichern, wogegen alle Speicher der Elektrizitätswirtschaft derzeit ein Fassungsvermögen von etwa einem Viertel dieser Menge, also rund 700 Millionen m³ haben. Ein weiterer Grund, warum wir uns meistens in sehr unangenehmer Weise mit Wasserproblemen auseinandersetzen müssen, will mir in der Einstellung zum Wasser liegen. Schauen Sie, in der Antike, in den Hochkulturen war es doch so, daß das Wasser der Inbegriff des Reinen war. Ich hoffe, daß dieser Inbegriff des Reinen in der heutigen Zeit und in der Steiermark nicht nach dem Verschmutzungsgrad der Mur bestimmt werden muß. Das wäre außerordentlich bedauerlich. Und viele antike Kulturen sind an ihrer nicht funktionierenden Wasserwirtschaft — wobei wir nicht untersuchen wollen, warum die nicht mehr funktioniert hat — zugrundegegangen.

Die klassische Nationalökonomie hat das Wasser zu einem Überflußgut und damit außer die Betrachtung der Wirtschaft überhaupt gestellt. Mir scheint das einer der wesentlichsten Gründe dafür zu sein, daß heute kaum jemand bereit ist — und die Kommunalpolitiker wissen das — nur annähernd die Preise zu zahlen, die kosten- deckend notwendig sind, um etwa eine Gemeinde mit einwandfreiem Wasser zu versorgen und für eine einwandfreie Ableitung der Abwässer zu sorgen. Ich glaube dagegen, wir müssen uns langsam daran gewöhnen, daß das Wasser ein höheres Gut ist, ein Gut höherer Ordnung, ein Lebelement und ein Kulturträger. Wir verwenden das Wasser zweifellos als Lebelement, das weiß jeder, der eben lebt, auch wenn er nur Bier trinkt, braucht er auch Wasser. Energieträger, wir wissen, daß wesentliche Energieversorgungszahlen unserer Produktion vom Wasser her kommen, seit altersher vom Wasser kommen und auch heute vom Wasser her bestimmt sind. Es ist Produktionshilfsmittel in der Industrie und in der Landwirtschaft und das wird das Bedrohliche, es ist Transportmittel für Abfälle.

Nun zum Kapitel 67 Wasserbau selbst. Über die historische Entwicklung unserer Regulierungen hat der Kollege Lackner bezüglich der Enns gesprochen. Das Gleiche gilt für die Mur. Diese Flüsse waren Ende der Dreißiger Jahre überwiegend oder die Mur praktisch vom Oberlauf bis zum Ausfluß in Radkersburg über die Staatsgrenze reguliert. Nicht reguliert waren die Seitenflüsse. Man hat nun nach dem Zweiten Weltkrieg vornehmlich die Konkurrenzgewässer zu regulieren begonnen und auch hier aus verständ-

lichen, aber, technisch sicher nicht in Ordnung seienden Gründen Zufallstücke genommen, dort wo etwa die Anrainer besonders aufgeschlossen waren. Ich kann Ihnen das am Beispiel der Sulm, der Laßnitz, der Kainach beweisen. Die Unterläufe wurden nicht reguliert, Mittellauf reguliert, Oberlauf wieder nicht reguliert. So kommt es, daß natürlich die teilweise regulierten Flächen das Wasser immer schneller nach unten abgeben, die Folge ist, daß die Seitenflüsse immer höhere Wasserfrachten bringen, auch bei normalen Niederschlägen, gar nicht bei Katastrophenniederschlägen und daß die ursprünglich ausreichenden Regulierungen der Hauptvorfluter, das sind also Mur und Enns, nicht mehr ausreichen, schon bei einem mittleren Hochwasser nicht mehr ausreichen, diese Wassermengen geordnet abzuführen. Dann kommt dazu — die Gründe sind auch hier nicht zu untersuchen, es wäre falsch da nach Schuldigen zu suchen — daß die Regulierungsbauten an der Mur oft in einem erbärmlichen Zustand sind. Ich lade Sie ein, sich einmal in die Auen zu begeben und sich die Dinge anzuschauen. Herr Kollege Ileschitz, er ist leider nicht hier, hat ja vom Bereich südlich von Graz einige Beispiele gebracht. Folge, ganz schlicht und einfach, oben regnet es und wir im Unterland ersaufen.

Es wird also notwendig sein, daß man diese Dinge ganzheitlich sieht, daß man die hydrologischen Untersuchungen darauf einstellt und ich weiß aus laufenden Wasserrechtsverhandlungen in Radkersburg, daß dort die Amtssachverständigen ganz offen erklären, mit solchen Hochwässern wie sie etwa im Vorjahre gewesen sind, werden sie jetzt alle drei, vier Jahre rechnen müssen. Und das heißt, daß wir den Unterlauf der Mur raschest wieder diesen Gegebenheiten anpassen müssen. Wo das Geld herkommen soll, das ist eine Frage über die ich mir den Kopf zerbrochen habe, aber ich bin ehrlich genug zu sagen, daß da sehr viel gefordert wird und man bestenfalls durch eine Umschichtung in den Ausgabenansätzen diese Wünsche erfüllen kann. Es wäre aber ungerecht zu sagen, daß nichts geschehen ist. Von 1945 bis 1964 sind etwa in der Steiermark 117 Millionen für Bundesflüsse, 352 Millionen für Konkurrenzgewässer verbaut worden. Das ist zu entnehmen der sehr instruktiven Schrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft über den Wasserbau in Österreich, die im Vorjahr erschienen ist.

Zu den heurigen Budgetansätzen: Die Schutzwasserbauansätze sind von 27.6 auf 45.5 Millionen, echt allerdings nur auf 33.4 Millionen oder um knapp 6 Millionen = + 20 Prozent gestiegen, wir haben ja eine Post drinnen, die 8 Millionen, die ein Rest aus dem heurigen Budgetjahr sind, um die Bundesmittel, die nach der Hochwasserkatastrophe zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, sozusagen zu lukrieren. Nehmen wir allerdings nur den Ansatz zu der Position 701 Beiträge zu Flußbauten, zu den sogenannten Konkurrenzbauten, so ergibt sich bei den in den Erläuterungen angeführten Ko-

stenverteilungen ein verbauter Betrag von rund 50 Millionen Schilling, da etwa bei der Laßnitzregulierung der km 1.5 Millionen kostet und das meiner Meinung nach ein mittleres Beispiel ist, es gibt aufwendigere, es gibt billigere Regulierungen, je nach der zu verbauenden Wasserfracht, so kann man sich also ausrechnen, wieviel Kilometer Regulierung an Konkurrenzgewässern in der ganzen Steiermark durchgeführt werden können. Nun, die Wünsche glaube ich, sind der Hohen Regierung bekannt, ich darf mich also ganz kurz fassen. Das Ennstal hat Kollege Lackner bereits vorgebracht. Bezüglich der Mur liegt ein Initiativantrag, von mir initiiert und von unserer Fraktion unterstützt, ja bereits im Hohen Haus. Ich darf also diese Punkte auch auslassen. Dann wäre die Raab als Bundesfluß zu erwähnen und sehr entscheidend die Kainach. Die Kainach deswegen, weil uns hier wieder das droht, was ich eingangs gerügt habe, daß nämlich im Raum Mooskirchen mit Rücksicht auf die Autobahn, reguliert wird, es ist die Kainach am Mittel- und am Oberlauf noch teilweise aus dem Ersten Weltkrieg reguliert und der Unterlauf, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen wirklich empfehlen, sich das anzuschauen. Allein in der Gemeinde Weitendorf sind im Vorjahr bei wiederholten Hochwässern, ich glaube, es waren deren acht, zehn Hektar besten Acker- und Wiesenbodens, also ein mittlerer Bauernhof einfach davongeschwommen.

Das Flußbett ist teilweise 40 bis 50 m breit verschottert und verlandet. Ich habe mit großer Freude gehört, daß die Projektierung für die Regulierung des Unterlaufes im Frühjahr abgeschlossen sein wird. Hoffen wir, daß auch die Bundesbeiträge fließen, weil die Interessenten dieses Gebietes und die Gemeinden bereit sind, die nach dem Gesetz notwendigen Beiträge zu leisten.

Nun, bei den Konkurrenzgewässern ist es so, daß diese vielfach Voraussetzung für Meliorationen, für Produktionssteigerungen der dort anliegenden, meist sehr kleinen Bauernbetriebe sind, daher sind wir froh, daß im Budget diese Ansätze drinnen sind und wir rund mit 35 km Regulierung im Land Steiermark rechnen können.

Ich darf die Flüsse aufzählen, es sind praktisch alle des west- und oststeirischen Grabenlandes, Sulm, Saggau, Laßnitz, Stainzbach, Gamlitzbach, in der Oststeiermark die Schwarzau, Saßbach, Gnasbach, Ottersbach, Drauchenbach, der Grenzbach Kutschenitz, Safen, Lafnitz, Rittschein, Wünsche bezüglich des Beginnes der Regulierung an Feistritz und Ilzbach sind auch angemeldet. Ich möchte damit dieses Kapitel abschließen.

Ich darf vielleicht zusammenfassen: Fluß-Wasserbau und Schutzbau — dazu gehört selbstverständlich auch die Wildbachverbauung in den kleineren Gräben — ist notwendig. Ich würde aber doch bitten, daß in technischer Hinsicht mehr — ich weiß schon, daß das a) wirtschaft-

lich teuer und b) nicht immer ganz leicht ist — aber daß doch den Rückhaltmöglichkeiten besonderes Augenmerk zugewendet wird, vor allem bei der Wildbachverbauung, Rückhaltebecken und Energievernichtung, denn sonst geht es uns also so, wie der Herr Kollege Lackner das so drastisch geschildert hat, die Geschiebe, die die Enns bekommt, kommen ja aus den Seitenwildbächen.

Ein zweites Kapitel, das man auch ernstlich betrachten muß, ist das: Ist unsere Bauwirtschaft überhaupt in der Lage, die jetzt zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel zu verbauen? Ich glaube, diese Frage kann man mit ja beantworten. Wir haben in der Diskussion gehört, Projekte liegen in der Schublade der Wasserbauabteilung reichlich, weil in der Vergangenheit zu wenig Geld zur Verfügung stand. Man wird mit den Planungsarbeiten verhältnismäßig rasch zu Rande kommen, und wir haben dann eine echte Möglichkeit volkswirtschaftlicher Mehrleistung, weil Wasserbauten in erster Linie Winterbauten sind. Wir können damit wahrscheinlich die Arbeitslosenzahl senken, die Arbeitsspitzen glätten und erreichen volkswirtschaftlich doch mehr. Wenn aber jetzt neue Vorhaben in Angriff genommen werden können, dann bitte fangen wir von unten an oder ganz oben, aber nicht in der Mitte beim Regulieren.

Nun ganz kurz zum Abschnitt 68: Wir haben hier ein sehr wirksames Mittel trotz der Kritiken, die in der Diskussion schon gebracht wurden. Das Wasserbautenförderungsgesetz sieht eine Bezuschussung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen vor, die bisherige Übung geht etwa dahin, 30 Prozent Eigenmittel der Gemeinden, 20 Prozent Landeszuschuß, verlorener Landeszuschuß, 50 Prozent Bund, in der Regel auf 20 Jahre mit 1 Prozent Verzinsung.

Wir haben dabei folgendes zu beobachten: Bisher war der Vorgang eindeutig bei zentralen Wasserversorgungsanlagen. Man hat sich vielleicht zu wenig um die Abfallwasserbeseitigung gekümmert; 1960 etwa 43 Millionen für Wasserversorgungsanlagen, 7,9 Millionen Kanalbau als Bauvolumen. 1965 hatte sich das Bild bereits wesentlich gewandelt, 22,3 Millionen für Wasserversorgungsanlagen und 44,6 Millionen für Kanalbau. Es ist erfreulich, so unerfreulich es an und für sich ist, ich glaube, Kollege Fellingner hat das in der Diskussion gesagt, daß die Landesmittel zu gering sind, das ist ein Zeichen, daß jetzt die Gemeinden dem Abfallwasserproblem eine besondere Bedeutung beimessen. Sicherlich wird man darüber nachdenken müssen, ob die Ansätze noch erhöht werden können, aber das ist nicht nur eine Sache des guten Willens, sondern, wie wir ja wissen, eine Sache der Möglichkeit.

Immerhin sind die Ansätze auch erhöht worden. Es ist erstmals auch eine Position 852 eingeführt, Darlehen an Gemeinden, und ich glaube, daß das auch eine bemerkenswerte Fest-

stellung ist, weil vielleicht damit das Land von der bisherigen Übung abzugehen die Möglichkeit hat und in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die Eigenmittelanteile durch Darlehensgewährung zusätzlich durch das Land senken kann. Ich nehme an, es ist auch beabsichtigt. Derzeit sind etwa 100 Anträge auf Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in Behandlung. Nur um eine Größenvorstellung zu vermitteln, nach Schätzungen des Jahres 1963 würden etwa 800 Millionen für die zentralen Wasserversorgungsanlagen, 1,5 Milliarden für Abwasserbeseitigung, davon gut 1 Milliarde für die Schwerpunktabwasserbeseitigung, benötigt werden — nur auf dem kommunalen Sektor.

Zur Abfallverwertung: Ich glaube, jeder von uns — es wurde beim Kapitel Naturschutz dieses Problem angezogen — der Besitzer von Waldgrundstücken ist, kann ein Lied davon singen, ich betätige mich manchmal persönlich als Abfallräumer, weil irgend ein lieber Nachbar aus der Nähe bei Nacht und Nebel einen Kübel Unrat in meinen Wald hineingeschmissen hat. Es ist sicherlich ein brennendes Problem, und soll nicht die ganze Steiermark zu einer „Mistgstätte“ werden, zumindest im Bereich der Städte wird man um die Abfallverwertung, wahrscheinlich Müllverbrennung, nicht herumkommen, daher besondere Freude über die Position 783 des Landesvoranschlages, die Beiträge des Landes dafür vorsieht. Daß das Abfall- und Müllproblem ein sehr ernstes ist, dafür möchte ich Ihnen nur ein Beispiel sagen. Ich sage nicht, in welcher Gegend, damit nicht die Leute dann alle dort zum Arzt rennen, wie wir das in einem anderen Kapitel gehört haben. Von zehn Beobachtungsbrunnen wurden in der letzten Zeit drei durch Müll und einer durch Fäkalien unbrauchbar, das heißt eine Ausfallsquote von 40 Prozent. Und wer von uns kennt nicht die Siedlungen, wo der eine einen Brunnen und der andere fünf Meter daneben die Kläranlage hat. Hier werden uns die Sozialkosten, die uns durch diese an und für sich förderungswürdige Siedlungsart erwachsen, noch ganz gewaltig auf den Kopf fallen. Das ist meine ehrliche Überzeugung.

Nun noch ein Wort zu den Industrieabwässern: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Industrieabwässer ein besonderes Problem sind. Daß in der Vergangenheit diesem Problem keine Bedeutung beigemessen wurde, geht aus den eingangs dargestellten Einstellungen zum Wasser hervor. Heute gilt der Grundsatz des Wasserrechtes, daß der, der Wasser verschmutzt oder der Wasser gebraucht, es wieder gereinigt abzugeben hat. Und die Behörde führt entsprechende Vorschriften auch bei Neuinstallierungen von Betrieben durch. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß es für altbestehende Betriebe unzumutbare Belastungen mit sich bringen würde, noch dazu liegen ja die Hauptverschmutzer in Bereichen unseres Wirtschaftskörpers, die durchaus nicht mehr in Konjunktur leben, sondern eher in solchen Bereichen, die

im Konjunkturschatten leben, sprechen wir es ganz klar aus, Stahl- und Eisenindustrie, Zelluloseindustrie, daher ist auch hier wieder freudig zu vermerken, daß die Position 851 ein Novum ist, das die Möglichkeit schafft, daß das Land Gelder gibt und Darlehen gibt an die Industrie für versorgungswasserwirtschaftliche Bauten von 1 Million Schilling.

Ich glaube aber, daß man diesem Problem doch auf Bundesebene beikommen wird, wobei ich auch zur Aufklärung sagen möchte, daß die Industrie sich seit Jahren in ihrer zuständigen Sektion und in der Industriellenvereinigung mit dem Abwasserproblem ernstlich beschäftigt. Ich könnte mir vorstellen, daß man a) durch Bereitstellung von besonders billigen, langfristigen Krediten die Betriebe veranlaßt, die Abwasserbeseitigung nun ernstlich anzugehen und in den Bereichen, wo die Betriebe noch genug verdienen, durch eine Sonderabschreibung entweder parallel mit der Laufzeit des Kredites oder sonst durch eine Sonder-Afa, ähnlich der vorzeitigen Abschreibung, da einen Anreiz zu geben, diese Dinge zu ändern. Denn man kann nicht von einem Betrieb verlangen, daß er eine Abwasseranlage baut und sie dann in der technischen Nutzungszeit abschreibt, weil sie für den Betrieb also nur eine kalkulatorische Belastung und kein Vorteil ist. Für uns alle ist es aber eine Notwendigkeit, es sind echte Sozialkosten und wir können nicht hinterher den Betrieben Verschreibungen machen, die man vor 30, vor 50, vor 100 Jahren, aus welchen Gründen immer, nicht gemacht hat.

Darum bitte ich also, diesem Industrieabwasserproblem ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, vielleicht kann in dieser Richtung ein Vorstoß der Landesregierung beim Bund erfolgen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe nicht deswegen zu diesem Kapitel gesprochen, weil ich der Meinung bin, daß hier noch nie darüber gesprochen worden wäre, man kann ja schließlich die alten Protokolle nachlesen und sich vom Gegenteil überzeugen. Aber ich habe bemerkt und ich vermerke das mit besonderem Blick zur Pressetribüne, daß man über diese Dinge in der Presse nicht genug schreibt und ich bitte daher die Herren der Presse, ich möchte sagen schreiben Sie eine Spalte über Bezirksgericht und Watschenkadi weniger, und Sie können ebenso spannend über Probleme der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung schreiben. Wenn Sie das ein Jahr lang getan haben, dann wird sich die Gesinnung der gesamten Bevölkerung vielleicht geändert haben. Wenn wir hier im Hohen Haus 15 Minuten darüber sprechen, so wird das vielleicht wohlwollend aufgenommen, aber dann schaut man auf die Uhr und ist verärgert, daß diese Gruppe noch immer nicht erledigt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines muß uns wenigstens klar sein, tun wir alles, um die Reinheit und Gesundheit von Raum, Wasser und Mensch zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abg. Gerhard Heidinger das Wort. Die weitere Wortmeldung ist die des Abg. Vinzenz Lackner.

Abg. Gerhard Heidinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die sozialistische Fraktion hat im Finanz-Ausschuß einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, daß die an den Bundesstraßen aufgestellten Tafeln „Straßen für die Zukunft bauen“ beseitigt werden sollen. Ich möchte da gar nicht von den Kosten reden, ich möchte auch nicht fragen, ob es im Sinne der vielzitierten Sparsamkeit ist, wenn man die Tafeln aufstellt, sondern ich möchte auf eines hinweisen, es könnte auch zu Mißverständnissen führen. Wenn einer vorbeifährt und liest dort anstatt „Für die Zukunft bauen“ „Für die Zukunft schauen“ ist er mitten drinnen im Sumpf. Man soll diese Tafeln schon aus diesen Gründen beseitigen. Außerdem, meine Damen und Herren, es wird hier etwas verheißen und versprochen, was nicht zutrifft. In den meisten Fällen werden hier zweibahnige Straßen gebaut. Aber ich glaube, da sind wir uns alle einig, daß der Verkehr der Zukunft nicht auf zweibahnigen Straßen abgewickelt werden kann, oder gar, wenn Sie von Gleisdorf nach Pischelsdorf fahren, sehen Sie zur rechten Hand ebenfalls diese Tafel und wer nun glaubt, hier sei schon der Beginn oder eine Baustelle der Autobahn, wird überrascht sein, daß nichts anderes getan wird, oder Gott sei Dank schon getan wird, daß hier riesige Erdbeben ausgebaut werden müssen. Ich glaube, hier wird wirklich etwas verheißen und versprochen, was nicht zutrifft und noch eines — und damit bin ich schon am Ende meine sehr verehrten Damen und Herren — diese Tafeln sind auch gesetzwidrig. In der Straßenverkehrsordnung § 84, Abs. 2 steht: „Ansonsten sind außerhalb von Ortsgebieten Werbungen und Ankündigungen an Straßen innerhalb einer Entfernung von 100 m vom Fahrbahnrand verboten“. Die Sozialisten wurden im Finanz-Ausschuß niedergestimmt, wir sind der Meinung, diesen Antrag als Minderheitsantrag aufrechterhalten zu müssen. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abg. Vinzenz Lackner das Wort. Der nächste Redner ist der Herr Landesrat Dr. Niederl.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rege und langandauernde Debatte zu dieser Gruppe 6, Straßen, Brückenbau, Flußbau, beweist allein schon, wie unterschiedlich die Verhältnisse im Lande Steiermark sind. Von den fest auf Felsen grundierten Straßen der Obersteiermark bis zu den Rutschgebieten in die Oststeiermark, von den zahmen Flüssen in der Untersteiermark, die trotz alledem verheerenden Schaden anrichten bis zu den Wildbächen im Mur- und oberen Ennstal ist ein weitgespannter Bogen und dieser Bogen läßt natürlich viele, viele Wünsche offen. Und wenn man längere Zeit diese Budgetdebatten hier mitgemacht hat, wundert es einen nicht, wenn auf den Tisch des Weihnachtsmannes un-

seres Landes so viele Wünsche zu liegen kommen, und ich getraue mich daher nicht mehr noch einen Wunsch dazuzulegen, denn der Berg ist bald so groß, daß sich bald der Herr Landeshauptmann und der Landesfinanzreferent Flügel anschaffen müssen und als Christkindel jahraus jahrein umhergeistern, um das machen und erfüllen zu können.

Es muß aber eindeutig festgestellt werden, daß in der Steiermark auf allen diesen Gebieten sehr viel geschehen ist und richtige Millionenwerte in die Brücken und Straßen hineingebaut wurden. Wenn es dann in der letzten Zeit trotzdem zu solchen Katastrophen gekommen ist, daß neue Straßenstücke einfach weggerissen wurden, so ist natürlich mit den Launen der Natur eben zu rechnen aber man muß auch bedenken, daß auf allen diesen Straßen der Baufortschritt nicht gleichmäßig vor sich geht. Teils sind es Bundesstraßen, wo das Land nur mit Nachdruck operieren, und selbst auch nicht soviel dazu beitragen kann, als es wünschenswert wäre. Und das ist die Turracherstraße, die auf einer Länge von 19 km 17 Brücken hat, von denen drei noch Holzbrücken sind und diese Brücken sind es, die bei Hochwasser, wenn Holz- und Wurzelstöcke mit herunterkommen, am meisten gefährdet sind und sich aber auch am meisten verklausen, einen Stausee bilden und wenn dann die ganze Brücke losgeht, umso verheerender für den Unterlauf dieses Flusses wirken.

Und wenn hier angeregt wurde, man soll von der Baubehörde her beobachten, wo und wie gebaut wird in der Nähe solcher Flüsse, so ist das allein ja noch gar nicht genug, wenn man schaut, daß z. B. im Turrachergraben drinnen just unter der Talsperre ein Haus gestanden ist, das auch daran glauben hat müssen, und wo die Feuerwehr mit Mühe und Not noch drei Frauen retten konnte. Es gehört aber auch dazu, daß diese Talsperren, wenn sie einmal vorhanden sind, auch von Zeit zu Zeit geräumt werden. Wenn sie einmal voll sind, sind sie keine Talsperren mehr und fangen das Geschiebe auch nicht ab. Und nachdem auf dieser Straße von Predlitz bis Turrach zur Kärntnergrenze schon mehr als zehn Jahre gebaut wird und die Straße noch immer nicht fertig ist, noch Holzbrücken vorhanden sind und andere schlechte Straßenstücke, so liegt das wohl daran, daß man in erster Linie zuerst die Brücken bauen muß und die Brücken sind einmal die teuersten Straßenstücke überhaupt.

Daß da natürlich Wünsche offen bleiben, das ist irgendwie selbstverständlich. Im allgemeinen sind ja die Straßen in der letzten Zeit wesentlich instandgesetzt worden. Man hat da ein neues Verfahren, wo man kurz und schnell die Decke ausbessern kann, auch auf langen Strecken. Aber wenn auch die Bundesstraßen und der Großteil der Landesstraßen gut sind, so muß man trotz alledem auch die parallel daneben laufenden Seitenstraßen entsprechend instandsetzen und ausbauen, denn es hat sich ja gezeigt, daß fast kein Tag vergeht, wenn man vom Ober-

land nach Graz fährt, daß man auf eine Umleitung hingewiesen wird, weil irgendwo ein schwerer Tankwagen hängt, und wenn man dann gezwungen ist, auf eine Umfahrung zu kommen, so fährt man da gleich 5, 6 km und auch mehr durch engste Gässchen, durch die verschiedenen Dörfer, wo die Brücken gar nicht mehr der Belastung entsprechen, so daß man dort erst recht wieder gehandikapt ist, und die schönen Umfahrungen, und die schönen Begradigungen, wie wir erst vor kurzem etwa Gratkorn eröffnet haben, nützen nichts, wenn man dann wieder einmal durch einen Unfall auf einer Umfahrungsstraße in einem Engpaß drinnen ist. Auch da wäre noch viel zu tun.

Ich erspare es mir aber, auf Detailwünsche einzugehen. Alle diese Dinge sind natürlich mit verschiedenen schweren Belastungen des Landes, aber auch der Gemeinden verbunden. Das ist ja nichts Neues.

Und wenn ich zurückkommen darf auf die letzten Hochwasser, so möchte ich anregen, ob man nicht im Oberlauf der Mur ein bestimmtes Gebiet dazu aussuchen könnte, diesen Wasserstoß aufzufangen, denn die Überschwemmung beginnt ja nicht erst bei Knittelfeld, die fängt schon oben an, unter Murau, und das geht dann herunter bis Judenburg. Dazu fehlt aber noch — das muß ich hier offen aussprechen — ein entsprechender Warndienst. Ansonsten wäre es nicht möglich, daß im Oberland, in Turrach usw. bereits das Hochwasser niedergeht, herunter treiben die Bauern noch das Vieh auf die Weide und werden dann alarmiert, das Vieh steht bereits bis zum Bauch im Wasser, und es ist nicht einmal ein Gerät da, daß man hinüber kann, um das Vieh entweder auf höhere Anwesen zu treiben oder überhaupt herauszubringen, so daß man hat zuschauen können, wie die Bauern mit einem Waschtrog hinübergepadelt sind, um ihr Vieh zu retten.

Der Warndienst müßte besser organisiert werden vom Oberlauf weg bis herunter und die Auffangbecken, ähnlich wie im Überschwemmungsgebiet bei Wien, es könnten ja da Grundstücke ausgesucht werden, die nicht entsprechend ertragreich sind und die man dafür verwenden könnte.

Aber in dem Zusammenhang möchte ich noch eine Anregung geben und zwar die — sie gehört ja eigentlich schon in die Gruppe 7 —, daß man unsere Feuerwehren jetzt auch anders ausrüsten müßte. Die Feuerwehren werden in Zukunft Schlauchboote brauchen mit Außenbordmotoren usw., denn immer wieder liest man, daß Menschenleben zu retten sind und daß man nur mehr mit Booten die Leute in Sicherheit bringen kann. Wir haben ja, seitdem wir das Bundesheer haben, auch eine Reihe junger Feuerwehrleute, die von den Pionierausbildungen zurückkehren, die dann ergänzend zu diesem Dienst wirklich in den Bezirksstellen rasch einen Einsatz vorbereiten können, und so kann

von dieser Warte her wirklich auch alles getan werden. Ich möchte nicht versäumen zu erwähnen, daß damals bei dem Hochwasser in Tur-rach oben — ich habe es als meine Pflicht gehalten, und jeder andere Abgeordnete tut es genauso, daß er, wenn er davon erfährt, sofort in das Gebiet geht und schaut, was die Leute brauchen, was zu tun ist, daß ich dort auch die Landesbeamten, allen voran den Hofrat Gruber, angetroffen habe und die sich bereits gekümmert haben und alles Notwendige eingeleitet haben, ich sehe ihn immer noch, wie er auf einem entliehenen Motorrad in Gummistiefeln dahergekommen ist und keine Mühe gescheut hat, daß er auch an Ort und Stelle alles aufgenommen hat und das Notwendige veranlaßt hat. Straßenwärter, Feuerwehrleute, alle waren da und haben geholfen nach bestem Wissen und nach besten Möglichkeiten. Ich möchte es daher nicht versäumen, für diese Leistungen allen jenen den Dank auszusprechen, wenn man auch im ersten Moment nicht selber Hand anlegen kann und helfen kann, so sieht die Bevölkerung doch, daß sie nicht verlassen ist und daß man an sie denkt auch in schwerer Stunde. (Beifall.)

3. Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Niederl das Wort. Der nächste Redner ist der Herr Landeshauptmann.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Wechselrede über den Abschnitt Wohnungswesen verfolgt hat, dann muß man sich sagen, diese Übereinstimmung in den Vorschlägen wäre in der Vergangenheit auf der Bundesebene sehr zweckmäßig gewesen. Wir würden uns heute um die Reform des Wohnungswesens nicht mehr kümmern brauchen.

Ich möchte zu den einzelnen Punkten, die vorgebracht wurden, Stellung nehmen. Es wurde die Forderung erhoben, daß auf dem Lande mehr Lehrerwohnungen gefördert werden. Hier kann ich darauf verweisen, daß das Land Steiermark gerade an diese Wohnversorgung gedacht hat. So sind im heurigen Jahr drei Grenzlandlehrerwohnhäuser fertiggestellt worden, um vor allem auch für unsere jungen Lehrerinnen und Lehrer Unterkünfte bereitzustellen. Es muß aber auch vermerkt werden, daß neben der Wohnbauförderung unsere Bürgermeister bereit sind, für die Bereitstellung von Lehrerwohnungen wesentliche Mittel aufzubringen.

Es wurden auch Beispiele über eine verbesserte Wohnbauförderung in den Ländern Schweden, Schweiz und in anderen westlichen Ländern gebracht. Das stimmt, daß wir in Österreich noch viel aufzuholen haben, denn während in der Bundesrepublik Deutschland 9,9 Wohnungen auf 1.000 Einwohner kommen, in Schweden sind es 10,7 Wohnungen auf 1.000 Einwohner, sind es in Österreich im Jahre 1965 5,9 Wohnungen gewesen, im Jahre 1966 sind es mehr geworden. Es sind aber nicht nur die Baupreise allein, die dieses Verhältnis schaffen, sondern

es ist auch die Art der Finanzierung, die es unmöglich gemacht hat, daß mehr Wohnungen gebaut wurden. Denn in der Bundesrepublik Deutschland werden nur 19 bis 22 Prozent öffentliche Mittel für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt, in Schweden sind es 37 Prozent, und bei uns in Österreich liegt der Durchschnitt bei Gemeinden und Wohnbauvereinigungen bei 65 Prozent öffentlicher Mittel und bei Einfamilienhausbauern bei 40 Prozent öffentlicher Mittel. Wir werden daher bei der kommenden Wohnbaureform gerade auf die Finanzierung besonderen Wert legen und trachten müssen, daß mehr Privatkapital für diese Wohnbaufinanzierung zur Verfügung steht.

Der Herr Abg. DDr. Götz hat vorgebracht, daß er rund 18.000 Vorsprachen von Wohnungssuchenden hatte. Ich bin der Wohnbauförderungsreferent der Steiermark. Ich weiß es nicht genau, wieviel Vorsprechende ich jeden Dienstag und Freitag und bei den Sprechtagen in den einzelnen Bezirken habe, aber ich kann Ihnen versichern, alle jene Probleme, die Sie aufgezeigt haben, sind mir auch sehr wohl bekannt. Wir haben sie vor Ostern bei der Wohnbau-referententagung in Salzburg erörtert und sie auf die Tagesordnung für die Wohnbaureform gesetzt. Bereits morgen wird ein Beamtenkomitee zusammentreten, das die Vorarbeiten leistet, damit ein neues Gesetz über die Wohnbauförderung erlassen werden kann.

Es ist richtig, daß die Wohnbauförderung das soziale Problem Nr. 1 in Österreich sein muß. Eine Schwierigkeit bei der Lösung der sogenannten Subjektförderung oder individuellen Wohnbauförderung liegt darin, daß wir halt immer noch eine Art Wohnungszwangswirtschaft haben, daß wir viel mehr Wohnungssuchende haben als wir Wohnungen bauen können. Und es wird nicht ganz leicht sein, gerade diese Frage zu lösen.

Ich möchte mich mit den Ausführungen des Herrn Abg. Leitner nicht weiter befassen. Denn ich habe festgestellt, daß da riesengroße ideelle Unterschiede bestehen. Während Sie auf eine radikale Enteignung drängen, während Sie darauf hinweisen, daß alles zentralisiert werden soll, haben wir eben andere Ansichten und ich wäre sehr neugierig, was die Arbeiter sagen, die sich ein Einfamilienhaus bauen, wenn sie Ihre Worte hören. (Beifall.) Aber eines möchte ich zurückweisen, Herr Abg. Leitner, als eine Unterstellung übelster Art, nämlich daß ich kein Gefühl für die Kleinverdiener hätte. Ich habe als Landarbeiter, als Externist meine Reifeprüfung gemacht und habe als Familienvater die Hochschule besucht. Ich weiß nicht, ob Sie unter solchen Opfern Ihr Wissen erweitert haben. (Beifall.)

Nun noch einige Worte zu den allgemeinen Problemen: Sie wurden ja von den Abgeordneten schon vorgebracht. Wo liegt nun der Grund, daß wir diese Wohnungsnot haben? Ei-

nerseits steigt die Zahl der Bevölkerung, andererseits ist es die Abwanderung aus der Landwirtschaft, die eine größere Nachfrage an Wohnungen ergeben und schließlich sind es die Ansprüche an Wohnungsgröße und Ausstattung, die Gott sei Dank und auch verständlicherweise heute gestiegen sind. Alle diese genannten Punkte zusammen und dazu die durch den Krieg bedingten Zerstörungen haben es mit sich gebracht, daß wir einen laufenden Wohnungsfehlbestand haben und daß wir mit diesem Wohnungsfehlbestand kämpfen. Wir alle wissen — das ist aus der Debatte sehr klar hervorgegangen — welche große Bedeutung die Wohnungsfrage für unsere Familien hat. In Österreich gibt es seit 50 Jahren das Wohnungsproblem; es gibt, möchte ich besser sagen, ein Mietenproblem und es gibt ein Wohnungsproblem. Wir werden das Wohnungsproblem viel leichter lösen können als das Mietenproblem, denn das Mietengesetz, das uns vorliegt, ist ein Irrgarten. Ja, es gibt wenig Juristen, die sich durch diesen Irrgarten überhaupt durchfinden. In den vergangenen 21 Jahren ist es nicht gelungen, diese wichtige Sache zu bereinigen und wir können nur hoffen, daß es mit der Zusammenarbeit aller gelingt, mit 1. Jänner 1968 eine Neuregelung der Wohnbauförderung zu schaffen. Ich weiß aber nicht, ob es ab dem gleichen Tag auch eine Neuregelung der Mietenfrage geben wird. Denn dieses 50jährige Problem wird sicher nicht so leicht und schnell gelöst werden können, wenn es nicht wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten dabei geben soll.

Bei den verschiedenen zur Förderung des Wohnungsbaues bestimmten Fonds sind derzeit Einreichungen auf Gewährung von Förderung im Gesamtausmaß von ungefähr 20 Milliarden Schilling vorhanden. Für diese Förderungsanträge muß auch das Bauland nachgewiesen werden. Es wird daher notwendig sein, neben der Wohnbauförderung auch solche Bestimmungen aufzunehmen, die sich mit der Baulandbeschaffung befassen. Denn unsere Städte und die Ballungszentren unserer Industrie werden eine sehr sinnvolle Baulandbeschaffung vorsehen müssen, um für unsere Gemeinden eine ungeheure Belastung zu vermeiden.

Mit dem fortschreitenden Wohnungsbau wächst aber nicht nur die Notwendigkeit einer zielbewußten, umfassenden Raumordnungspolitik, sondern auch die Notwendigkeit der Erkennung strukturpolitischer Maßnahmen. Durch unsere Wohnbauförderung vermeiden wir leere Räume an der Grenze, wie es der Herr Abg. Koch heute ausgedrückt hat und wir sind in der Lage, durch eine gezielte Wohnbauförderung Industrie-Ansiedlungen zu ermöglichen und auch zu erleichtern. Also sind alle Maßnahmen, die der Wohnbauförderung dienen, auch dazu da, um den Wirtschaftsausbau zu verstärken und zu nutzen. Das wirtschaftspolitische Moment der Wohnbauförderung darf daher nicht übersehen werden.

Der Debatte, insbesondere unserer Generalredner, konnten wir entnehmen, daß bis Ende 1965 ein Förderungsvolumen von rund 5,5 Milliarden Schilling ausgegeben wurde. Diese beachtliche Summe ist der steirischen Wirtschaft zugeflossen und hat zur Existenzsicherung und auch zur Arbeitsplatzbeschaffung beigetragen. Wie gesagt, eine Einigung bezüglich der Wohnbauförderung, bezüglich der Reform der Wohnbauförderung konnte bisher nicht erzielt werden und so haben wir im Jahre 1966 diesen schweren, dornigen Weg eben begonnen. Die Neuregelung der Wohnbauförderung wurde in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Klaus skizziert. Er führte aus, daß der Schwerpunkt der Regierungstätigkeit auf sozialem Gebiet der Wohnungsbau sein wird, daß es hier keine Einzelmaßnahmen geben darf, sondern daß Abhilfe durch eine Generalbereinigung erfolgen soll. In dieser Regierungserklärung sind auch die Grundzüge dieser Generalreform des Wohnungswesens verzeichnet.

Die Förderung der Wohnbautätigkeit kann aber nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Auf diesem Gebiet wird nach wie vor die Selbsthilfe erfolgen müssen, um mehr Wohnungen bauen zu können. Der Staat hat die Aufgabe, die Eigen-Initiative zu fördern und zu unterstützen und die Entwicklung der Eigen-Initiative zuzulassen. Mit den Wohnbauförderungsmitteln sollen auch Wohnungen gefördert werden, die nicht Kleinstwohnungen sind, sondern es soll ein gerechtes Maß gefunden werden, damit auch größere Familien ihre Unterkunft finden. In Ausnahmefällen, wie der Herr Abg. Maunz ausgeführt hat, soll künftig die Förderung auch über 130 Quadratmeter hinausgehen, gerade deshalb, weil in unseren bäuerlichen Familien oft zwei bis drei Generationen beisammen wohnen. Daneben sind Wirtschaftsräume in diesen Häusern vorhanden, so daß mit den 130 Quadratmetern nicht das Auslangen gefunden werden kann.

Ein anderes Kapitel: Ganze Stadtteile werden wegen Überalterung neu zu gestalten sein. Es wird die Assanierung unserer Städte ein dringendes Problem werden. Wir werden in der künftigen Bundesgesetzgebung auch über diese Assanierung sprechen müssen. Wir müssen aber vermerken, daß in der Steiermark bereits seit Jahren Zinsenbeihilfen für die Instandsetzung von Altwohnhäusern gewährt werden. Es wäre auch zu prüfen, ob das Assanierungsgesetz aus dem Jahre 1929 noch seine Geltung haben kann.

Für öffentliche Darlehen werden verschiedene Förderungsbeiträge gegeben und auch verschiedene Zinssätze verlangt. Das ist aus der Wechselrede sehr deutlich hervorgegangen. Die Förderung und die Zinssätze wären zu vereinheitlichen, damit nicht der Zufall entscheidet, wer diesen oder jenen Zinssatz bekommt.

Aus den vielen Vorsprachen in meinem Büro kann ich wieder feststellen, daß gerade junge

Ehepaare und einkommensschwache Bevölkerungskreise nur unter größten Schwierigkeiten in der Lage sind, die notwendigen Mittel für Wohnungsbeschaffung und den Betrieb der Wohnung aufzubringen. Daher müssen, das möchte ich bestätigen, was hierzu gesagt wurde, die sozialpolitischen Zielsetzungen bei der Wohnbauförderung wieder in den Vordergrund gerückt werden. Es darf eben nicht der Zufall entscheiden, wer welche Förderungsmaßnahmen bekommt.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Wohnbauförderungsgesetzes und dem Übergang der gesamten Vollziehung auf die Länder soll aber nicht die Liquidation der alten Bestände verbunden sein. Das Land Steiermark soll auf Grund des vorhandenen Wohnungsfehlbestandes und der notwendigen Strukturmaßnahmen selbst entscheiden können, wo und wieviel Wohnungen gebaut werden. Eine der Voraussetzungen ist eben, daß die gesamte Vollziehung an die Länder übergeht, daß für alle Fonds die volle Zuständigkeit der Bundesländer hergestellt wird. Wir sind gerne bereit, den Bundesstellen diese Arbeit abzunehmen.

Die Sicherung vor Mißbräuchen bei der Vergabe von geförderten Wohnungen haben wir in der Steiermark, soweit die Vollziehung in unseren Händen lag, immer wieder veranlaßt. Es ist auch eine der Grundvoraussetzungen unserer Tätigkeit.

Neben der Festlegung eines dem Wohnungsinhaber zumutbaren Mietaufwandes und Festlegung der Obergrenze der Miete, bis zu der eine Förderung möglich sein soll, soll eben die Wohnungsgröße, die Wohnungsausstattung und der Familienstand Berücksichtigung finden.

Es wird auch notwendig sein, das Mietengefüge im sozialen Wohnungsbau zu regeln. Wir wissen, daß gerade die Mieten in den letzten Jahren auseinanderklaffen und für gleiche Wohnungen verschiedene Mietzinse gelten. Wir sind daran, auch diese Dinge zu reformieren.

Derzeit gilt der Aufteilungsschlüssel nach § 5, Abs. 2 des Wohnbauförderungsgesetzes, der aus dem arithmetischen Mittel des Bevölkerungsschlüssels nach der Volkszählung und dem ermittelten Wohnungsfehlbestand berechnet wird. Nach Einigung der Landeshauptleute Österreichs wird die Bundesregierung in nächster Zeit eine Verordnung erlassen, daß für das Jahr 1967 für die Steiermark ein Aufteilungsschlüssel von 17,5 Prozent gelten wird. Er ist als eine Übergangslösung gedacht. Der neue Schlüssel wird von uns in der kommenden Wohnbaureform zu vertreten sein. Wir haben in Steiermark nach der Häuser- und Wohnungszählung 1961 einen Fehlbestand von 13.591 Wohnungen. Diese Zahl sagt jedoch, abgesehen davon, daß sie schon 5 Jahre alt ist, über den tatsächlichen Wohnungsbedarf nichts aus. Sie stellt nur den quantitativen Wohnungsfehlbestand dar, während in

Wirklichkeit — das möchte ich betonen — der qualitative Wohnungsfehlbestand, nämlich der Bedarf an neuzeitlich ausgestatteten, der Familiengröße entsprechenden Wohnungen maßgebend ist. Über den qualitativen Wohnungsfehlbestand gibt es keine genaue Statistik. Ich habe vor einigen Tagen gelesen, es sollen in Österreich 694.652 Wohneinheiten sein. Dieser Wohnungsfehlbestand wird solange bleiben, bis jeder die Wohnung hat, die er für sich wünscht. Bei der Einbeziehung des Wohnungsfehlbestandes in die Ermittlung des Aufteilungsschlüssels werden sich immer wieder Schwierigkeiten ergeben, weil der Begriff der Wohnung verschieden ausgelegt wird. Wenn ich nur hier im Kreise fragen würde, was man sich unter einer Wohnung vorstellt, würden wir sehr verschiedene Meinungen bekommen. Die sogenannte Einzelzimmerwohnung ist im bäuerlichen und kleingewerblichen Bereich eine Selbstverständlichkeit. Wenn dort ein junges Ehepaar im Haus wohnt, so wird kein Mensch etwas daran finden. In Wien dagegen wird die Einzelraumwohnung natürlich als Wohnungsfehlbestand angegeben. Daraus ist zu ersehen, daß die Auffassungen der Bundesländer ganz verschieden sind. Bei der Erstellung eines endgültigen Aufteilungsschlüssels muß meiner Meinung auf den Bevölkerungszuwachs und auf den Wohnungszuwachs Rücksicht genommen werden. Aus einer Statistik kann man lesen, daß in Wien jährlich 2.500 Menschen zuwachsen und rund 12.000 Wohnungen. In der Steiermark wachsen 7.400 Personen und rund 6.800 Wohnungen zu. Hier liegt ein Mißverhältnis vor, und es gilt, einen Aufteilungsschlüssel zu finden, der irgendwie dem Bevölkerungsschlüssel entspricht, da die anderen Methoden immer zu Streitfragen Anlaß geben werden. Ich möchte noch die derzeitige Situation auf dem Wohnbausektor in der Steiermark schildern. Es wurde bereits von mir gesagt, daß von 1948 bis 1965 68.303 Wohnungen mit einem Förderungsvolumen von 5,5 Milliarden Schilling einschließlich des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und Wohnhauswiederaufbaufonds gefördert wurden. Im Jahre 1966 waren es insgesamt 378,145.000 Schilling und 5.182 Wohnungen. Mit 1. Oktober 1966 befinden sich eine Reihe von unerledigten Anträgen im Wohnungs- und Siedlungsreferat. Für Barackenersatz sind es 1.333 Wohnungen, für Gemeinden 1.194 Wohnungen, für Bauvereinigungen 6.295 Wohnungen und für natürliche Personen 2.917 Wohnungen, insgesamt also Anträge für 11.039 Wohnungen. Wenn wir alle diese Anträge erledigen wollten, würden wir in der Steiermark den dreifachen Jahresbetrag brauchen. Wir haben daher in Erkenntnis dieser Sachlage auch im Jahre 1967 das sogenannte Sonderwohnbauprogramm mit dem Betrag von 104 Millionen Schilling vorgehen.

Der größte Bedarf an Wohnungen überhaupt ist in Graz vorhanden. Wir haben daher auch für 1967 45 Prozent aller Wohnbauförderungsmittel für die Stadt Graz zur Verfügung gestellt.

Ein Teil der Förderungsmittel wird auch im Jahre 1967 an natürliche Personen für den

Eigenheimbau entfallen. Wir halten am Eigenheimbau deshalb fest, weil es eine gute Wohnbauform ist und der Bau von Eigenheimen auch wesentlich zur Milderung der Wohnungsnot beiträgt. Diese Maßnahmen werden auch bei der Lösung der Wohnungsfrage in der Zukunft einen Bestandteil der Verhandlungen bilden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß derjenige, der die vielen Mühen und Opfer auf sich nimmt, um für sich und die Seinen ein Heim zu schaffen, es auch wert ist, von der öffentlichen Hand gefördert zu werden. (Allgemeiner Beifall.) Im Interesse der sozialen Sicherheit unserer Familien müssen wir schauen, daß wir so viele Eigenheime als möglich bauen können. In diesem Sinne muß die Förderung des Eigenheimbaues vorangetrieben werden. In den letzten Jahren ergab sich eine höhere Zahl unerledigter Anträge von Eigenheimwerbern auf Bewilligung von öffentlichen Förderungsmitteln. Mit 5. Dezember — das ist zwei Monate später als die letzte Statistik — liegen bereits rund 2.600 Anträge vor. Ich weiß nicht, ob es heute schon wieder mehr sind, weil ja tagtäglich Anträge kommen, das sind um rund 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Für diesen Antragsbestand würden wir den 1,5 fachen Jahresbetrag brauchen, den wir tatsächlich haben. Ich möchte auch darauf verweisen, daß mehr als die Hälfte der Antragsteller Arbeiter sind. Es ist besonders anzuerkennen, daß es diese Menschen auf sich nehmen, ein Eigenheim zu schaffen. 84 Prozent aller Eigenheimbauer sind Arbeitnehmer. Den größten Bedarf an Eigenheimbauten haben wir in der Stadt Graz selbst, in den Bezirken Graz-Umgebung, Deutschlandsberg, Feldbach, Hartberg, Leibnitz und Weiz. Neben dem Eigenheim sind es aber auch die Eigentumswohnungen, die immer mehr gewünscht werden. Daraus geht hervor, daß es eigentlich in der Menschennatur liegt, für sich und die Seinen Eigentum zu besitzen. Wir haben diese auch für unsere Gesamtwirtschaft so günstigen Bestrebungen zu unterstützen.

Abschließend möchte ich zusammenfassend feststellen, daß die Wohnungsfrage zu den wichtigsten Anliegen unseres Staates zählt. Sie wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik noch auf Jahre hinaus beschäftigen. Die Entwicklung unseres Staates und die Erfordernisse der modernen Zeit stellen an die Wohnung immer größere Anforderungen. Daher ist auch der qualitative Wohnungsfehlbestand so schwer meßbar. Die Schaffung und die moderne Ausgestaltung von Wohnungen, in denen glückliche Familien leben können, ist eines der vordringlichsten Ziele, die wir uns gestellt haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Kaan: Am Wort ist nunmehr Herr Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Ich möchte fast sagen, hier bin ich, hier stehe ich. Sie fordern, und das

ist Ihr gutes Recht, weil zu Ihren Aufgaben nicht nur die Gesetzgebung gehört und das Fassen von Beschlüssen, sondern selbstverständlich auch die Kontrolle der Regierung. Und Sie fordern, und Sie fordern mehr, als wir etwa geplant haben oder als wir, die wir mit den Beamten zusammen die Verantwortung tragen, imstande sind, in den nächsten Jahren zu erfüllen. Aber nichtsdestoweniger ist es richtig und gut, daß die Abgeordneten die Wünsche in den verschiedenen Gebieten der Steiermark nicht nur kennen, sondern auch hier im Landtag zur Diskussion stellen und selbstverständlich die damit verbundenen Forderungen aufstellen. Es wird sehr gewissenhaft aus den Protokollen, die ja einen wortwörtlichen Niederschlag finden, immer wieder nach Vorlage der Protokolle nachgesehen, welche Bauwünsche, die hier vorgebracht wurden, erfüllbar sind, ob nicht etwa durch die Organisation des Bauamtes und der Bezirksbauämter etwas übersehen wurde und dann wird noch versucht, wenn es nicht ein Übermaß an Geldmitteln verlangt, im gleichen Jahr einzuplanen oder Vorsorge zu treffen, daß im kommenden Jahr, also im Jahr 1968, die Wünsche erfüllt werden.

Es ist viel an Wünschen vorgelegen. Aber wir haben auch ebenso viele Wünsche in unseren Programmen, in unseren Planungen. Ich möchte zuerst einmal ein bißchen versuchen, auf die Anregungen und Wünsche einzugehen, die die Damen und Herren vorgebracht haben. Und dann möchte ich einen kurzen Abriß der Tätigkeit des Landesbauamtes auch hier vortragen.

Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, wir hätten etwa dringend notwendige Wünsche an Landesstraßen, Bundesstraßen, an Autobahn von 2 Milliarden Schilling. Wir werden im heurigen Jahr, wenn es gut geht, für die Autobahn etwa 300 Millionen erreichen, für die Bundesstraßen etwa 350 Millionen. Sie sehen hier schon die gewaltige Größe, die Sie fordern oder die wir auch schon eingeplant hätten und die Möglichkeiten der Bedeckung, das heißt das, was also tatsächlich ausgeführt werden kann und gebaut werden kann und was an Geld vorhanden ist.

Eine große Post, die nicht übertrieben ist und auch 2 Milliarden in Anspruch nehmen würde in den nächsten Jahren, sind unsere Kanal- und Wasserleitungsbauten. Dringende Vorhaben, die eben dazu dienen sollen, der Verschmutzung zu begegnen, um das gesunde, reine Wasser den Menschen dieses Landes zu sichern. Das sind zwei Milliarden! Und wenn ich die Frage stelle, wieviel wir für diesen Zweck zur Verfügung haben, dann sind es im heurigen Jahr rund 100 Millionen Schilling. Sie sehen auch hier wieder Möglichkeit und berechnete Wünsche, welche klaffende, welche große, nicht überbrückbare Diskrepanz! Wie viel berechnete Wünsche da drinnen sind, die aber auch auf ihre Erfüllung noch eine Zeit lang warten müssen!

Der Wasserschutzbau, der in der Diskussion auch eine sehr umfassende Rolle spielt und viel

Zeit in Anspruch genommen hat. Es würden hier nach sehr ernstesten Schätzungen etwa 500 Millionen notwendig sein, um unseren Schutzwasserbau und die Absicherung der Gewässer vor Überflutungen einigermaßen durchführen zu können. Davon sind etwa 250 Millionen Schilling, also etwa die Hälfte, nur für die Beseitigung der Hochwasserschäden des vergangenen und heurigen Jahres notwendig. Wir werden dafür im heurigen Jahr, wenn es gut geht, 80 Millionen Schilling zur Verfügung haben. Landesmittel, Bundesmittel und Interessentenbeiträge. Sie könnten vielleicht einwenden, ja wofür werden wir ab 1. 1. 1967 die Beiträge zum Katastrophenfonds leisten? Wir dürfen nicht übersehen, daß die Katastrophen in Kärnten und in Ost-Tirol ein Vielfaches von dem betragen, was sie bei uns betragen. Und die Rechnung, die der Nationalrat und die Bundesregierung aufgestellt haben, sieht ein Aufkommen von etwa einer halben Milliarde Schilling vor, die Hälfte davon für die Beseitigung der Schäden und die Hälfte für einen echten Schutzwasserbau. Und diese Rechnung mußte durch das letzte Hochwasser vom 6. November wieder völlig umgestoßen werden. Auch die Zuteilungen, die schon sichtbar waren — und zwar für die Steiermark an die 100 Millionen Schilling — müssen wieder gekürzt werden, weil die Beseitigung der Hochwasserschäden nicht nur vom 16.—18. August sondern auch vom 5. und 6. November eben solche Ausmaße angenommen haben, daß diese Rechnung nicht mehr stimmt, weshalb sie umgeworfen werden muß und für Beseitigung von Hochwasserschäden Mittel im erhöhten Ausmaß eingesetzt werden müssen.

Sie sehen also, daß wir in allen wichtigen Abschnitten unserer Arbeit des Landesbauamtes, unserer Fachabteilungen, große Wünsche offen haben und daß wir nur allmählich diese Wünsche zu erfüllen imstande sind.

Ich möchte nun auf die einzelnen Anregungen eingehen. Der Herr Abg. Dr. Klauser hat gemeint, unsere Flächennutzungs- und Bebauungspläne, oder überhaupt unser Raumordnungsgesetz sei so ein richtiges Luftgeschäft gewesen. Er hat auch Kritiken zitiert, die im Zusammenhang mit diesem Gesetz zu hören waren oder auch heute noch dort und da gehört werden. Sicher, ich bin der Meinung, daß sowohl das Raumordnungsgesetz als auch das Gesetz über die Flächennutzungs- und Bebauungspläne einmal ein Anfang sind. Und ich behaupte, ein sehr guter Anfang. Ich bin nicht so gesetzgläubig, daß man alles ordnen könnte, wenn man dazu nur das nötige Gesetz hätte. Ich weiß schon, wenn man Zwangsbestimmungen hat, dann ist es billiger. Aber das kann ja wohl nicht der Sinn sein, wenn der Einzelne zugunsten der höheren Ordnung, der Öffentlichkeit, der Allgemeinheit sein Grundstück, sein Haus abtreten muß oder sich enteignen lassen muß und man ihm über den Zwang hinaus nicht den echten, wirklichen Preis zubilligt. Ich glaube, daß wir gerade in diesen Fragen überhaupt, diesen Fra-

gen der Raumordnung und der Flächennutzung, erst am Anfang stehen und nach dem, was bisher an das Amt herangetragen wurde, was auch von Bürgermeistern uns immer wieder gesagt wurde, ist es wirklich ein guter Anfang. Wir werden ja sehen, wenn sich etwa ergeben sollte, — nicht aus doktrinen Überlegungen — daß Änderungen gemacht werden müssen, daß eine Novellierung notwendig ist, so werden wir uns sicher davor nicht scheuen.

In diesem Zusammenhang ist auch zur Raumordnung schlechthin etwas zu sagen. Gerade im Zusammenhang mit unserer Kohlenkrise war der erste Rat, den wir als guten Rat von Wien her empfangen haben der, „da muß man sofort die Raumordnung ansetzen in der Steiermark“. Und zu den großen Plänen, die hier vorliegen und die von sehr ernstesten Fachleuten und Wissenschaftlern bearbeitet werden, hieß es, zuerst einmal müssen wir mit der Raumordnung in der Steiermark anfangen. Und in einer Diskussion ist dann etwa herausgekommen, na ja gut, wenn das obersteirische Industriegebiet in kommenden Jahren verflachen sollte, dann spielt das ja gar keine Rolle, denn bei einer großangelegten Raumordnung wird man die Menschen halt nach Wien transportieren, dort braucht man sie, dort braucht man im Jahr etwa um 30.000 Menschen mehr. Also übersiedeln wir die Obersteiermark hinaus nach Wien. Oder eine ähnliche Äußerung in dem Zusammenhang war, „wenn es in Fohnsdorf notwendig sein wird, zuzusperren, dann wird man halt schauen, dort eine Fremdenindustrie aufzubauen“. Es ist nicht so, daß man mit Ordnungen und Gesetzen, die ideell sicher sehr interessant und vorteilhaft und notwendig sind — ich bekenne mich dazu — Verschiebungen vornehmen oder einen Zustand erreichen kann, der ideal ist. Meine Damen und Herren, es wird nie und nirgends im Leben einen idealen Zustand geben!

Meine Damen und Herren! Es wird nie im Leben einen wirklichen Idealzustand geben, auch wenn wir noch so viele gesetzliche Maßnahmen treffen und vorsorgen würden. Immer muß dabei letzten Endes das Leben und die Wirklichkeit gesehen werden, und ich würde sehr, sehr glücklich sein, wenn wir in all jenen Gebieten von denen wir sehr genau wissen, daß wir in den kommenden Jahren mit Schwächen zu kämpfen haben, wenn wir diese Schwächen ohne große Planung beseitigen könnten — ich meine jetzt nicht, daß man sich etwa ohne Plan irgendwo einfallen lassen sollte, Maßnahmen zu treffen, selbstverständlich muß eine gewisse Abstimmung da sein. Ich würde froh sein, wenn wir die Industrien zur Hand hätten, wenn sie schon eingesetzt werden könnten.

Ich glaube, daß die Frage der gesetzlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Raumordnung und den Flächennutzungsplänen nicht unberechtigt ist. Aber ich darf wohl auch erinnern, daß wir ja nach langem Ringen das alles gemeinsam beschlossen haben. (Abg. Dr. Klauser: „Ich habe so vom Eigengoal gesprochen!“)

Wirklichkeit und Idee muß in der Politik immer wieder die Kunst des Möglichen sein, also auch die Kunst, innerhalb des Möglichen zu projizieren. Hier kann es natürlich verschiedene Auffassungen geben, aber es ist ja jeder Tag letzten Endes dazu bestimmt, daß man nicht einen Schritt zurück, sondern einen Schritt nach vor macht und daß man versucht, das, was vielleicht auf einmal nicht gelungen ist, zu verbessern. Es fehlt hier keineswegs an dem Mut zur Verantwortung, das kann man der Steiermärkischen Landesregierung, glaube ich, schwer zum Vorwurf machen. An Mut fehlt es nicht, aber mit dem Mut ist auch selbstverständlich immer wieder die Verantwortung abzuwiegen.

Zur Frage des Straßennetzes in der Steiermark schlechthin, in dem Zusammenhang die Autobahn oder beispielsweise die Sobothstraße, die Präbichlstraße, oder wie alle die Straßenwünsche heißen mögen, die hier vorgetragen wurden, dazu darf ich folgendes sagen:

Sicher ist zukunftsfruchtig und entscheidend für Graz, überhaupt für die Steiermark unter Bruck, daß wir sobald als nur irgendwie denkbar zu einer Autobahn kommen. Das ist sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Aufschließung von wesentlicher und entscheidender Bedeutung. Wir werden uns aber alle sehr, sehr anstrengen müssen, daß wir vom vorgefaßten Willen und auch von den vorhandenen Plänen des Ministeriums nicht wieder abgedrängt werden. Die Wünsche nach solchen Autobahnverbindungen sind sehr groß in Österreich und werden vehement über alle Kanäle, die es gibt und alle Verbindungen, die es gibt, selbstverständlich bei den verantwortlichen Ministern in Wien vorgetragen und es werden ständig neue Vorstöße unternommen. Ich sagte ausdrücklich und ganz bewußt „von den vorgefaßten Plänen nicht wieder abkommen“. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es keine Planung gibt im Straßenbau oder im Autobahnbau, ein wirklicher Irrtum, glauben Sie mir das. Wenn wir die Pläne alle verwirklichen könnten, die wir haben — wir könnten sie verwirklichen, wenn wir das notwendige Geld hätten — würden wir sehr glücklich sein. Aber schauen Sie, wir haben — ich glaube, es sind jetzt bald 10 Jahre — hier in diesem Hohen Landtag aus Anlaß einer Budgetdebatte uns auch über ein Grundsatzprogramm des Ausbaues der Bundesstraßen sehr eingehend unterhalten und hatten eine völlig übereinstimmende Meinung und Auffassung in der Frage: Wie soll die Steiermark von den großen Verbindungen her gesehen aufgeschlossen werden? Und es war eines der Hauptziele, vom Westen nach dem Südosten durchgehend zu einer ausgezeichneten neuwertigen Straße zu kommen, also vom Pötschen, damals noch über den Pötschen herein über Aussee, Trautenfels herunter nach Selzthal, Trieben, St. Michael, um den Anschluß an die Triester Bundesstraße zu bekommen und in der weiteren Folge auch den Anschluß von Bruck a. d. Mur nach Graz, um hier den Westen

völlig aufzuschließen und damit die Fremden, von denen wir wissen, daß sie in großer Zahl aus dem Westen kommen, zu befriedigen. Und wie war es mit der Durch- und Ausführung? Die Pläne waren da, sie wurden hier beschlossen. Aber die Kraft jener, die diese Pläne umlenken wollten, war stärker, und so hat man sich abdrängen lassen, und erst von einigen Tagen war es möglich, beispielsweise die Umfahrung Mitterndorf, wenigstens die provisorische Umfahrung, zu eröffnen.

Immer wird versucht, abzuweichen. Alles das, was hier im Landtag immer wieder angeregt wird, ist ja auch nichts anderes als ein Versuch, uns von den Plänen abzuweichen. Wir müssen diesen Wünschen dort und da einmal wirklich folgen und nachkommen. Wir können, wenn sich beispielsweise ein besonderer Verkehr in einer Richtung entwickelt, das nicht übersehen. Es ist ja nicht so, daß wir nur Straßen bauen dort, wo es uns gefällt, wo die guten politischen oder sonstigen Verbindungen ausreichend sind, sondern selbstverständlich wird beachtet, welchen Verkehr hat eine Straße zu bestehen oder welche Frequenz dieser Straßenzug aufweist, und danach wird gebaut, und danach werden Pläne angelegt und immer wieder Pläne angelegt. Aber, wie gesagt, es wird immer wieder versucht, uns von diesen Plänen abzuweichen. Die kleinen Wünsche, Schwarzdecken dort und Schwarzdecken da, haben wir in den vergangenen Jahren sehr weitgehend zu erfüllen vermocht, und zwar zum Teil auch über Eigenregiearbeiten. Es ist heute schon so, daß nur mehr ganz wenige Ortschaften nicht mit Schwarzdecken versehen sind und sozusagen staubfrei sind, um das geht es ja im wesentlichen. Aber wenn wir auch heute 76 Prozent unserer Landesstraßen staubfrei haben, so gibt es immer noch 24 Prozent Makadamstraßen. Und es werden zum Schluß trotz unserer Bemühungen natürlich immer noch einige Bergstraßen übrig bleiben, die nicht mit Schwarzdecken versehen sind, oder es wird noch sicher fünf bis sechs Jahre brauchen, bis wir halbwegs sagen können: „Wir haben wenigstens zum allergrößten Teil staubfreie Straßen.“ Aber mit dem Ausbau ist es schon wieder ganz anders. Auszubauen haben wir ungefähr 35 Prozent unserer Landesstraßen, wir haben noch ein großes und langes Programm vor uns, um die Landesstraßen wirklich mit der notwendigen Breite, mit den notwendigen Sicherungen usw. zu versehen.

Es hat der Herr Abgeordnete und Bauarbeiter-Vertreter die Frage der tieferen Ursachen des Bausumpfes beleuchtet und ist in Übereinstimmung mit den später geäußerten Meinungen des Abg. DDr. Götz, dessen Ausführungen sehr nahe gekommen. Sie sehen also bei diesen Schwierigkeiten, die sich da jetzt zeigen beim Autobahnbau, bei den verschiedenen sonstigen Baulosen oder beim Bau schlechthin überhaupt, eine Desorganisation vor allem, sie sehen eine Ursache darin, daß die Vergabe der Arbeiten nicht nach besseren Überlegungen vor sich geht,

sondern daß man die Baulose immer wieder an den Bestbieter vergibt, oder sie sehen auch in der schlechten Koordinierung die Ursachen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, sicher, es gibt kein perfektes System. Darüber müssen wir uns einmal völlig klar sein. Aber wir können uns auch nicht allein auf die Wünsche etwa der Bauwirtschaft einstellen. Wir haben die höhere, allgemeine Sicht nicht außer Acht zu lassen. Es wäre ein brennender Wunsch der Bauwirtschaft, den Billigstbieter und den Höchstbieter zu nehmen und dann etwa das arithmetische Mittel zu ziehen und darnach dann die Vergabe der betreffenden Arbeit vorzunehmen. Natürlich ein höchst erstrebenswertes Ziel der Bauunternehmer. Wenn ich einer wäre, ich hätte auch keinen anderen Wunsch. Aber bitte, meine Damen und Herren, glauben Sie ja nicht, daß unsere Baubeamten sich etwa die Unterlagen der Ausschreibungen nicht wirklich gründlich ansehen und wenn dann die Angebote hereinkommen, selbstverständlich nachrechnen, in jedem Fall nachrechnen, ob das Angebot ein Unterangebot oder aber ein überhöhtes Angebot ist. Und Sie können unseren guten, ausgezeichneten Fachleuten zutrauen, daß sie sich das sehr wohl und genau errechnen können. Und ich darf auch noch verlautbaren, auch die Bauleute, nämlich die guten — und wir haben solche wirklich gute Baufirmen — sind ganz und gar mit dieser Methode einverstanden, obwohl sie sehr wohl zugeben, daß ihnen natürlich das arithmetische Mittel bei weitem lieber wäre.

Ja, meine Damen und Herren, meiner Überzeugung nach gibt es überhaupt, um korrekt zu vergeben, nichts anderes als den Grundsatz des Bestbieters. Wenn aber der Bestbieter ein Unterangebot erstellt, dann muß man ihn auf jeden Fall ausscheiden. Wir tun das. Wir fragen niemand, ob wir ausscheiden sollen oder nicht, sondern wir glauben hier dem Rat unserer Fachleute. Wenn die Fachleute des Landesbauamtes uns sagen, der Kubikmeter Erdbewegung ist so viel wert, etwa 30 oder 35 Schilling, oder der Kubikmeter umbauter Raum ist so viel wert, das Angebot entspricht diesem Wert, dann wird auch an den Bestbieter vergeben. Ob das nun im Straßenbau oder im Hochbau ist. Und wir sind dabei sehr gut gefahren, kann ich Ihnen sagen. Wenn man es nämlich anders macht, dann ist es sehr leicht möglich, daß gar nicht so zu unrecht einer einmal auf die Idee kommen könnte, warum denn nicht der Bestbieter genommen wird, ist da vielleicht eine Beziehung die Ursache, daß nicht der Bestbieter, sondern eben ein anderer den Bauauftrag bekommen hat oder ist etwa gar eine Schmiere dahinter? Wir haben in der Landesregierung sehr selten Vorschläge der Fachleute abgeändert. Wir haben sie nur dann abgeändert, wenn wir der Überzeugung waren — die Baubeamten legen uns in 98 Prozent der Fälle überhaupt nur den Bestbieter vor, auch dann, wenn er auszuschneiden ist — wir haben also nur dann Änderungen vorgenommen, wenn wir es für notwendig hielten, der einen oder anderen guten Baufirma, die ih-

ren Stammarbeiter-Stock erhalten wollte, ein Baulos zu geben, damit sie nicht unterbeschäftigt ist. Das war der Grundsatz, wenn wir in der Regierung geändert haben. Und es ist über einen solchen Vorgang immer auch diskutiert worden. Und ich bin so eingebildet, lieber Herr DDR. Götz, daß ich glaube, daß das auch mit eine Ursache ist, daß wir saubere und ordentliche Verhältnisse in der Bauwirtschaft haben. (Beifall.)

Die Frage der Organisation und der Zusammenschau, der Überlappung sozusagen der Bauvorhaben: Hier wird man sicher eine Methode finden müssen, die aber nicht allein in der Zusammenschau des Landesbauamtes liegen kann, sondern die darüber hinausgehen muß, die sich auch auf die Gemeinden erstrecken muß, die sich beispielsweise auf die Vorhaben der Bundesbahn, der Post, also überhaupt auf das Baugeschehen schlechthin in der gesamten Steiermark erstrecken muß, wenn sie sinnvoll sein soll. Ich lehne jeden Dirigismus in dem Zusammenhang ab. Das möchte ich hier ausdrücklich sagen. Aber eine Zusammenschau, aber nicht nur die Zusammenschau sondern die Frage, wie bringe ich eine Übereinstimmung zustande, das ist die entscheidende Frage. Wenn ich Geldgeber bin, ist es nicht schwierig, wenn aber eine reiche Gemeinde sagt, der Rat, den mir die da unten geben, ist mir völlig gleichgültig, ich mache was ich will, weil ich ja mein Geld verbaue oder meine Schulden verbaue — so könnte man auch sagen — dann könnte man also gerade so „Danke schön“ sagen, daß sie unseren Rat nicht zur Kenntnis genommen haben.

Aber ganz gleich, Machtmittel zu einer echten Koordinierung haben wir praktisch keine. Im Geschehen der Bauten des Bundes liegen die Dinge schon ganz anders. Dort, wo große Anleihen z. B. für Wasserwerksbauten oder besser gesagt, Kraftwerksbauten gegeben werden, dort gibt es schon Möglichkeiten des Einflusses. Aber wie gesagt, wir sind von echten Einflußmöglichkeiten sehr weit entfernt und bei uns hilft bestenfalls das gute Zureden. Es ist ein Mittel und wir wollen es gar nicht unversucht lassen. Aber dazu muß ich noch ein ganz offenes Wort zu der sogenannten „Winterarbeitslosigkeit“ sagen. Sicher wäre es möglich, vieles auch über den Winter im Baugeschehen durchzubringen, wenn dazu der Wille vorhanden ist. Das ist die erste Voraussetzung dazu. Ich meine, man erfindet in diesem Zusammenhang gerne Witze über die Bauarbeiter.

Aber wer einmal im Winter Bauarbeit zu leisten hatte, der weiß auch, was das bedeutet, bei Kälte und Nässe Ziegel anzufassen, mit Mörtel oder Zement zu hantieren. Der weiß, daß das keine angenehme Arbeit ist. Man kann, wenn man etwas flüssig arbeiten will, sich auch nicht sehr vor dieser Witterung schützen. Es ist ein Handschuh da schon fast im Wege. Es ist aber nicht immer der Wille dazu vorhanden. Das möchte ich ausdrücklich sagen. Ich hätte da eine Reihe sehr guter und auch verständliche Beispiele zur Hand.

Ich möchte noch einmal gerade in diesem Zusammenhang sagen, wir werden ein perfektes System nie erfinden. Wenn auf Beispiele verwiesen wird in der Schweiz, in Schweden, oder auf die Bundesrepublik, so sind sie sicher dort und da ein Leitfaden, aber ich bitte, nicht zu vergessen und nicht zu übersehen, daß sowohl der Lebensstandard dieser Staaten ein höherer im Vergleich zu unserem ist und daß natürlich auch mit diesem gehobenen Lebensstandard bessere Löhne verbunden sind, vielleicht damit auch das Interesse der Bauwirtschaft, oder Baufacharbeiter zu sein, im verstärkten Maße vorhanden ist als bei uns. Sicher ist eines nach wie vor, die Bauwirtschaft ist jener tragende und zündende und immer wieder mit Initiativen versehene Teil unserer Wirtschaft, den wir sehr wohl zu pflegen haben und den wir auch davor zu schützen haben, daß der Anschein eines Korruptionismus erweckt wird — und nicht mehr tute ich — ich schütze weder einen Politiker, der sich irgendwie vergangen haben mag, noch die Baufirmen aber zuerst muß es bewiesen sein, Verdächtigungen allein genügen mir nicht, ich habe das schon einmal gesagt. Wir könnten viele Verdächtigungen aussprechen. Ich hätte Aktenunterlagen dafür zur Verfügung, um sozusagen ein politisches Schwarz-Peter-Spiel zu spielen. Es würde mir nicht einfallen, weil wir davon gar nichts haben, wenn wir dort und da beschuldigen und wenn wir sozusagen die eine und die andere als Korruptionspartei hinstellen, das dient unserer Demokratie nicht. Sorgen wir lieber wirklich dafür, daß solche Vorgänge, solche Schmierereien nicht möglich sind. Aber auch in der sauberen und geradezu, was Moral anbelangt, berühmten Schweiz hat es eine Schmierageaffäre gegeben. Allerdings erst in den letzten Tagen ist der hierfür zuständige Minister zurückgetreten, obwohl er sich in der Frage vor seine Leute hingestellt hat, (Abg. Scheer: „Dort treten die Minister zurück!“) weil er gesagt hat, es gibt auch eine Staatsräson, und ich kann nicht, auch wenn es ein Schmutzkübel ist, einfach mit diesem Kübel oder mit diesem Bad alles ausschütten. (Abg. Scheer: „Der Minister Bock tritt nicht zurück!“) Schauen Sie, fragen Sie ihn. (Heiterkeit.)

Ich rate Ihnen das, fragen Sie ihn, ob er zurücktritt, er sitzt ja nicht hier. Ich rate Ihnen, fahren Sie einmal nach Wien, Sie werden ja bei Ihrer Zentrale etwas zu tun haben, und dann fragen Sie ihn. (Abg. Scheer: „Er war ja gerade in Moskau, wie wir ihn haben ablösen lassen wollen!“)

Schauen Sie, ich werde Ihnen etwas sagen. Dieser Landtag ist ja ein ernstzunehmender Landtag. Haben wir sonst wirklich keine Probleme, daß wir uns von Wien oder Niederösterreich oder sonst woher Probleme holen müssen, damit wir hier etwas zu diskutieren haben. Ich bin nicht der Meinung, wenn — Säuberung im eigenen Haus, da bin ich sehr gerne dabei. Aber es ist nicht so, daß wir wirklich nichts anderes zu tun hätten. Ich halte es für

völlig überflüssig, Dinge hier hereinzuzerren, die uns Gott sei Dank nicht treffen und nicht getroffen haben. (Abg. Scheer: „Wir können nicht sagen, was in Wien geschieht, geht uns nichts an!“) Ja, ja bitte. Ich weiß schon, daß es alle trifft, Herr Kollege, das weiß ich ganz genau, daß es alle trifft, aber deshalb bin ich nicht glücklicher. Mir wäre lieber, es wären drei, vier und ganz gleichgültig, wohin sie gehören.

Sicher gibt es tiefere Ursachen, das ist unbestritten, das ist gar keine Frage. Aber, meine Damen und Herren, haben Sie schon vergessen, was wir letzten Endes als Österreicher durch zehn Jahre ertragen und erdulden mußten?

Haben Sie das alles schon vergessen? Glauben Sie, daß die Einflüsse der Besatzungsmächte, ganz gleich, ob sie vom Osten oder vom Westen gekommen sind, auf die Beamtschaft nicht auch ihre moralischen Wirkungen ausgeübt haben? Wissen Sie, was die Leute alles aufführen mußten und was alles gedeckt werden mußte aus Staatsräson? Solche Schäden, solcher Trug bleibt nicht ohne Folgen, und letzten Endes — machen wir uns nichts vor gegenseitig — das können Sie bei jeder Gelegenheit hören „Ich bin dort gesichert, und du bist da gesichert, wir wissen es uns schon zu richten“. Die Dinge spielen natürlich auch mit eine Rolle. Aber die tieferen Ursachen, wenn man sie im Bausehen selbst sucht, so muß ich sagen, soweit das die öffentliche Hand angeht und betrifft, könnten es nur dann tiefere Ursachen sein, wenn keine Bauvergabe erfolgte, ohne daß nicht damit eine Schmiere verbunden wäre, und das muß ich entschieden zurückweisen, daß das bei uns der Fall ist. Damit habe ich mich zu diesen Fragen, glaube ich, ausreichend und genug geäußert.

Ich darf nur noch zur langfristigen Budgetpolitik etwas sagen. Natürlich wäre es sehr schön, wenn wir etwa sagen könnten, im nächsten Jahr sind es 500 Millionen Schilling, die wir für den Autobahnbau ausgeben, und es sind 450 Millionen für den Bundesstraßenbau, und es sind 350 Millionen für den Landesstraßenbau, und außerdem verbauen wir am Hochbausektor in der Steiermark (Bundes- und Landeshochbau) auch noch etwa 250 Millionen Schilling. Aber das gibt es auf der ganzen Welt nicht.

Wo gibt es denn über ein Budgetjahr hinaus eine Förderung. Ich muß schon sagen, was hat denn das alles mit der Wirklichkeit zu tun, zu behaupten, daß es anders möglich wäre. Die Rechnungshofbeamten — ich schätze sie sehr, aber für mich sind sie nicht die Bibel, das möchte ich Ihnen auch sagen, bei weitem nicht, weil wir uns ja schon öfter auseinanderzusetzen hatten — wenn Diskussionen erfolgen, dann schauen die Dinge etwas anders aus. Aber wer wird denn bei der Bewegung, bei der Preis-, bei der Lohnbewegung, auch bei der Abwertung der Währung letzten Endes sagen können, daß es nicht vor 10 Jahren sehr wohl möglich war,

daß ein großes Bauvorhaben mit 3 Milliarden veranschlagt wurde und jetzt 10 Milliarden daraus geworden sind. Kann man das alles vorausplanen? Das ist doch unreal. Genauso kann ich nicht sagen, das Budget wird nächstes Jahr so und so ausschauen, überhaupt wenn man diese Wetterzeichen in Europa registriert, dort Kurzarbeit, dort Urlaub, und dann werden gleich in einem Zubringerbetrieb 17.000 Leute gekündigt. Weiß ich bei solchen Wetterzeichen, wie das nächste Baujahr sein wird? Wahrscheinlich wird es stärker dotiert werden als das heurige Baujahr, aber ich kann das doch nicht voraussagen. Aber jeder kluge Unternehmer findet sich irgendwo schon zurecht, wie auch das nächste Jahr möglich und denkbar auf dem Bausektor ist, sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau.

Planung. Dazu auch noch ein Wort. Ja, wir würden glücklich sein, wenn all die Pläne erfüllt würden, die wir im Zusammenhang mit dem Budget auf den Tisch dieses Hauses bekommen haben, auf den Tisch der Regierung. Sie werden bei einem Hochbau, wenn einmal die Grundmauern abgezirkelt oder eingezeichnet sind, nicht mehr ganz große Veränderungen vornehmen können. Aber Sie werden beim Baugeschehen nie verhindern können, daß Überschreitungen eintreten wenn Sie nicht jedem Bau eine aufwendige Untersuchung vorausgehen lassen, was manchmal gar nicht schlecht wäre, wenn ich an die Rutschungen an der Wechsel-Bundesstraße beispielsweise denke, aber sie sind ja nie aufgetreten, seit Menschengedenken nicht aufgetreten, und jetzt sind sie halt aufgetreten.

Wenn man sie vorher richtiggehend untersucht hätte, so hätte man einiges erfahren. Aber das sind ja sehr kostspielige Untersuchungen, und man meidet sie, um wiederum 1 km Straße mehr zu haben. Wenn Sie einen Berg anschneiden, wissen Sie von vornherein, ob dort wirklich Stein drinnen ist? Aber das macht vielleicht weniger Schwierigkeiten beim Bau als Wasser. Wasser ist entscheidend. Und das ist immer wieder passiert noch und noch. Ich habe hier nicht die Autobahn in anderen Bundesländern zu verteidigen, aber es war doch eine große Sache, die Rutschung am Mondsee, eine wirklich ganz große Sache, die bis heute noch nicht ganz geregelt ist und wahrscheinlich auch nicht hätte geregelt werden können. Aber wenn ich anschneide und ich komme dann auf Wasser und ich muß dann abbohren, untersuchen und verändern, womöglich auch die Trasse verändern, das wird immer wieder geschehen. Auch der Computer wird uns nicht von allem befreien, so sehr ich ihn begrüße, so sehr ich glücklich bin darüber, daß man überhaupt festgestellt und schon experimentiert hat, daß eine totale Abrechnung möglich ist unter der Voraussetzung, daß der Plan in Ordnung ist. Der Plan muß abgestimmt werden auch mit den Unternehmern. Wenn der Plan sachgerecht, fachgerecht aufs Brett gelegt wird, dann ist natürlich die Abrechnung, die

Ausschreibung bis ans Ende mit dem Computer zu machen.

Es muß aber auch der Mensch — und das ist das Entscheidende — die Unterlagen liefern, damit der Computer das richtige Ergebnis bringt. Und überall, wo Menschen zu tun haben oder wo Menschenwerk vorliegt, sind auch Fehlerquellen vorhanden. Aber sicher, es wird vor allem die rasche Abrechnung möglich sein, das ist gar kein Zweifel.

Im Zusammenhang mit dem Baugeschehen hat man sich auch über die Umverteilung in sehr bewegten Worten ausgelassen. Ja, die „Umverteilung“ ist zu einem Schlagwort geworden. Wissen Sie, das Beispiel der „Umverteilung“ haben wir in vielfacher Auflage vor uns. Wir brauchen nur nach dem Osten hinschauen. Da ist also alles „umverteilt“ worden. Alles nur für die arbeitende Bevölkerung. Das Gesamtergebnis aber ist ein trauriges Resultat. (Abg. Leitner: „Das behaupten aber nur Sie!“ — Heiterkeit.) So viel habe ich schon gesehen, daß ich ein bißchen urteilen kann. Ich will ja nicht bestreiten, daß es dort und da schön langsam, nach 50 Jahren auch einige Erfolge zeitigt, aber 50 Jahre sind eine sehr lange Zeit. Wir haben also das Beispiel da. Darüber kann man sehr viel diskutieren und streiten, wie umverteilt und umgeschichtet werden soll. Aber schauen Sie, ein ganz praktisches Beispiel der Umschichtung sozusagen: Seit Jahren — der Herr Kollege Ileschitz wird das sehr genau wissen — war das Um und Auf der Forderungen der Grazer Waggonfabrik, endlich einmal zu einem langfristigen Waggon-Programm zu kommen. Dieses Waggon-Programm konnte im Zusammenhang mit der Umverteilung des heurigen Budgets Wirklichkeit werden. Wir werden von dieser Umverteilung in der Grazer Waggonfabrik ungefähr 350 Millionen Schilling profitieren. Sie werden wohl nicht sagen, daß das den Reichen zugute käme, etwa dem Unternehmer oder die dort beschäftigten Arbeitnehmer als Reiche hinstellen. So hat es nämlich immer wieder geklungen. Umschichtung zugunsten der Kleinen und die Reichen seien dabei gut gefahren und hätten ihren Teil dabei abgeschöpft. (Abg. Ileschitz: „Ein Beispiel, wie man es machen soll!“)

Ich kann Ihnen sofort noch eine Reihe anderer Beispiele erzählen. Die Umschichtung z. B. bei Post und Telegraf. Das ist höchst interessant, wieviel neue Investitionen dadurch möglich sind und wieviel Arbeitsplätze damit erhalten und gesichert werden. Vielleicht wird man auch einmal ein Konzept einer anderen Umschichtung finden, ich glaube es nur nicht. Es gibt schon andere Konzepte. Wir wissen das sehr genau. Wir wissen, daß die Amerikaner z. B. die Einkommensteuer bzw. Lohnsteuer auf und ab variieren. Sie senken z. B. heuer bei bestimmten Sparten die Einkommensteuer oder sie wird für das kommende Jahr wieder gehoben, um damit auch das Spiel sozusagen des Einflusses des Staates zur Geltung zu bringen. Natürlich gibt es alle

möglichen Systeme. Aber eine Umschichtung und Umverteilung, die Arbeitsplätze sichert, und darauf kommt es uns in den nächsten Jahren bestimmt sehr an, werden wir immer wieder versuchen müssen, weil es anders wahrscheinlich gar nicht gehen wird.

Es wurde dann auch bezüglich der Gemeindestraßen davon gesprochen, daß erst 9 Prozent staubfrei sind und so fort und so weiter. Ich darf sagen, und zwar mit Stolz sagen, die steirischen Gemeindestraßen können sich sehen lassen in ganz Österreich. Trotzdem wir sehr, sehr schwierige Verhältnisse haben, vor allem im Gebirge, auf der einen Seite und auf der anderen Seite in den ganzen, weiten Lehmgebieten der mittleren und der Oststeiermark. Wir sind hier sehr, sehr weit. Nur wenn man glaubt, das Übel könnte man damit kurz beseitigen, wenn das Land einen Teil der überörtlichen Gemeindestraßen übernimmt, so muß ich Ihnen sagen, ich habe hier immer zur Vorsicht gemahnt und ich habe immer wieder gesagt, „nur kein niederösterreichisches Beispiel!“ Den Niederösterreichern ist einmal eingefallen, ich glaube, es war sogar zu Wahlzeiten, — und zwar beiden Parteien ist das eingefallen — einen Stoß sozusagen von ungefähr 6.000 km Gemeindestraßen dem Land zu übergeben. Ich rate Ihnen, schauen Sie sich einmal im Sommer dort diese sogenannten „Landesstraßen“ an! Ich weiß nicht, was Sie uns sagen würden, wenn unsere nicht besser wären. Ich stelle sonst im allgemeinen nicht gerne Vergleiche mit anderen Bundesländern an, aber das ist ein warnendes Beispiel. (Abg. Brandl: „In vielen Bereichen!“ — Landesrat Bammer: „Aber nicht nur bei den Straßen!“)

Ich meine nur die Straßen, das andere geht mich nichts an. Da habt's alle zusammengehalten, das muß man auch einmal sagen. Gott lasse sie selig ruhen. (Heiterkeit.) Alle haben sie zusammengehalten, daß ein Zustand entstanden ist, wo dann einer vergessen hat, was Macht bedeutet, wenn sie redlich gehandhabt wird und was Mißbrauch der Macht bedeutet. Das sage ich.

Diese 500 Millionen, wovon wir auch 16 oder 15 Prozent Anspruch hätten, die sind ganz redlich gemeinsam verteilt worden. Und zwar in der Koalition verteilt worden. Das ist ja alles aktenkundig. (Zwischenruf von der SPÖ: „Wo?“)

Diese Straßenübernahmen sind also ein warnendes Beispiel. Es ist zwar hart, aber glauben Sie, daß wir leben können nur mit Schmeicheleien? Das ist ein Irrtum. Auch mit „ja, ja-sagen“ können wir nicht leben. Das können Sie mir glauben. (Abg. Dr. Klauser: „Herr Landeshauptmann, Sie reden wie meine Gemeindeopposition!“)

Die Gemeinde wird immer noch besorgt sein, daß man auf der Straße fahren kann, solange sie im Besitz der Gemeinde ist. Wenn sie das Land übernommen hat und das Land nicht imstande ist, etwas zu tun, geschieht überhaupt nichts und

dann ist diese Straße sehr bald völlig zerfallen. (Landesrat Sebastian: „Aber nicht bei unserem Straßen-Referenten! Das glaube ich nicht!“) Meine Damen und Herren, wir haben 320 km an Straßen in den letzten 10 Jahren übernommen. Und zwar Gemeindestraßen. (Abg. Hofbauer: „Das ist aber auch alles!“) Wir haben sie vor allem dort übernommen, wo es am dringendsten war, wo es wirklich überörtliche Straßen sind. Und nicht deswegen, weil ein Abgeordneter dort lebt oder wohnt. (Heiterkeit — Landesrat Bammer: „Ich habe schon geglaubt wegen der Schwarzdecken!“) Das ist bei uns nie üblich gewesen. Wir haben die Straße nach Trahütten auch schon früher gebaut, bevor dort ein Abgeordneter hingekommen ist. Wir prüfen das sehr streng und übernehmen eine Straße nicht gleich, weil ein Abgeordneter sagt, die oder die Straße müsse übernommen werden. Und das muß ich auch sagen — das ist keine Ausrede — wir haben alle Übernahmen mit Mehrheit beschlossen, selbstverständlich von dem Augenblick, wo wir die Mehrheit gehabt haben, aber, was ausschlaggebend ist, wir haben sie alle einstimmig beschlossen. Und obwohl wir bei der letzten Übernahme von 103 km Gemeindestraßen geglaubt haben, daß wenigstens jetzt zu jedem Pfarrort eine Landesstraße hingeht, haben wir uns geirrt. Es gibt immer noch welche, zu denen keine Landesstraße hingeht. (Landesrat Sebastian: „Die eine im Bezirk Voitsberg ist auch noch ausständig, bei der wir gesagt haben, das regeln wir!“) Ah nein, da haben wir 500.000 Schilling hergegeben (Landesrat Bammer: „Hat so lange genug gedauert!“), das weiß Zagler ganz genau. Köflach hat 500.000 Schilling bekommen und wenn Dich der Bürgermeister nicht informiert hat, Herr Zagler, dann rüge ihn. (Beifall. — Abg. Zagler: „Ich danke!“)

Die Autobahnzufahrt beispielsweise nach Voitsberg, die Autobahnzufahrt von Feldbach zur Autobahn, alle diese Dinge werden sehr, sehr ernst geprüft und werden, Sie können es mir glauben, auch von unseren Fachleuten ernst genommen. Es ist ganz selbstverständlich, daß man Gebiete wie Voitsberg und Köflach mit einer entsprechenden Zufahrt zur Autobahn versehen muß, genauso, wie man die Oststeiermark selbstverständlich entsprechend einbinden muß und sie nicht im Slalom durch Gleisdorf durchführen kann, sondern daß man einen Weg finden muß, der entweder eine Einbindung herauf über die Laßnitzhöhe ermöglicht oder man muß eine andere Form der Einbindung finden.

Ja, unsere liebe Straße nach Soboth und nach Kärnten, meine Damen und Herren. Das ist eine entscheidende Verkehrsader. Der Ausbau der Packer Bundesstraße, sie hat eine neue Decke, aber Sie wissen und kennen, wer sie einmal gefahren ist, mit welchen Kurven diese Straße versehen ist. Und es sind auch gerade an dieser Straße nicht wenige Unglücke geschehen. Die Straße ist überlastet, die Triester Bundesstraße ist überlastet im Sommer. Wir brauchen eine weitere Verbindung mit Kärnten und

mit Italien. Die Kärntner haben ja da andere große Projekte, es ist heute ja schon angekündigt, die Turrach beispielsweise, wir bauen ja auch an der Turrach, die Brücken sind bereits fertig. Es wird auch nächstes Jahr wieder ein schönes Stück Straße gebaut werden, allerdings eine Lösung der Turracher Straße wird erst dann wirklich gefunden sein, wenn nicht diese 22 Prozent Steigung, sondern wenn entsprechende Auskehrungen gemacht werden, daß man auf 14 Prozent herunterkommt. Das ist auch ein Problem, aber schließlich und endlich auch eine Frage des Geldes.

Aber wir werden mit den Kärntnern in der Soboth schon zurechtkommen, so hoffe ich, sonst fangen wir halt selbst in Kärnten an zu bauen. Aber diese Straße ist eine wichtige Verkehrsverbindung und vor allem ist sie ein echter Aufschluß für das Grenzland für die kommende Zeit. Daher haben wir den Tausch vorgenommen Gaberlstraße—Sobothstraße, um den Ausbau über den Bund zu erreichen. Es wird auch im kommenden Jahr wieder ein Stück weitergehen. Wir werden gerade im Zusammenhang mit unseren Strukturproblemen sehr ernstlich verlangen und fordern, daß ein beschleunigter Ausbau gemacht wird und weil es eine Bundesstraße ist, auch darauf sehen, daß von Kärnten aus ein beschleunigter Ausbau erfolgt.

Die vielen Wünsche — ich glaube, ich habe das ja eingangs schon berührt — sind kostspielig und nicht unbeachtet, aber sie werden bei weitem nicht alle im kommenden Jahr erfüllt werden können.

Ich möchte nur zu den Unter- und Überführungen etwas sagen. Da sind z. B. zwei in der Obersteiermark angemeldet worden, und zwar Kraubath bzw. Kaisersberg und Leoben beim Krankenhaus. (Abg. Ing. Koch: „Leibnitz—Wagna auch!“) Ich weiß, ich weiß. Ich vergesse nichts. Die Eifersucht zwischen Ober- und Untersteiermark ist völlig unnötig, es kommen alle zum Zug, der eine früher, der andere später. Die Detailplanung für die Überfahrt von Kaisersberg ist fertig, und das Bauwerk ist ja schon im Bau. Hier wird also die Sache bald in Ordnung sein. Aber beim Krankenhaus Leoben ist es natürlich außerordentlich schwierig, und an sich wäre es eine Sache der Gemeinde. (Landesrat Bammer: „Mit Unterstützung des Landes!“) Ich habe da eine Studie — fragen Sie Ihren Bürgermeister — machen lassen, aber auch diese Studie hat ergeben, daß man nicht unterfahren kann, und zwar wegen der Mur nicht unterfahren kann, wegen des Grundwassers nicht unterfahren kann, und überfahren, wie wollen Sie das? Eine Überfahrt ist nicht möglich und gar nicht denkbar an dieser Stelle.

Und jetzt gehe ich ein Stück weiter hinauf zum Präbichl, eine leidvolle Straße, die uns immer wieder nicht nur vor die Nase gehalten wird, sondern bei der immer wieder einmal versucht wird, den Eindruck zu erwecken, wir woll-

ten nicht. (Abg. Vinzenz Lackner: „Der Abgeordnete Schön ist jetzt der vierte, der das immer wieder aufrollen muß!“) Am Willen fehlt es nicht! Es ist bei keiner Straße soviel geplant und so gründlich geplant wie beim Präbichl seit Jahren (Abg. Scheer: „Jahrzehnte!“), um eben auszuweichen. Ich will nur für die Zeit reden, für die ich verantwortlich bin als Baureferent. Das genügt mir. (Abg. Scheer: „Sie waren damals schon Landeshauptmann!“) Daß früher auch schon viel geplant wurde, das weiß ich, aber es konnten diese Pläne nicht verwirklicht werden. Wofür würden denn neun Regierungsmitglieder sein. Jeder hat eben seine Aufgabe. Aber bitte, es wurde wirklich gründlichst geplant. Und es war schon festgestellt und schon Geld vorhanden, jetzt beginnen wir zu bauen, und dann ist uns der Streit mit der Stadtgemeinde dazwischengeraten. Zuerst, wie das heute schon sehr richtig gesagt wurde, haben wir ausgebaut (Landesrat Sebastian: „Zuerst haben wir die Quellen aufgeschnitten, dann haben wir mit der Gemeinde gestritten!“) vom Leopoldsteinersee herauf durch die Stadt einmal die Straße — sie ist auch ein kostspieliges Baulos gewesen, auch sicher für die Gemeinde — und dann haben wir gleich den Weg hinein in die Gsoll versucht, und dann ist der Streit mit der Gemeinde gekommen, und zwar vehement. „Zahlt's, Krawaten, wenn ihr eine Straße bauen wollt!“ so beiläufig, obwohl das Interesse ja in erster Linie bei den Eisenerzern sein soll. Aber bitte, der Streit hat sich inzwischen wieder gelegt. Wir haben weiter geplant. Es sind Begehungen erfolgt von Geologen, von Straßenbaufachleuten, und dann ist man auf die Idee gekommen, wir würden einem hohen Kostenaufwand ausweichen, wenn man über den Erzberg hinunterkäme, wenn man ein Loch finden würde über den Erzberg. Es wurde auch diese Trasse studiert und geplant, 30 Millionen hätte das gekostet, und wir hätten eine wunderbare Straße nach Eisenerz gehabt. Und dann hat die Alpine gesagt, ja, bitte (Landesrat Sebastian: „Mitten durch den Betrieb, wenn wir sprengen, bleibt der ganze Verkehr stecken!“ — Abg. Hieschitz: „Keine neuen Ideen!“) Sie werden wohl den Technikern nicht nachsagen wollen, daß sie ideenlos sind, das kann man wirklich nicht. Jedenfalls hat die Alpine gesagt, „Wir können mögliche Erschwernisse nicht auf uns nehmen, weil wir mit dem Erzberg sowieso allergrößte Schwierigkeiten und Sorgen haben.“ Und jetzt sind wir also mit diesem glücklichen Programm — 30-Millionen-Ausbau der Bundesstraße nach Eisenerz — wieder am Sand sozusagen, und wir müssen wieder hineingehen in die Gsoll und müssen dieses kostspielige Projekt, das mindestens 160 Millionen kostet, angehen. Daß uns das weh tut, wird uns, glaube ich, jeder abnehmen, weil wir ja nur 350 Millionen im Jahr haben, und davon kostet 150 Millionen das Baulos über den Präbichl. Ich verspreche gar nichts, aber gebaut muß werden, und es wird gebaut. (Landesrat Bammer: „Und das noch vor den Wahlen!“)

Ich darf nun noch ein paar Bemerkungen zum Flußbau im allgemeinen machen.

Es sind zwar noch eine Menge Straßenwünsche erhoben worden, ich habe sie mir aufgeschrieben und sie sind im Protokoll und sie werden, wie ich schon gesagt habe, sehr unter die Lupe genommen. Aber ich halte Sie sonst zu lange auf, ich muß zu den großen anderen Fragen auch noch ein paar Bemerkungen machen.

Die Flußregulierungen: Ich habe Ihnen eingangs gesagt, was eine endgültige Regulierung kostet oder eine Sanierung kosten würde. Dabei ist gar nicht berücksichtigt, daß wir natürlich in den Unterläufen unserer Gewässer, vor allem in der Mur, zu neuen, großen Schutzbauten kommen müssen, wenn wir die dortigen Kommunikationen sichern wollen. Wir müssen zu großen, kostspieligen Schutzbauten kommen. Es geht aber bei der Regulierung flußaufwärts von der Mündung bis zum Ursprung des Flusses. Natürlich muß das der Grundsatz sein. Aber wie war es denn in den vergangenen Jahren? Nicht einmal, mehrmals mußten wir einfach irgendwo beginnen, wenn wir das Geld verbauen wollten, weil die Interessenten uns die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Schwierigkeiten bei den Ablösen, weil sie uns sozusagen überhaupt nicht zum Zuge kommen ließen. Und wir haben beispielsweise an der Sulm oder an der Laßnitz halt oben angefangen, damit wir überhaupt einmal angefangen haben. Das war sicher nicht zum Vorteil. Und es wird in Zukunft sehr darauf geachtet werden müssen, daß wir wirklich vom Unterlauf nach dem Oberlauf hin sanieren, sofern es sich nicht um Ausuferungen oder um Einbrüche handelt, die gleich saniert werden müssen. Das muß ich am Mittellauf genauso machen wie am vordern oder hinteren Ende des Flusses. Die verschiedenen Gewässer der Steiermark: Das Hauptgewässer, das uns die größten Schwierigkeiten machte in den letzten zwei Jahren, das ist die Mur, das nächste ist die Raab, die immer wieder große Schäden verursacht, es kommt dann die Kainach; die Sulm werden wir jetzt bald fertig haben, es ist dann noch die Laßnitz, die Ritschein, der Saufenbach usw. usw. Es wird keines übersehen, einschließlich des Gnas-Baches, einschließlich der Kuschenitza usw. Wir können hier nur planmäßig weiterkommen und zwar planmäßig insofern, daß wir den Erfolg der Regulierung mit einkalkulieren. Wir müssen uns fragen, welche Einzugsflächen können damit entwässert werden, wieviel an Land kann gewonnen werden — das ist eine der Grundlagen — und vor allem ist wichtig die Frage der Absicherung der großen Flüsse, also vor allem der Mur und der Raab. Das sind die vordringlichsten Aufgaben und noch jene Beseitigung der Schäden, die bei einem nächsten Hochwasser zu größeren Ausuferungen oder Schäden führen könnten. Niklasdorf wurde beispielsweise angeführt. Ich will hier kein Spiel treiben und sozusagen die Schuld weitergeben. Tatsache ist, daß dieses Bad in Niklasdorf an die Mur herangebaut wurde und

zwar an die Mur, wie sich nach dem Hochwasser herausgestellt hat, wo früher einmal ein Schutzwasserbau gelegen ist. Wenn man also so nahe an die Mur herangeht, ist damit natürlich ein Risiko verbunden. Ich will jetzt ganz allgemein sagen, wenn wir in den vergangenen 20 oder 30 Jahren weniger in den wassergefährdeten Gebieten gebaut hätten, hätten wir auch bei weitem nicht die Schäden und die Entschädigungen zu zahlen, die jetzt in den vergangenen Jahren aufgetreten sind. Wir haben auch einen Erlaß hinausgegeben und die Bürgermeister ersucht, sie mögen darauf achten, daß sie nicht für Gebiete Baubewilligungen erteilen, die immer wieder hochwassergefährdet sind. Aber man kann es niemand zum Vorwurf machen, wenn er mit einem billigeren Grund glaubt, eher zu einem Häuschen zu kommen und dann in ein Gebiet geht, wo an sich eine Baubewilligung nicht gegeben werden soll oder nicht gegeben werden könnte nach fachlicher und sachlicher Überlegung, aber ich weiß genau, in welcher schwieriger Situation hier auch die Bürgermeister sind. (Abg. Fellingner: „Es waren doch die Wasserrechtsbehörden bei der Kommissionierung dabei!“ — Abg. Prenner: „Die Bürgermeister!“) Schauen Sie, im Wasserbuch sind ja diese Gebiete alle sehr genau eingetragen, aber wer hat sich denn in den letzten Jahren um diese Dinge noch gekümmert? Ich will auch niemand beschuldigen. Aber so ist die Wirklichkeit, über die wir halt leider nicht zur Tagesordnung hinweggehen können.

Der Wasserschutzbau macht uns natürlich für die nächste Zeit große Sorgen. Die große Hoffnung, die wir mit dem Katastrophen-Fonds verbunden haben, ist ja leider zum Teil auch weggeschwommen, aber wir werden alle Anstrengungen unternehmen, daß wir in den nächsten Jahren die entsprechenden Mittel herausholen, wenn die größeren Schäden in Kärnten und Ost-Tirol beseitigt sind, damit wir auch zu einem erhöhten „Schutz“-Bau kommen. Aber natürlich auch zur Beseitigung jener Schäden, die in den letzten Jahren und besonders im letzten Jahr aufgetreten sind.

Es wurde auch im Zusammenhang mit dem Wasserschutzbau noch begreiflicherweise die Frage der Reinheit unserer Gewässer berührt. Wir sind hinter diesen Dingen ständig her. Es wird ständig gemessen und beobachtet, es wird ständig die Öffentlichkeit aufgeklärt, es werden die betroffenen Unternehmen aufgeklärt, die uns die Gewässer verschmutzen, ebenso die Gemeinden, die auch nicht immer die nötige Achtsamkeit an den Tag legen. Es ist von unserer Abteilung aus sicher immer ein großes Bemühen im Gange und ich glaube, daß es heute schon Allgemeingut geworden ist, daß es zu einer unserer großen Zukunftsaufgaben gehört, dafür besorgt zu sein, daß wir auch weiterhin reines Wasser haben, daß wir der Verschmutzung entgegenwirken und daß wir auch reine Luft haben, damit wir überhaupt gesund leben können. Das ist auch ein sehr, sehr kostspieliges, aber notwendiges Vorhaben.

Wenn wir an unsere Kanalbau-Projekte denken, die dringend notwendig sind, um auch der Verschmutzung unserer Gewässer entgegenzuwirken, wenn wir an die Wasserleitungspläne und -bauvorhaben denken, so würden sie, wie ich schon eingangs erwähnte, rund 2 Milliarden Schilling kosten, um nur das Wichtigste in der Steiermark zu erfüllen. Es wird sehr wohl notwendig sein, hier zu überlegen, eine gewisse Dringlichkeits-Stufung vorzunehmen. Wir werden an diesen Dingen nicht vorbeikommen. Wir dürfen dabei vor allem auch die Fremdenverkehrsgebiete nicht übersehen, wir dürfen jene Gebiete nicht übersehen, wo die Menschenballungen vor sich gehen, wo also wirkliche Abhilfe und wirkliches Eingreifen nottun. Aber die große und entscheidende Frage ist hier die Finanzierung all dieser Vorhaben. Nicht nur für das Land, ebenso für den Bund, vor allem aber für die Gemeinden, vor allem für die beteiligten. Und hier müssen wir auch zu einer grundsätzlichen Lösung kommen. Es gibt Gebiete, die ohne eine Sonder-Finanzierung nie zu einem Kanal und nie zu einer Wasserleitung kommen würden. Und zwar sind das finanzschwache Gemeinden. Obwohl wir höchst interessiert sind, weil solche Gemeinden oft sehr ertragreiche Fremdenverkehrsgemeinden sind. Wir wissen aber auch, daß die Großgemeinden in der Überbrückung der Finanzlöcher, die sich ergeben, auch sehr, sehr große Schwierigkeiten haben.

Es ist vor kurzem in Wien der Plan aufgetaucht, im Zusammenhang mit den Wohnbaumaßnahmen, und zwar mit allen drei Fonds, daß auch der Wasserwirtschafts-Fonds auf die Bundesländer einschließlich Wien in einem bestimmten Verhältnis — als Grundlage die Bevölkerungszahl — aufgeteilt werden soll. Daß also die Gelder einfach global den Bundesländern zugewiesen werden und die Länder sozusagen nach ihrem eigenen Gutdünken auf Grund der notwendigen Beschlüsse und den notwendigen Planungen auch die Mittel des Wasserwirtschafts-Fonds zu vergeben hätten. Das ist sicher ein sehr fruchtbarer Plan. Wir müssen aber genau wissen: 1. Reihenfolge und 2. wie finanzieren wir, und in welcher Form finanzieren wir, wobei hier die Darlehen eine sehr entscheidende Rolle spielen werden, sehr billig verzinsliche Darlehen, natürlich auch die Überlegung, wieviel nehmen wir von der Wohnbauförderung für Wasser und Kanal, weil das ja alles engstens zusammenhängt und untrennbar miteinander verbunden ist. Den Luxus können wir uns doch nicht leisten, den wir auch schon einige Male erlebt haben in der Steiermark, daß wir irgendwo ein Wohnhaus fertig bauen und dann haben wir kein Wasser und keinen Kanal. Wenn dieser Plan Wirklichkeit wird — und es ist unter den Landeshauptleuten und Finanzreferenten hier eine weitgehende Übereinstimmung —, so würden wir auch zu einer echten Lösung für die steirischen Pläne leichter kommen können, vor allem, weil wir echte Realitäten vor uns hätten und uns danach ausrichten könnten.

Sicher ist das ein ganz, ganz großes Aufgabengebiet, dem wir uns nicht entziehen können und das wir wirklich mit allem Ernst angehen müssen.

Darf ich noch zur planmäßigen Schottergewinnung etwas sagen: Eine entsprechende Ordnung wäre außerordentlich wünschenswert, aber hier sind vor allem die Gemeinden zuständig. Wir können niemandem verbieten, daß er auf seinem Grund statt Korn zu bauen Schotter gewinnt. Wohl aber hätten die Gemeinden die Möglichkeit zu verlangen, daß diese entstandenen Löcher, Schächte von der Luft aus gesehen, wieder zugeschüttet werden. Aber nicht mit Material, das dann zur Verschmutzung des Grundwassers beiträgt, sondern mit reinem Material zugeschüttet werden. Ich weiß schon, wie schwierig das ist. Die Gemeinden hätten hier Einflußmöglichkeiten, aber sie werden kaum dazu kommen. Es wäre sicher interessant. Wir werden natürlich in den nächsten Jahren vor allem für die Autobahn und auch für unsere übrigen Straßen sehr, sehr viel Schotter noch brauchen, und es hat sich ja gezeigt, daß nicht mehr der Bruchschotter die tragenden Koffer unserer Straßen sind, daß der Rollschotter weitaus mehr dafür geeignet ist, das Wasser aufzunehmen oder es durchsickern zu lassen, daß diese neue Art der Beschotterung oder der Unterlage die bessere ist als der Bruchschotter.

Und jetzt möchte ich ganz kurz noch ein paar sonstige Überblicke machen, wobei eines zu sagen ist. Die Arbeit und der Umfang unseres Landesbauamtes sind sehr beachtlich und sehr umfassend. Wir werden im Jahre 1966, wenn das Jahr zu Ende geht, rund 1,320.000.000 Schilling verbaut haben über das Landesbauamt. Hier ist nicht miteingeschlossen die ganze Wohnbauförderung. Es ist ein beachtlicher Betrag, der hier in die Wirtschaft geflossen ist, und zwar, wenn ich kurz sage, damit ich nicht das Land mit fremden Federn schmücke, für Bundesstraßen haben wir rund 300 Millionen Schilling zur Verfügung, für das Land 230 Millionen, insgesamt sind das 530 Millionen, für die Autobahn haben wir bisher 120 Millionen verbraucht, für den Brückenbau haben wir für Bundesbrücken 41 Millionen, für Landesbrücken 19 Millionen, das sind insgesamt 60 Millionen, für den Flußbau, Wasserversorgungsanlagen, alles in allem haben wir vom Bund 73 Millionen, vom Land 35 Millionen, Interessenbeiträge 74 Millionen, insgesamt 182 Millionen verbaut; Meliorationen-Bundesmittel 4 Millionen, Landesmittel 9 Millionen und Interessenmittel 9 Millionen, 22 Millionen; für den Landes-Hochbau wurden 110 Millionen verbaut, für den Bundes-Hochbau 122 Millionen, für den Maschinenbau 5 Millionen und für den Wohnhauswiederaufbau werden bis Ende des Jahres 185 Millionen verbaut sein, das ergibt den sehr respektablen Betrag von 1,320.000.000 Schilling.

Sie wissen alle, daß die Fachabteilung Ia des Landesbauamtes die technischen Angelegenheiten

ten zu bearbeiten, die Amtssachverständigen zu stellen, Gutachten zu erstellen hat, daß hier sehr viele Kontakte, vor allem auch über die Reinhaltung der Gewässer mit den Industrien notwendig sind. Die Landes- und Ortsplanung, die ja nicht immer gut ankommt, doch aber eine wichtige Aufgabe darstellt, hat die fortlaufende Bearbeitung der Bodenwert- und Grundwasserkarteien, der Gemeindemappen, 88 Evidenzmappen in raumplanender Hinsicht und Pressedokumentationen usw. Spezialaufgaben sind Entwicklung Graz, Turracherhöhe, Mitterndorfer Becken, Stubalpe sowie die Studien der transversalen Autobahn Linz—Sattledt, eine der großen und entscheidenden Verbindungslinien der Zukunft. Ich werde es nicht mehr erleben, aber es müssen alle Vorsorgen getroffen werden, daß dieses große Vorhaben von Sattledt herein in das Ennstal, herunter über die Stubalpe bis nach Graz und weiter hinunter, diese große Verbindung, die sich mit der Südautobahn treffen soll, gebaut wird. Jedenfalls muß laufend geredet und Einfluß genommen werden, damit wir aus den Plänen, die als Zukunftspläne angesehen werden, nicht mehr herauskommen, sondern daß wir in diesen Plänen bleiben.

Das wäre natürlich ein echter und großer Impuls, um auch dem West—Ost-Gefälle irgendwie beizukommen. Die Studien, die hier notwendig sind, werden von dieser Abteilung gemacht. Letzten Endes sind die Fragen der Campingplätze und die Fragen des Arbeitspotentials bis 1980 Fragen, die studiert werden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und den zuständigen Stellen. Dann sind auch die Fragen des Raumes der Weststeiermark, der Kohlengebiete und all diese Dinge hier in Arbeit und mit auch der Bereich der Ortsplanung, der Flächennutzungspläne. Es haben bereits 27 Gemeinden solche Pläne eingereicht. Es ist immerhin anzunehmen, daß unsere Raumordnungsgesetze doch auch langsam fruchtbar werden.

Die Fachabteilung IIa hat den ganzen Straßenbau einschließlich des Autobahnbaues. Ich will Sie nicht mit Zahlen überschütten. Es sind eine ganze Menge von Baulosen, es sind wirklich eine Unzahl von Baulosen, die bearbeitet werden müssen. Die Abteilung ist ausgezeichnet geführt und wir haben natürlich auch ständig mit Ärger reichlich zu tun, wenn man etwa an eine Straße denkt, die hier im Landtag immer wieder diskutiert wird, der Aufstieg von Trieben auf den Hohentauern, das war wirklich eine leidvolle Straße. Sie ist jetzt fertig, aber auch entsprechend kostspielig. Über 60 Millionen hat dieses Baulos verschlungen. Gott gebe es, daß es keine Rutschung mehr gibt. Geplant ist es, ob es auch hält, werden wir ja sehen. Die großen Umfahrungen, die heuer fertiggestellt worden sind, Gratkorn, Grafendorf, Pinggau, Mitterndorf, sind sehr entscheidende und beachtliche Baugeschehen gewesen, die einen fließenden Verkehr wieder in einem weiteren Abschnitt ermöglichen. Dann haben wir die Fachabteilung

IIb: Brückenbau. Hier haben wir auch eine sehr schöne Arbeit hinter uns. Es sind insgesamt 134 Brücken im Neubau, davon 69 Bundes- und 65 Landesbrücken. Es sind übrigens außerdem noch 12 größere Instandhaltungen notwendig gewesen. Die Länge der einzelnen Brücken ist immerhin auch beachtlich. Jedenfalls hat der Bund 41 Millionen Schilling, wie ich schon gesagt habe, und das Land 19 Millionen Schilling dafür aufgewendet.

Die Abteilung IIIa besorgt die großen wasserbaulichen Aufgaben. Auch hier habe ich Ihnen schon gesagt, daß 500 Millionen Schilling allein für die Sanierung unserer Flüsse notwendig wären. Es hat ja zwischen Predlitz und Leoben der Pegelstand der Mur den Pegelstand von 1938 überschritten, daher auch die großen Schwierigkeiten, die wir heuer zu verzeichnen gehabt haben. Jedenfalls wird hier sehr viel gearbeitet. Wir leiden im allgemeinen an einem gewissen Mangel an Arbeitskräften, hier aber haben wir an Spezialarbeitskräften einen ganz echten Mangel. In diesem Zusammenhang wäre auch zu sagen, um wieder auf den Stand zu kommen, den wir notwendig brauchen, um unsere Bauaufsicht ausführen zu können, werden uns ja immer wieder Ratschläge gegeben, wir haben aber nicht nur auf die Ratschläge gewartet, sondern haben auch Handlungen gesetzt und haben uns bemüht, die Ingenieure, vor allem auch die jungen Ingenieure, gehaltlich anzuheben, so daß ihnen auch das Interesse für den öffentlichen Baudienst irgendwie nahegebracht wird, aber es ist gar nicht so entscheidend schwierig, einen Bau-Ingenieur zu bekommen, viel schwieriger noch ist es, einen mittleren Ingenieur zu bekommen. Diese mittleren Fachkräfte sind einfach nicht zu bekommen, dort haben wir die größten Schwierigkeiten. Eine der wichtigsten Aufgaben in der nächsten Zeit muß daher sein, das muß auch in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß wir zu einer weiteren Baufachschule kommen, damit die Ausbildung dieser mittleren Baukräfte in einem entsprechenden Ausmaße vor sich gehen kann. Es ist nicht uninteressant, daß im Jahr 1938 auf der Technischen Hochschule genau soviel Studierende für den Hoch- und Tiefbau waren wie 1966. Und wenn wir das Baugeschehen von 1938 mit dem von heute vergleichen, dann ist die Diskrepanz offensichtlich und es ist klar, daß wir zu wenig Fachkräfte haben.

Beim Landeshochbau sind immerhin auch 60 Bauvorhaben im ganzen Land durchgeführt worden. Eine sehr schöne Aufgabe, und der Bundeshochbau, der vor allem mit den Mittelschulen, mit der Universität, mit den Technischen Hochschulen und dem Ausbau der dortigen Institute beschäftigt ist, das waren alles große und schöne Leistungen, die vollbracht werden konnten.

Maschinenbau und Elektrotechnik: Hier konnte trotz des Standes von nur 20 Diplom-Ingenieuren der Amt-Sachverständigen-Dienst in zwei-

ter Instanz bewältigt werden. Hier geht es um die Lärmbekämpfung, Staubbekämpfung, Ferngasversorgung und all diese nicht unwichtigen Dinge und schließlich auch um die laufenden Kraftfahrzeug-Untersuchungen.

Der Wohnhaus-Wiederaufbau, der uns ja einige Sorgen bereitet: Wir haben im heurigen Jahr wieder 29 Anträge eingebracht. Das Gesamterfordernis der noch ausstehenden Wiederaufbau-Objekte, wobei wir unter uns sagen müssen, es ist längst schon das, was zerbombt ist, gebaut und erfüllt, aber die vielen zusätzlichen Wohnungen, die noch mit eingeplant sind in den Wiederaufbau, würden nicht weniger als einen Betrag von 570 Millionen Schilling ergeben.

Meine Damen und Herren! Der Umfang des Baugeschehens ist immer eine beachtliche Sache und findet auch immer großes Interesse im Steiermärkischen Landtag. Ebenso aber auch in der Landesregierung. Ich hoffe, daß es uns gelingt, durch die erhöhten Beträge, die wir nur hier in den verschiedenen Abteilungen des Bauamtes zu vergeben haben, einen echten Investitions-Stoß für das kommende Jahr zu erreichen. Der Schlüssel „Bauwirtschaft“, der immer wieder auch die notwendigen Mittel braucht, würde sicher noch viel, viel mehr, als ich Ihnen sagte, brauchen und verbrauchen können. Hoffen wir, daß wir in den kommenden Jahren ebenso glücklich die verschiedenen Bauabschnitte beginnen können wie das aus dem eigenen Budget der Fall ist und wie es auch durch die Mittel des Bundes im kommenden Jahr der Fall sein wird. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Präsident: Mangels weiterer Wortmeldungen zur Gruppe 6 erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Wort zum Schlußantrag.

Abg. Buchberger: Hoher Landtag! Nachdem sich zur Gruppe 6 28 Abgeordnete des Hohen Hauses zu Wort gemeldet haben, erlaube ich mir ergebenst, auf das Schlußwort zu verzichten. Ich darf den Herren Präsidenten bitten, über dieses Kapitel abstimmen zu lassen und darf Sie, meine Damen und Herren, ersuchen, Ihre geschätzte Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer den Ansätzen zu den Posten der Gruppe 6 zustimmt, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.) Die Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf eine Dreiviertelstunde, das ist bis 20.15 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 19.30 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 20.15 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 7, „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsför-

derung“. Berichterstatter ist Herr Abg. Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Hohes Haus! Die Gruppe 7 des steirischen Landes-Budgets umfaßt die Aufgabenbereiche „Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung“. Der Gesamt-Budget-Rahmen dieser Gruppe sieht 213,226.600 Schilling an Ausgaben, das ist ein Plus gegenüber 1966 von 33 Millionen Schilling, und 54,808.500 Schilling an Einnahmen, das sind um 5,6 Millionen Schilling mehr als 1966, vor.

Bei den öffentlichen Einrichtungen fallen dem Feuerwehrwesen 11 Millionen Schilling zu, um 1,2 Millionen Schilling mehr als 1966, während die Tierheilanstalten mit 1,8 Millionen Schilling dotiert sind. Der Förderung der Land- und Forstwirtschaft fällt in der Gruppe 7 sicher mit Recht besonderes Gewicht zu. Der Ausgabenrahmen ist hier mit 90,7 Millionen Schilling rund um 8 Millionen Schilling höher gegenüber dem letzten Budget. Davon seien einige wesentliche Posten angeführt:

Für Meliorationen sind vorgesehen 12,4 Millionen Schilling, wobei allein für Ent- und Bewässerungen schon 10,4 Millionen Schilling, 1966 waren es 9,2 Millionen Schilling, vorgesehen sind. Agrarische Operationen 1,2 Millionen Schilling, Seßhaftmachung und Sicherung von landwirtschaftlichen Arbeitern, Pächtern und Kleinlandwirten 6,4 Millionen Schilling, Forstaufschließungswegebau 1,2 Millionen Schilling, Aufbaugelände 3,7 Millionen Schilling. Mittel sind weiters vorgesehen für die Förderung der Forstwirtschaft, Zinsenbeihilfen für Darlehen zur Schaffung lebensfähiger bäuerlicher Familienbetriebe, Darlehen zur Mechanisierung, Bildungs- und Begabtenförderung in der Landwirtschaft, Anteile der steirischen Landesjägerschaft an der Landesjagdabgabe und anderes.

Neu ist die Post „Förderungsbeitrag für die Errichtung einer Großmarkthalle in Graz“, die gemeinsam mit anderen Körperschaften und Institutionen errichtet werden soll.

Die Tierzuchtförderung ist mit 2,9 Millionen Schilling dotiert, wovon jedoch 1 Million Schilling für den Personalaufwand für die Bezirks-tierärzte, und für die Bekämpfung von Tierseuchen 0,6 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Die Beiträge zu Güterwegbauten, Elektrifizierungen und zum Bau von Seilwegen betragen 15 Millionen Schilling. Die Almwirtschaft ist mit 1 Million Schilling an Ausgaben veranschlagt.

Für Besitzfestigungen sind 3,7 Millionen Schilling vorgesehen. Anerkennenswert ist, daß für das bäuerliche Berufs- und Fachschulwesen um 4 Millionen Schilling mehr veranschlagt sind als letztes Jahr, und zwar sind das 34,2 Millionen Schilling. Mit dieser bedeutenden Vorsorge soll der steirischen Landwirtschaft die Vorbereitung

und strukturelle Anpassung an den kommenden Wettbewerb im europäischen Raum erleichtert werden. Wenn die Menschheitsentwicklung weiter so fortschreitet, wird in naher Zukunft schon die Landwirtschaft sicher der gesuchteste Beruf werden. Das Land Steiermark hat in seinem Haushalts-Voranschlag nicht nur auf Produktions-, sondern auch auf marktfördernde Maßnahmen Rücksicht genommen.

Hohes Haus! Zur Gruppe 7 zählt auch die Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Mit einem Ausgabenrahmen von 12,9 Millionen Schilling erfährt dieser Abschnitt eine Erhöhung gegenüber 1966 von mehr als 2 Millionen Schilling, wobei die Hauptpost davon gewerbliche Darlehen in der Höhe von 9 Millionen Schilling — 1966 waren es 8 Millionen Schilling — darstellen. Im Abschnitt „Allgemeine Verkehrsförderung“ sind 4,5 Millionen Schilling Ausgaben vorgesehen, und zwar betragen der Beitrag an die Flughafen Graz-Betriebsgesellschaft 3 Millionen Schilling, Austrian Airlines Ausfallshaftung 360.000 Schilling und die Landesleistung an die Fluglinie AUA 1,1 Millionen Schilling. 46 Millionen Schilling sind für die Fremdenverkehrsförderung, und zwar um 9 Millionen mehr als im Vorjahr, vorgesehen. Damit wurde der besonderen Bedeutung des Fremdenverkehrs auch im steirischen Landesbudget Rechnung getragen. So sind unter anderem vorgesehen: für den Fremdenverkehrs-Investitionskredit 19,7 Millionen Schilling, für den Ausbau und die Erhaltung von Schwimmbädern und Badeseen 6,6 Millionen Schilling, um 1,9 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr. Im Abschnitt Fremdenverkehr scheinen zwei neue Posten auf, das sind 4,4 Millionen Schilling für die Errichtung einer permanenten Rennstrecke in Zeltweg und 1 Million Schilling für vorbereitende Maßnahmen zu den im Jahre 1970 in Murau stattfindenden Nordischen Ski-Weltmeisterschaften.

Für den Ausbau und die Instandsetzung von Schutzhütten sind wie im Vorjahr 1,5 Millionen Schilling im Voranschlag eingebaut. Im Abschnitt Förderung der Industrie scheinen um 1,4 Millionen mehr als 1966 auf, wobei auf die Planung und Forschung besonderer Wert gelegt wird. Für die Behebung von Katastrophenschäden und den Katastrophendienst sind 10,6 Millionen Schilling, eine Steigerung von 2,5 Millionen gegenüber 1966 vorgesehen.

Hoher Landtag! Mit der Gruppe 7 hat sich der Finanz-Ausschuß eingehend befaßt, und ich habe die Ehre, dem Hohen Haus namens dieses Ausschusses die Annahme zu empfehlen.

Präsident: Als erster Redner ist Herr Abgeordneter Karl Lackner vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Es ist für mich eine glückliche Stunde, daß ich das erste Mal im Hohen Hause als Bergbauer zu dem

Kapitel 7 Landwirtschaft sprechen darf. Wir Bauern sind zwar gewohnt, daß wir in der Früh zu arbeiten anfangen, nicht erst, wenn der Feierabend beginnt; aber wir sind auch gewohnt, Überstunden zu machen. Und daher ist es für mich genauso erfreulich, wenn wir auch mit der Landwirtschaft erst am Abend beginnen. Es möge nicht überheblich klingen, wenn ich sage, daß vielleicht gerade das Kapitel Landwirtschaft an erster Stelle stehen müßte, weil gerade die Landwirtschaft diejenige ist, die die Voraussetzungen für alles Leben und alle Leistungen erbringt, die in unserer Heimat geschaffen werden. Aber wir Bauern sind ja immer bescheiden und wollen uns selbstverständlich immer den Gepflogenheiten anschließen.

Es ist notwendig, daß nach dem Ablauf eines Jahres Rechenschaft gegeben wird, daß man ein bisserl Rückschau hält über die vergangenen Leistungen und zugleich einen Ausblick in die Zukunft über das, was zu geschehen hat.

Das Bauernleben war seit vielen Jahren schon immer ein hartes, wenngleich früher die Zeiten viel ruhiger und viel ausgeglichener waren, wenngleich der Bauer früher in erster Linie nur für die Ernährung seiner Familie zu sorgen hatte, so ist es doch immer so, daß er in den immerwährenden Kreislauf der Natur hineingestellt ist und mit all den Tücken und Katastrophen, die immer wieder über ihn hereinfallen, fertig werden muß. Und jetzt kommt noch zu der Ernährung der Familie dazu, daß er jetzt genauso wie alle anderen Berufsstände in den internationalen Konkurrenzkampf mitten hineingestellt wird. Früher war es der Markt nach der Bauernbefreiung, der den Bauern echte Sorgen bereitet hat und jetzt kommt zu all diesen Fragen noch der internationale Konkurrenzkampf dazu, was der Landwirtschaft deshalb besondere Sorgen bereitet, weil es für andere Berufsgruppen selbstverständlich ist, daß man ihnen eine Angleichung ihrer Preise und des Einkommens an die Produktion und die Lebenshaltungskosten und die Anteilnahme am Wirtschaftswachstum zukommen läßt, was oft für die Landwirtschaft einfach nicht zu gelten hat. Und wenn es um Preiserhöhungen geht, die der Landwirtschaft dienen könnten, wird leider Gottes oft ein Politikum daraus. Es ist in der ländlichen Sozialpolitik daher noch nicht das letzte Wort gesprochen. Durch die Ungunst der wirtschaftlichen Bedingungen in der Preis-, Kredit- und Strukturpolitik sind auch für die bäuerlichen Menschen noch eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen notwendig. Es gibt zwar jetzt in der modernen Zeit verschiedene sogenannte „gescheite“ Menschen, die der Meinung sind, daß wir im Zeitalter der Atomenergie die Bauern nicht mehr brauchen, die erforderlichen Lebensmittel werden wir auf industriellem Weg sicherstellen. Es gibt laufend Diskussionen, erst vor kurzem im Fernsehen war eine solche. Die Fragestellung war: Ist der Bauer ein Protektionskind oder ein Stiefkind? Und die Frau Nationalrat Rosa Weber von der

Sozialistischen Partei hat am 1. Dezember in ihrer Rede im Parlament gesagt, daß im Budget eine offene Hand für die Bauern zu bemerken sei, was nicht im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt. Ich möchte zu dem ganzen sagen, es wäre ungeschickt oder kindisch, wenn ich die Bedeutung des Bauernstandes im Hohen Hause erklären würde, wir Steirer wissen sehr genau, was er bedeutet, aber die Leute, die behaupten, daß wir in Zukunft keinen Bauern mehr brauchen, sind meiner Meinung nach Narren, und den Leuten, die nicht wissen, ob der Bauer zu viel oder zu wenig kriegt, möchte ich sagen, der Bauer ist kein Ping-Pong-Ball, mit dem man herumschmeißt wie mit einem Spielball, sondern alles, was man dem Bauern gibt, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß er seine Aufgaben, die ihm gestellt sind, erfüllen kann, die Ernährung des ganzen Volkes zu sichern. Und gerade der Bauer investiert gleichzeitig auch Milliarden Schilling, die wieder der gesamten Wirtschaft zum Nutzen kommen.

Und wenn der Bauer seine Aufgabe für die Ernährung des Volkes sichern will oder soll, ist es eben notwendig, daß er entsprechende Unterstützung und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Der Bauer hat genauso wie alle anderen Berufsschichten unseres Landes ohne Unterschied von Beruf und Stand, vielleicht unter größeren Opfern als manch anderer Stand, am Wiederaufbau unserer Heimat mitgeholfen. Nur bleibt leider folgendes übrig, daß es dem Bauern nicht gegönnt ist, daß er den gleichen Anteil an den sozialen Errungenschaften hat, wie es bei anderen Berufsständen selbstverständlich ist. Es gibt keine geregelte Arbeitszeit in der Landwirtschaft, das ist uns auch klar, während der Erntezeit gibt es keinen 8-Stunden-Tag, und es gibt auch die „5-Tage-Kuh“ nicht, es gibt auch keinen geregelten Urlaub, und die Bäuerin hat leider nicht das Glück, daß sie das Mutterschutzgesetz, das unsere Mütter wirklich maßgeblich schützt, in Anspruch nehmen kann. Die Landwirtschaft hat mit allen anderen Berufsständen, ob es die Arbeiter, die Industrie oder die Gewerbetreibenden sind, im Jahre 1945 ganz den gleichen Ausgangspunkt gehabt. Wir sind praktisch vor nichts gestanden. Den Bauern haben sie das letzte Vieh teilweise aus dem Stall getrieben, die Werks- und Industriehallen sind leer gewesen, da ist nichts mehr drinnen gewesen, die Arbeiter haben in notdürftigen Baracken anfangen müssen, wir haben alle miteinander ganz von Grund auf anfangen müssen, und wir dürfen mit Stolz feststellen, daß es der Landwirtschaft trotz der schwierigen Bedingungen gelungen ist, in der kurzen Zeit nicht nur die Ernährung fast zur Gänze zu decken, sondern sogar wesentliche Produkte zu exportieren, die wiederum der Gesamtwirtschaft wertvolle Devisen bringen. Wir wollen aber auch nicht undankbar sein. Wir nehmen dankend zur Kenntnis, daß die Marktordnungsgesetze verlängert worden sind, die für uns eine Lebensfrage sind und wir nehmen dankend zur Kenntnis, daß die

Mittel im „Grünen Plan“ wieder gesichert sind. Aber ich darf auch noch weiter feststellen, durch die Initiative verantwortlicher ÖVP-Politiker konnten wir auch für den Bauernstand eine Reihe von sozialen Errungenschaften erzielen. So z. B. wurde schon im Jahre 1929 die Unfallversicherung geschaffen, die das Risiko von Arbeitsunfällen auf die gesamten Betriebe der Landwirtschaft aufteilt und die wir uns selbst zahlen, und zwar durch den Beitrag des Grundsteuer-Meßbetrages, der zur Zeit 420.— Schilling beträgt. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz.) Das sind verantwortliche Agrarpolitiker gewesen, habe ich gesagt. (Abg. Scheer: „Politiker der ÖVP hast g'sagt!“) Ja, das ist eben jetzt der moderne Ausdruck dafür.

Durch das Familienbeihilfengesetz vom Jahr 1954 konnten auch die bäuerlichen Familien in den Genuß der Familienbeihilfen kommen, was die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft schon seit 1949 hatten. Und diese Familienbeihilfe ist für die kinderreichen Bauernfamilien natürlich ein besonderer und ganz wesentlicher Vorteil. Einen Teil zu diesem Fonds zahlt auch die Landwirtschaft selbst, ebenfalls wieder aus dem Grundsteuermeßbetrag in der Höhe von 125 Prozent, aber den weitaus größeren Teil bezahlt uns der Staat.

Im Jahre 1958 wurde die landwirtschaftliche Zuschußrente ins Leben gerufen, die auch einen wertvollen Beitrag gerade für die Berentung der kleinen Betriebe darstellt. Aber was vielleicht noch mehr ins Gewicht fällt bei dieser landwirtschaftlichen Zusatz-Rente, das ist die Heilfürsorge, die unserer schwer überarbeiteten Bäuerin und unseren Bauern zugutekommt, damit sie wieder Kraft und Erholung finden können.

Eine nicht mehr wegzudenkende Hilfe und Einrichtung sind die Familienhelferinnen, die oft unter viel Verzicht auf das eigene Ich einen wahren Samariterdienst leisten. Heuer waren 76 Familienhelferinnen im ganzen Land beschäftigt. Diese Aktion wurde seit dem Bestehen des Mutterhilfswerkes, welches durch die Initiative der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft errichtet worden ist, durch Frau Nationalrat Dr. Beyer und der Caritas, Diözese Seckau im Jahre 1960 ins Leben gerufen. Seit dem Bestehen konnte in 120.000 Arbeitstagen notleidenden Familien geholfen werden.

Erwähnt sei auch noch die Bauernkrankenkasse, die zwar selbst noch ein bißchen krank ist, aber ich bin überzeugt, (Abg. Ileschitz: „Wir werden schon helfen, daß sie gesund wird.“ — Landesrat Wegart: „Glaubt das nicht, er hat selbst genug Sorgen!“) — Bravo —, daß auch die Bauernkrankenkasse etwas Erfolgreiches werden wird, vor allem dann, wenn wir auf die Unterstützung und das Verständnis unserer Ärzte rechnen dürfen, das ist das Entscheidende.

Wenn gerade im heurigen Jahr bei verschiedenen Sparten der Landwirtschaft wie z. B. beim

Vieh, Holz usw. echte Absatzschwierigkeiten aufgetaucht sind, so ist das ein lebendiges Beispiel, wie notwendig wir ein Arrangement zur EWG brauchen. Aber nicht nur deshalb, weil wir unsere Überschußprodukte absetzen wollen, sondern weil davon die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und überhaupt die weitere Aufwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft abhängt.

Als der Herr Staatspräsident Podgorny in Österreich war, hat er ja nicht allzu viel Freude gezeigt an dem Anschluß, aber ich bin der Meinung (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Denk an die Staats-Raison!“), es gibt ein altes Sprichwort, das hat sehr viel Wahrheit in sich: Nur mit dem Willen folgt die Tat. Und wenn halbwegs ein guter Wille vorhanden ist, so muß es möglich sein, daß man zwischen den Schranken der Neutralitätsverpflichtung, zu der wir uns selbstverständlich bekennen, denn der Bedarf zum Kriegführen ist für uns gedeckt. Außerdem hat's eh keinen Sinn, weil wir so jeden verspielen. Da werden wir uns gar nicht mehr den Kopf zerbrechen. (Heiterkeit, lebhafter Beifall.) Also müssen wir zwischen den Schranken und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten hindurch wirklich einen Weg finden, daß wir unsere Agrarprodukte absetzen können.

Beim Viehabsatz besteht die Hauptschwierigkeit darin, daß unser Hauptabsatzland Italien ist und heuer haben wir praktisch erlebt, daß die Italiener einen Abschöpfungsbetrag verlangen von derzeit 2,80 Schilling pro Kilo Lebendgewicht und 5.— Schilling für Fleisch, und dazu verlangen sie noch 16 Prozent Zoll, das heißt, daß es mit dem Viehexport vorbei ist. Diese Hürde können wir nicht überspringen. Und was das für den Bauern bedeutet, das kann sich jeder ohne Unterschied von Beruf und Stand ausdenken, wenn der Bauer die Einnahme nicht kriegt, mit der er rechnet. Außerdem ist da noch eine große Gefahr dabei, denn dadurch, daß wir jetzt so eine Stockung mit dem Vieh haben, werden die Bauern logischerweise mehr Kälber schlachten und weniger aufziehen, was in der weiteren Folge dann wieder wahrscheinlich die Ursache ist, daß man nachher wieder zu wenig hat. Wir haben am Schweine-Sektor das schon sehr reichlich erlebt. Um all diesen Dingen endlich einmal ausweichen zu können, ist es notwendig, daß wir Beispielen anderer Agrarstaaten folgen und daß eine intensive Marktforschung betrieben wird. Und zwar auf allen Sparten. Der Herr Landesrat Dr. Niederl wird darüber sicher noch ausführlich sprechen.

Am Holz-Sektor ist eine ähnliche Situation. Wir sind ein Holzausfuhrland und unsere Abnehmer sind wieder die Italiener und Deutschland. Wenn wir jetzt den jährlichen normalen Einschlag rechnen und dazu noch unglücklicherweise 1,4 Millionen fm Katastrophenholz, so ist das für die Forstwirtschaft eine ganz gewaltige Belastung. Es muß daher alles unternommen werden, daß wir diese Belastung der Forstwirtschaft

irgendwie beseitigen können. Weil wir jetzt gerade beim Holz sind, muß ich ein bißchen „außigrasen“, wie man so sagt. Und zwar im Zusammenhang mit den Katastrophen. Der Herr Abg. DDr. Götz hat in seiner Generalrede das Thema schon angeschnitten, daß Überschlagerungen usw. unter Umständen eine Ursache der Katastrophe sein könnten. Vielleicht, ich bin allerdings anderer Meinung. Es ist immer so im Leben, wenn irgendwo etwas passiert, dann muß einer daran schuld sein. Man nimmt das sehr leicht an. Man sagt, das Holz wird heruntergeschlagen, der Boden kann kein Wasser mehr aufnehmen, das Ganze rinnt herunter und das Hochwasser ist fertig. Das ist so eine Volksschulrechnung. In Wahrheit ist es aber nicht so. Wenn die Bauern etwas tiefer in die eiserne Sparkasse haben greifen müssen, so ist die Ursache die, weil der Bauer gezwungen war, die Schlagerungen vorzunehmen, um überhaupt seine Investitionen zu decken, um überhaupt Schritt halten zu können. Aber im gleichen Maß sind immer wieder Aufforstungen erfolgt. Die Landjugend ist da beispielgebend gewesen, ich weiß nicht, wieviel tausend Pflanzen gesetzt worden sind, also diese Wunden, die verheilen schon wieder. Die Ursache dieser Katastrophen, glaube ich, suchen wir nicht beim Bauern und nicht beim Wald, sondern die liegen vielleicht doch wo anders.

Es kann sein, daß ich weiße Mäuse sehe, aber die ganzen Atomversuche unter der Erde, auf der Erde oder in der Stratosphäre, die sind nicht von ungefähr, die bringen schon alles ein wenig aus dem Gleis. Denn wenn das nicht stimmen würde, dann wäre die Hagelabwehr auch für die Katz. Und es wäre besser, wenn sich die ganz gescheiten Leute den Kopf mehr zerbrechen würden, ob nicht die Ursache der ganzen Katastrophen sind, die da einfach so über uns hinweggehen.

Wegen dem Holz möchte ich noch sagen, ich bin kein Waldbauer, das muß ich zu meiner Rechtfertigung sagen, weil man immer sagt, die haben es schön, die sogenannten „Mercedes-Keuschler“. (Heiterkeit.) Das ist aber auch nicht so, liebe Freunde! Sicherlich kriegt man einen schönen Ertrag brutto, wenn man ein paar hundert Meter Holz hackt, aber wenn man die Werbungskosten wegrechnet und wenn man überlegt, daß es 100 Jahre braucht, bis die nächsten Bäume wieder zum Schlagen sind, das auf die 100 Jahre aufteilt, dann wird man sehen, daß gar nicht so viel drinnen ist, weil die ganzen Aufforstungskosten auch wieder getragen werden müssen. Und wenn das wirklich stimmen würde, daß die Forstwirtschaft soviel trägt, dann müßte der Herr Landesfinanzreferent so eine dicke Brieftasche haben, denn er ist der Referent der Landesforste.

Auf jeden Fall hat die Forstwirtschaft eine große wirtschaftliche Bedeutung, aber wir dürfen nicht glauben, daß die was weiß ich für Kapitalisten sind. Es hat jeder seine echten Sorgen und seine echten Schwierigkeiten.

Es würde natürlich viel zu weit führen, wenn ich die ganzen Probleme aufzählen würde, die uns in der Landwirtschaft bedrücken. Aber wenn wir die Sorgen und die Nöte der Landwirtschaft bewältigen wollen, dann darf das nicht ein Anliegen der Bauern allein sein, sondern das ist ein Anliegen des ganzen Volkes (Beifall), genauso wie das Bergarbeiterproblem kein Anliegen der Bergarbeiter, sondern auch im gleichen Sinne ein Anliegen des ganzen Volkes ist. (Beifall.)

Und ich möchte jetzt als Bergbauer ein sehr ernstes Wort sprechen. Uns Bergbauern und Bergarbeiter verbindet eine Schicksalsgemeinschaft, uns oben am Berg und die Kumpel — das kann ich nicht gut sagen, weil ich keiner bin, aber es heißt so — unter dem Berg. Beide haben seit vielen, vielen Jahrhunderten, die Kumpel unter den schwierigsten Bedingungen angefangen, das Erz oder die Kohle abzubauen und haben damit die kleinsten Voraussetzungen geschaffen für die ganz große Industrialisierung. Und die Bergbauern oben am Berg und die Bauern überhaupt am Land waren diejenigen, die unter den gleichen großen Schwierigkeiten mit der Rodung unserer Heimat begonnen haben und so ein Kulturland geschaffen haben. Und daher verbindet uns eine Schicksalsgemeinschaft, und wenn diese Menschen die Voraussetzungen geschaffen haben, so muß es Ehrensache sein, daß auch das ganze Volk uns echt hilft. (Beifall). Über das echte Helfen — darüber ist schon geredet worden heute — hat ja die Bundesregierung bereits ein praktisches Beispiel gebracht, und zwar in der Frage des Katastrophengesetzes. Sicherlich sind die Bauern vielleicht die Meistbetroffenen an diesen Katastrophen, aber indirekt trifft es alle, sind alle mit daran beteiligt, und da ist der Geist von Raiffeisen dabei: Alle zusammenhelfen, alle werden ihr Scherflein dazu beitragen, und gemeinsam können wir viel leichter mithelfen, diese Katastrophen wieder zu beseitigen. Tragisch ist nur das, was wir nicht mehr gutmachen können, die Menschen, die dabei ihr Leben lassen mußten. Aber es muß wirklich da der Geist der Ingenieure noch ein bißl mehr auf Draht sein, bei der ganzen Bauweise, kreuz und quer werden die Wege gebaut, und man denkt oft nicht, daß das oben hinunterrutscht, wenn man da irgendwo hineinfahrt in einen Steilhang. Jedenfalls muß da nicht nur der Steuerzahler mit seinem Scherflein dazu beitragen, sondern auch der Ingenieur mit seinem Geist, daß das richtig und sinnvoll gemacht wird.

Jetzt möchte ich noch kurz einen Blick in die Zukunft machen. Genauso wie die Industrie, das Gewerbe, ja sogar die Kirche sich auf die neue Zeit ausgerichtet haben, genauso gilt das auch für uns in der Landwirtschaft. Die sogenannte Vielfelderwirtschaft muß der Vergangenheit angehören. Früher hat es so gepaßt, als der Bauer nur die Ernährung für seine Familie sicherstellen hat müssen, aber jetzt ist es nur eine gewaltige Arbeitsbelastung, und da auch

wieder für die Bäuerin im besonderen, und bringt einen geringeren Ertrag. Die Landwirtschaftsbetriebe der Steiermark — und das gilt für ganz Österreich — müssen sich je nach Lage und Klima umstellen und spezialisieren, Spezialprodukte erzeugen, weil man diese Spezialprodukte viel leichter an den Mann bringen kann. Man kann ruhig sagen: Alles für seine Majestät, den Kunden. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat auf dem Gebiet durch ihren Beratungsdienst, durch die Umstellungsgebiete schon sehr fruchtbringend gewirkt. Und unsere Landjugend, auf die wir alle stolz sind, ist bereits bahnbrechend auf dem Gebiet. Nachdem aber die ganze Umwälzung, in der wir uns befinden, viel mehr Geist und viel mehr Wissen verlangt, ist es notwendig, daß es in Zukunft selbstverständlich ist, daß jeder Bauer eine Fachausbildung hat. Und es ist auch weiter notwendig, daß soviel als möglich bäuerliche Kinder studieren. Es ist gestern bei der Schuldebatte von irgend einem Kollegen der Sozialistischen Partei gesagt worden, es sind leider Gottes nur 8 Prozent studierende Arbeiterkinder. Ich muß sagen, ich gratuliere, meine Herren, bei uns sind es nur 2 Prozent. Das muß noch besser werden, damit der agrarische Geist und die agrarische Gesinnung noch viel mehr im Volk verankert wird.

Die Technik und der Fortschritt bringen nicht nur Bequemlichkeit, sondern auch viele Gefahren, und das fordert daher wesentlich mehr Wissen. Und die Bildungsstätten, ausgehend von St. Martin, der Geist vom Hofrat Steinberger hat uns schon lange den Weg dazu gezeigt. Ich will jetzt nicht überheblich sein, aber die Bauern des Ennstales sind beispielgebend auf dem Gebiet der Erzeugung von Qualitätsprodukten, die Bauern des Ennstales sind seit vielen Jahren im internationalen Konkurrenzkampf erfolgreich. Um hochwertiges Zucht- und Schlachtvieh und Molkereiprodukte auf den Markt zu bringen, wurde auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung in der Steiermark — ich danke dafür der Landesregierung, dem Referenten Landesrat Niederl, dem Herrn Landeshauptmann und allen, die mitgeholfen haben — eine Pionierarbeit geleistet. Wir dürfen mit Stolz feststellen, der gesamte Rinderbestand der Steiermark ist bangfrei. Und Bang ist eine schwere wirtschaftliche Niederlage für den betroffenen Bauern und auch für den Menschen äußerst gefährlich. Außerdem werden ab dem nächsten Jahr periodische Untersuchungen nach der Rinder-Tuberkulose durchgeführt, wo voraussichtlich 480.000 Rinder untersucht werden. Veterinärpolizeilich sind die Voraussetzungen geschaffen, und ich muß euch sagen, meine Bauern, jetzt ist es an euch gelegen, die Initiative zu ergreifen und alles, was nur möglich ist, herauszuholen.

Die größte Sorge aber, die uns überhaupt bedrückt, ist die schwer überlastete und überarbeitete Bäuerin. Es ist nicht nur unsere vornehme Aufgabe — fangen wir noch höher an

— aller verantwortlichen Agrarpolitiker, aller Politiker, es ist auch Aufgabe und Verpflichtung des Bauern selbst, daß er mithilft, daß die Bäuerin nicht in Arbeit erstickt, sondern daß die Seele des Hauses an Körper und Geist gesund bleibt. Im Rahmen der Hauswirtschaftsförderung liegen zur arbeitsmäßigen Entlastung unserer Bäuerin die Schwerpunktmaßnahmen in der Verbesserung der Technisierung des Haushaltes, damit wenigstens ein bißerl mehr Freizeit herauschaut, damit sie Erholung finden kann und daß sie sich um das vielleicht wertvollste irdische Kleinod überhaupt, um unsere Kinder, kümmern kann.

Wenn ich anfangs gesagt habe, das Bauernleben ist hart und schwer, so sind wir uns dessen bewußt. Das wird in Zukunft nicht anders sein. Wir müssen auch bereit sein, in Zukunft Opfer zu bringen. Und wenn wir diese Opfer mit dem Geist, mit der Idee Raiffeisens verbinden, eine große Gemeinschaft schließen und diesen Geist der Gemeinschaft wahren, starke Genossenschaften bilden, dann werden wir ohne weiters in der Lage sein... (Landesrat Sebastian: „Da wird der Peltzmann keine Freude haben!“) Da hat er eine Freude (Landesrat Peltzmann: „Da muß ich dem Kollegen Sebastian Recht geben!“)

Es ist auch notwendig, daß wir den christlichen Glauben nicht verlieren, weil es gerade der christliche Glaube war, der den Bauern die vergangenen Jahrhunderte hindurch über so manche Stürme hinweggeholfen hat und auch die Bauern zu einer verschworenen Gemeinschaft zusammengefügt hat. Und wenn uns das gelingt, dann bin ich überzeugt, daß auch der Bauer im nächsten Jahrtausend seine Aufgabe erfüllen wird. (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Schaffer das Wort.

Abg. Schaffer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Budget-Debatte im Vorjahr hat der Herr Abg. Hofbauer mit Entsetzen festgestellt, daß vor ihm 13 Redner in der Gruppe 7 kein einziges Wort zum Fremdenverkehr gesagt haben. Ich freue mich, daß heuer in der Gruppe 6 schon wiederholt der Fremdenverkehr erwähnt wurde. Auch ich möchte ganz kurz dazu Stellung nehmen.

Der Handelsverkehr Österreichs weist in diesem Jahr keine besonders glückliche Entwicklung auf, wiewohl wir auch wieder einen Exportanstieg zu verzeichnen haben. Stärker als die Exporte stiegen jedoch unsere Wareneinfuhren, so daß bis zum Ende des Jahres das Handels-Passivum eine von uns nicht erwartete Rekordhöhe erreicht haben wird. Es steht wohl außer Frage, daß wir uns sehr anstrengen müssen, die Wareneinfuhr zu steigern, um ein weiteres Ansteigen dieses Passivums ausschließen zu können. Nicht weniger wichtig und viel bedeutungsvoller ist jedoch für uns, daß sich unser Fremdenverkehr weiterhin aufwärts entwickelt. Mit dem erzielten Devisenüberschuß können wir das Handelspassivum einigermaßen abdecken.

Bekanntlich war im Jahr 1962 das Handelspassivum aus dem Devisenüberschuß aus dem Fremdenverkehr noch zu 97 Prozent gedeckt. In den folgenden Jahren fiel das Deckungsausmaß auf 90 bzw. 92 im vergangenen Jahr sogar auf 84 Prozent zurück.

Wie die Dinge nunmehr liegen, wird das diesjährige Außenhandelsdefizit durch Reisedevisen nicht einmal mehr zu 70 Prozent abgedeckt werden. Um den Devisenüberschuß aus dem Fremdenverkehr zu vergrößern, müßten wir nicht zuletzt einen lauten Appell an unsere Mitbürger richten, ihren Urlaub in ihrer Heimat zu verbringen, um unsere Deviseneinnahmen nicht überflüssigerweise durch wachsende Devisenausgänge für Reisen nach dem Ausland zu belasten. (Landesrat Gruber: „In der Tagespost haben wir von einer Aktion der ÖVP für Italien gelesen!“) In Jugoslawien freut man sich sehr, daß man auf eine 30 prozentige Steigerung zurückblicken kann. Österreich kann es sich als Fremdenverkehrsland gewiß nicht leisten, (Landesrat Gruber: „Die ÖVP hat für die alten Leute eine Urlaubsaktion in das Ausland geleitet. Der Fremdenverkehrsreferent ist Verlagsdirektor bei der Tagespost!“) — Herr Landesrat, — ich weiß das und wir alle wissen das — den Auslandsreiseverkehr durch gesetzliche Maßnahmen oder durch andere Zwangsmaßnahmen zu verhindern. Unsere Mitbürger müssen sich aber der Tatsache bewußt sein, daß unser Lebensstandard gefährdet wird, wenn wir nicht für einen Ausgleich unserer Zahlungsbilanz sorgen. Wir müssen aber auch bedenken, daß aus vielen Ländern keine Reisenden zu uns kommen, in die unsere Mitbürger aber wohl unsere Devisen hinaustragen. In diesem Jahr werden es ungefähr 4 Milliarden Schilling sein, das ist jener Milliardenbetrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, der uns abgeht, um das Passivum zu decken. Österreich steht als Fremdenverkehrsland mit allen anderen Fremdenverkehrsländern, auch mit jenen hinter dem Eisernen Vorhang in einer scharfen Konkurrenz oder in einem scharfen Wettbewerb. Wir stehen leistungsmäßig gegen diese Länder keineswegs zurück, denn wir bieten bei gleichem Aufwand keineswegs weniger als dort geboten wird, abgesehen davon, daß wir für unsere Mitbürger und für unsere Freunde im Ausland über eine vielfältige, reizende und waldreiche Landschaft verfügen. Und das bei besten klimatischen Bedingungen.

Meine Damen und Herren! Man verlangt von unserem Gast- und Beherbergungsgewerbe, daß es mehr Komfort biete; wiewohl die Steiermark sich keineswegs am Hauptstrom des Fremdenverkehrs befindet und die Ertragslage unserer Fremdenverkehrsbetriebe bedeutend ungünstiger ist als jene des Westens oder jene des Auslandes, ist auch bei uns sehr viel geschehen. Nur wissen das manchmal unsere Landsleute nicht. Wir wollen noch mehr bieten, doch dazu müssen uns unsere lieben Mitbürger in die Lage versetzen. Sie müssen vor allem dazu beitragen,

daß unsere Beherbergungs-Kapazität stärker als bisher ausgeschöpft wird. Vielerorts ist die Beherbergungs-Kapazität kräftig ausgebaut worden und die Verpflegs-Kapazität hinkt derart nach, daß die Verpflegung der Gäste in eine ernste Gefahr geraten ist. Im Durchschnitt ist hier in der Steiermark jedes Fremdenbett — es ist ja besorgniserregend — nur bis zu 90 Tage im Jahr besetzt. Dies ist begreiflicherweise zu wenig, um einen Ertrag zu erzielen, der zu einem weiteren Ausbau und zu einer größeren Leistung notwendig ist.

Ich habe schon oftmals erwähnt und immer wieder die Bitte an die Verwaltungsbehörden gerichtet, bei der Verleihung von Konzessionen auf die Küchenführung eine besondere Achtung und Rücksicht zu nehmen. Wir können nicht Fremdenverkehrswirtschaft betreiben, meine Damen und Herren, ohne dem Fremden das zu geben, was er sucht, ein gemütliches Heim, ein gutes Essen und ein gutes Bett. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Ansprüche unserer Gäste mit jedem Tag größer werden und ich glaube, keiner von uns will im Urlaub schlechter leben als zu Hause.

Und nun noch ein Wort zur Fremdenverkehrsgesinnung. In der Welt ist der Österreicher als der gastfreundliche, zuvorkommende und gemütliche Mensch bekannt. Halten wir uns daran, diesen Ruf nicht nur zu erhalten, sondern verstärken wir ihn durch unsere Jugend. Und ich glaube, hier könnte die Lehrerschaft entscheidend mithelfen. Mehr Öffentlichkeitsarbeit hätte einzusetzen, um jeden Mitbürger davon zu überzeugen, daß nicht nur die Wirte und Hoteliers den Nutzen aus diesem Wirtschaftsfaktor haben, sondern alle, wie wir in diesem Lande hier leben.

Man hat dem Fremdenverkehr in verschiedenen Kreisen nicht immer jene Bedeutung beigemessen, die ihm wirklich zukommt. Nun aber sieht man, daß es nur der Fremdenverkehr sein kann, um die passive Zahlungsbilanz auszugleichen. Das Land Steiermark hat durch Einsetzung erhöhter Beträge im Budget für die verstärkte Werbung seinen Beitrag dazu geleistet. Ich muß anerkennen, daß der Hohe Landtag den Belangen der Fremdenverkehrswirtschaft Verständnis entgegengebracht hat und entgegenbringt, aber es liegt auch an der Bevölkerung, mehr Verständnis für die Erfordernisse unserer Volkswirtschaft aufzubringen, von der sie letzten Endes lebt und zu deren Schwächung sie aber beiträgt, wenn sie ihr Geld, das sie schließlich hier verdient, nicht auch hier ausgibt. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Zagler das Wort. Dann kommt Herr Dipl.-Ing. Fuchs.

Abg. Zagler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe vor mir eine Menge Unterlagen liegen, Sie brauchen aber keine Angst zu haben, daß ich alle zur Verlesung bringen werde. Vielleicht wäre es gut, wenn ich es täte, denn es geht dabei wirklich um ein sehr ernstes Problem.

Wenn ich mich zum Unterabschnitt 78 „Förderung der Industrie“ zu Wort melde, dann deshalb, weil ich mich vor allem den Ausführungen meines Kollegen Lackner anschließen möchte, der von Bergbauern sprach, ich selbst aber vom „Bergbau“ spreche.

Ich glaube, der Kohlenbergbau bedarf genau so einer Sanierung wie die Landwirtschaft. Das ist eine Notwendigkeit.

Die Landwirtschaft hat schon seit Jahren den Grünen Plan, in dem festgehalten ist, was an Nahrungsmitteln in Österreich gebraucht wird — für manche vielleicht unverständlich — aber auch was überproduziert wird. Wir brauchen diese Überproduktion zumindest in Notzeiten.

Dasselbe trifft auch bei der Kohle zu. Wenn ich bis 1945 zurückblende und noch weiter, dann muß ich feststellen, daß nach jeder Katastrophe, die über Österreich hereinbrach, letzten Endes die Kohle der Grundenergieträger war, der uns wieder wirtschaftlich auf die Beine geholfen hat. Die Kohle war notwendig.

Im Jahre 1945 waren alle Berufssparten, Postangestellte, Wissenschaftler, Lehrer usw. zu uns in die Gruben gekommen, um Kohle zu gewinnen und damit aber auch sich selbst ihr Essen zu erwärmen. Damals war Österreich von der Außenwelt abgeschnitten. Ich möchte aber weiters aufzeigen, daß wir nach 1945 noch zweimal in eine Situation kamen, in der wir die Kohle sehr notwendig brauchten. Einmal war es jene Zeit, als die Suez-Krise eintrat. Damals standen wir kurz davor, wieder zu den Bergarbeitern gehen zu müssen, um zu bitten, daß sie Sonntagsschichten verfahren. Es sind sogar einige Sonntagsschichten verfahren worden, um die Wirtschaft und Industrie vor dem Erliegen zu retten, da kein ausländisches Öl hereinkam.

Die zweite Situation ergab sich durch den harten Winter 1962. Kurz vorher war es wieder einmal so weit, daß nach verschiedener Ansicht die Bergbaubetriebe reif zum Schließen waren. Dann schickte uns der Wettergott oder Petrus — ich weiß das nicht genau, denn ich war noch nie oben — den kalten Winter 1962. Ein übermäßiger Frost, der die Donau zum Zufrieren brachte, verschneite Pässe auf denen nichts hertransportiert werden konnte, waren die Folge. Damals waren wir froh, daß wir fast eine Million Tonnen Feinkohle auf Lager liegen hatten, um überhaupt in Österreich Energie zu erzeugen.

Ohne Kosten zu scheuen, die ein LKW-Transport erfordert, sind zu jener Zeit vom weststeirischen Revier LKWs mit Kohle beladen über den Packersattel Tag und Nacht gefahren, dazu kam noch der Kohlentransport mit der Bahn, um das Kraftwerk in Zeltweg zu speisen. Dies deshalb, um nicht die Industrie zum Erlahmen zu bringen und um genug Energie erzeugen zu können, damit die Wirtschaft nicht irgendwo schweren Schaden erleidet.

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Schein nicht trügt und daß wir uns auf steirischem Boden einig sind, unseren Energieträger nicht aufgeben zu können.

Das Problem selbst muß aber auch noch von einem zweiten Gesichtspunkt aus betrachtet werden. Die Steiermark fördert ca. siebenzig Prozent der österreichischen Kohle. Daher ist es zumindest erforderlich, daß wir von der Steiermark aus einen gemeinsamen Weg gehen.

Ich gebrauche den Ausdruck nicht gerne, aber es gab schon einmal eine Zeit, wo es hieß „fünf vor zwölf“. Wir befinden uns aber nicht mehr „fünf vor zwölf“ sondern bereits „zwei vor zwölf“. Es hatte ja schon tatsächlich den Anschein, daß die Bergbaubetriebe geschlossen werden müssen, — ich werde später nochmals darauf zurückkommen.

Man hat Prüfungen angestellt und bei all diesen übersehen — und da sind wir uns auch einig —, daß das Kohlenproblem kein wirtschaftliches, sondern schon mehr ein politisches wurde.

Menschen haben für einen Energieträger, den wir selbst nicht im genügenden Ausmaß besitzen, Propaganda gemacht. Vielleicht hätten diese dabei besser verdient?

Wir Betriebsräte und Gewerkschafter haben ein ganzes Paket Unterlagen ausgearbeitet, das wir den Prüfungen gegenüberstellten und die Beweise und Gegenbeweise erbrachten. Wir müssen die Kostenrechnung durchgehen und dabei möchte ich aber noch folgende Feststellung machen: Man müßte in erster Linie diejenigen Menschen und ihr Schicksal in den Vordergrund stellen, die dazu beitrugen, daß wir wirtschaftlich heute in Österreich so gut dastehen. — Es sind dies die Bergarbeiter.

Ich möchte dazu noch sagen, an der Spitze steht die Landwirtschaft, sie sorgte für unsere Ernährung. An zweiter Stelle kommen allerdings schon die Bergarbeiter.

Ich glaube die Bergarbeiter haben der Industrie — sei es der verstaatlichten oder privaten — Milliarden Schillinge gebracht, damit auf- und ausgebaut werden konnte.

Wir wollen für all dies keinen Lohn, wir wollen auch keinen Dank; aber als Bergarbeiter können wir wenigstens einen gesicherten Arbeitsplatz verlangen. (Beifall.)

Man spricht heute viel von Arbeitsplatzbeschaffung und Industrie Gründungen. Bis heute konnte ich jedoch noch nicht konkret in Erfahrung bringen, wo eine Industrie bei uns gegründet wird und welche Industrie aufgezogen werden könnte.

Zur Schaffung eines Arbeitsplatzes sind nach überschlägiger Berechnung ca. 250.000 bis 280.000

Schilling notwendig. Wenn man diese Beträge auf die Kohle umlegen würde, könnten dabei weit billigere Arbeitsplätze sichergestellt und der Kohlenbergbau in seiner derzeitigen Größe aufrecht erhalten werden.

Tausende von Bergarbeitern hätten die Sicherheit, ihre Arbeitsplätze zu behalten. Diese Arbeitsplätze könnten um Vieles billiger finanziert werden als eine neue Industrie, von der heute noch nicht bekannt ist, welche es sein soll. Eisen? Die haben wir ziemlich ausgebaut. Wir haben Produktionen, die wir exportieren müssen.

Auch alle übrigen Sparten sind ziemlich ausgelastet.

Und nun zur Kohle. Dazu möchte ich hier sagen, daß es auf diesem Sektor fast komisch anmutet, daß wir in Österreich ca. zehn bis elf Millionen Jahrestonnen verbrauchen, und in Österreich aber bisher nur 5,4 Millionen förderten.

Ich glaube, bei einiger Überlegung dürfte es keine Schwierigkeiten bereiten, die einheimische Kohle in Österreich unterzubringen. Wir müssen zur Eigenproduktion noch einführen. Aus diesem Grund glaube ich, daß wir alle zusammen und im besonderen die Bergarbeiter ein Recht darauf haben, daß die Arbeitsplätze in den Kohlengruben erhalten bleiben. Dies würde zum Nutzen der gesamten österreichischen Bevölkerung sein.

Wenn natürlich bewußt eine Propaganda betrieben wird, dies besonders durch Rundfunk und Presse, wobei die Kohle als schwarzer Ballast hingestellt wird — alle anderen Propagandaausdrücke möchte ich gar nicht aufzählen — dann muß jeder die Überlegung anstellen, ob die Kohlenproduktion nicht doch zum Erlahmen kommt.

Manche Firma hat sich nicht aus finanziellen Gründen auf Öl umgestellt, sondern der Propaganda wegen. Diese bewußt geleitete und in die Bevölkerung hinausgetragene Behauptung, daß es in einigen Jahren mit der Kohle Schluß sei, hat auch dazu beigetragen, daß es mit dem Bergbau so weit gekommen ist.

Ein Bergbau ist nicht so beschaffen, wie ein Laden oder eine Schuhhandlung, die man für 14 Tage schließen und dann wieder aufsperrern kann. Wenn eine Kohlengrube einmal geschlossen ist, ist aus ihr dann kein Energieträger mehr zu gewinnen. Die Aufschließung allein in der heutigen technischen Zeit würde ein Vielfaches der Offenhaltung kosten.

Ich glaube, es wäre ein Verbrechen, wenn wir die Kohle als Energieträger zum Versiegen bringen.

In Notzeiten würden wir sie bestimmt wieder notwendig brauchen.

Wenn in der bewußten Propaganda immer wieder von einer guten Wasserführung in den letzten Jahren gesprochen wird, dann muß ich feststellen, diese ist nicht schuld an dem Kohlenproblem.

Man braucht nur zu bedenken, daß Österreich ca. 22 Milliarden kWh Strom erzeugt und verbraucht.

Durch Wasserkraft — also Speicher- und Laufwerke — werden davon nur 16 Milliarden kWh erzeugt, so daß noch immer sechs Milliarden kWh Wärmestrom von anderen Energieträgern erzeugt werden müssen.

Wie schaut diese Zusammensetzung der Energieträger für die sechs Milliarden kWh aus? Sie müssen auf alle Fälle erzeugt werden, weil sie in Österreich nötig sind. Für diese sechs Milliarden liefert die österreichische Kohle zwölf Prozent. Für 50 Prozent wird zur Erzeugung ausländisches Öl herangezogen und der Rest inländisches.

Ich möchte hier auf alle Fälle feststellen, daß wir unbedingt einen Energie- und Wirtschaftsplan für Österreich brauchen. Als sozialistische Abgeordnete haben wir diesbezüglich schon einen Antrag eingebracht.

Es müßten vor allem zuerst die Wasserkräfte genützt, dann aber unbedingt die heimischen Energieträger zur Stromerzeugung herangezogen werden. Zum Spitzenausgleich soll man dann ausländisches Heizöl verwenden.

Ich glaube, daß ich jetzt über die grundsätzlichen Angelegenheiten gesprochen habe. Kohlenbergbau, Landwirtschaft und Bundesheer möchte ich auf einen Nenner bringen.

Die Landwirtschaft brauchen wir dringend für unsere Ernährung.

Das Bundesheer soll unsere Grenzen schützen. Ob für dieses die Anschaffungen gemacht werden müssen, die bisher getätigt wurden, darüber ließe sich streiten.

Kollege Lackner hat den schönen Ausspruch getan, er will lieber neutral bleiben, da wir noch jeden Krieg verspielt haben.

Ich selbst bin auch überzeugt, daß uns die beste Ausrüstung nichts nützt.

Wir brauchen ein Heer. Es ist uns aufgezwungen worden und dazu stehe auch ich. Aber wir müssen mit ihm nicht diesen Aufwand treiben, wie er zum Teil betrieben wird, das möchte ich hier ganz offen aussprechen.

Wenn zur Sicherung der Neutralität und unserer Wirtschaft drei Prozent vom Wehr-Budget hergenommen würden, dann könnte der Bergbau ohne jede Schwierigkeit weiterbetrieben werden.

Daß wir in Zukunft auch unsere Kohle brauchen, darüber, glaube ich, sind wir Steirer uns auch einig. Unsere Kohle muß nur richtig eingesetzt und verfeuert werden und zwar die Feinkohle als Grundlastträger für die Elektrizitätswirtschaft.

Wie hat man aber bisher gearbeitet?

Ich muß sagen, viele tragen die Schuld, daß es mit dem Bergbau so weit gekommen ist. Auch auf steirischem Boden bestand bisher keine Einigkeit.

Bergbauförderungen wurden gegeben, wie kamen diese aber zur Verteilung. Als Beispiel zeige ich nur die Verteilung der Bergbauförderung 1965 auf. Sie ist sehr interessant:

Im gesamten wurden 43,5 oder 43,6 Millionen Schilling als Bergbauförderungsmittel ausgeschüttet. Tauchen erhielt davon 16 Millionen Schilling, obwohl nur neun Millionen gefordert wurden. Bei der Aussprache, als es um die Förderung ging, war ich selbst dabei. Tauchen ist eben ein Privatbetrieb und da kann man nichts machen.

Dabei wird Tauchen bestimmt geschlossen. In meiner Anwesenheit versprach Minister Doktor Bock Tauchen 24 Millionen Schilling, wenn geschlossen wird.

Wenn ich der Besitzer dieses Betriebes wäre, der kaum sein Auskommen hatte, für die Schließung aber 24 Millionen Schilling bekomme, dann müßte ich ein fester „Pumperer“ sein, wenn ich dieses Geschäft nicht einginge. So günstig kann ich nie mehr zu Geld kommen. (Beifall.) Das sind Tatsachen.

Und nun zur Lakop. Auch sie ist ein Sorgenkind. In der Notzeit als Österreich dringend Kohle brauchte, erhielt der Besitzer von allen verantwortlichen Stellen die Zustimmung zur Abtäufung des Schachtes. Daß der Betrieb dann in Schulden kam und daß derzeit schwierige Abbaumöglichkeiten vorhanden sind und wir einen Kohlenpreis haben, der jeder Beschreibung spottet, und man dann den Betrieb einfach zusperret und sagt aus, Schluß, ist verständlich.

Man verfiel aber gar nicht auf den Ausdruck „zusperren“, sondern man wählte eine andere Ausdrucksform, man sagte das Kochler-Flöz schließen. Das ist das schönere, denn von dem anderen Flöz ist eh nix da.

Solche Ideen hat man. 3,5 Millionen Schilling bekam man dafür an Bergbauförderungsmitteln.

Und nun der deutliche Unterschied bei der Verteilung zwischen Tauchen und Lakop: Tauchen bekommt 16 Millionen Schilling Förderungsmittel mit 440 Beschäftigten und die Lakop mit 1600 Beschäftigten bekommt nur 3,5 Millionen. Dabei müßte man annehmen, daß ein Eigentümer in erster Linie auf seinen eigenen Betrieb schaut.

Als nächsten Betrieb möchte ich den Bergbau Habisch anführen: Der Betrieb liegt im Pöfingergebiet. Dort waren einige zwanzig Menschen beschäftigt. Man sagt, daß der Betrieb wegen Altersschwäche geschlossen wird. Dieser Betrieb bekam 1,3 Millionen Schilling.

Ich möchte zwar nicht allzu sehr über die steirischen Grenzen hinausschauen, doch von einem Bergbau will ich noch reden. Es ist dies der Bergbaubetrieb Hohe Wand und gehört der NEWAG. Er wurde in jener Zeit aufgemacht, da bei anderen von Schließung gesprochen wurde. 20.000 Tonnen beträgt die Jahresförderung. Soweit ich informiert bin, wurden in diesen Bergbau bisher fast 300 Millionen Schilling hineingesteckt. Daß dort die Tonne Kohle ziemlich was kostet, ist mir auch klar. Trotzdem stellte man im Jahre 1965 nochmals 300.000 Schilling Bergbauförderung zur Verfügung.

Bleiburg bekam 4,5 Millionen Schilling, Mitterberg 1,5 und Grünbach — wieder ein staatseigener Betrieb — 16,7 Millionen für die Schließung. Obwohl, das muß gesagt werden, im Bergbauförderungsgesetz wortwörtlich verankert ist, daß für Schließungskosten nur jene Beträge herangezogen werden dürfen, die für Förderung nicht aufgebraucht wurden.

Mit diesem letzten Betrag ist die Bergbauförderung 1965 zu Ende. Übrig und ohne Bergbauförderung ist jenes Land geblieben, das ca. 70 Prozent der österreichischen Kohle fördert. Es ist dies das Land Steiermark mit den Bergbaubetrieben Fohnsdorf und Bergla-Pöfing. Diese beiden haben nichts bekommen, für sie erklärte man, daß sie sich selbst erhalten müssen. Man bedachte aber dabei nicht, daß man dadurch, wenn man diesen beiden Betrieben nichts gibt, auch die Eisenindustrie schwer gefährdet.

Ich könnte noch eine Anzahl von Beispielen aufzeigen, wie unterschiedlich vorgegangen wurde. Ich habe genaue Unterlagen, die sehr interessant sind.

Wir hatten zum Beispiel einen Bergbaubetrieb in der Wieser Gegend. Er gehörte einem Herrn Rudolf Pfeiffer; ca. 80 Menschen waren dort beschäftigt, seine Kohle hatte er abgesetzt und angebracht. (Landeshauptmann Krainer: „Zagler, das ist ein Luftgeschäft, reden wir nichts darüber.“)

Wohl, sprechen darüber, reden wir darüber, es ist ein sehr interessantes Gebiet. Interessanterweise und überraschenderweise sagte man, zusperren, sogar in der Abwesenheit des Besitzers.

Vom Betriebsleiter und Betriebsrat verlangte die Oberste Bergbehörde die Schließung des Betriebes.

Dazu selbst wäre vielleicht noch nichts zu sagen. Aber die Schließung erforderte einen Kostenaufwand, den der Besitzer bis heute nicht refundiert bekam. Er bekam nur einen Teil.

Hierzu möchte ich sagen, daß sehr viele Briefe geschrieben wurden — ich habe die Unterlagen —. Jedenfalls sehr viel schrieb die ÖVP. Abgeordnete der ÖVP des Wahlkreises haben sich eingesetzt und haben dem Minister Bock geschrieben, wir halten das politisch nicht aus, zahlt den Pfeiffer aus. Dr. Bock hat mit keinem Ohrwaschel gewackelt. Der Minister Bock läßt die steirische ÖVP, wenn es nach Wiener Prinzip geht, wegsterben. Das geht aus den Unterlagen hervor.

Wir haben ein Kohlenkomitee gegründet, auf steirischer Ebene sind wir uns einig, ich bin aber heute nicht sicher, ob es in Wien genauso aussieht.

Wir haben Erklärungen des Landeshauptmannes da und ich glaube, daß er sie echt und wahrheitsgetreu aussprach und daß es stimmt, was er zu uns sagte. Ich muß aber feststellen und in Zeitungen lesen, daß Bock erklärte „Was geht mich das an, was der Landeshauptmann dort verspricht.“ (Abg. Karl Lackner: „Er wird schon noch draufkommen.“)

Bis heute weiß ich noch nicht, wo die Wahrheit liegt. Werden wir weiterarbeiten, müssen

wir in dieser ungewissen Situation noch immer mit unseren Kumpeln bangen, oder müssen wir tatsächlich schließen?

Ich möchte hier nicht noch auf mehr einzelne Probleme eingehen. Eines steht aber fest, ein Beamtenkomitee hat vom grünen Tisch aus eine Feststellung gemacht, vielleicht aus wirtschaftlichen Gründen und damit man vielleicht ein paar Schilling dabei mehr verdient? Oder haben einzelne Personen Interesse daran? Jedenfalls lag es bei dem Beamtenkomitee fest, daß der Karl-August-Schacht mit 31. März 1967, daß der Wozizky-Schacht mit 31. März 1969 und Pöfing-Bergla auch mit 31. März 1967 geschlossen werden.

Kein Wort stand in dem Bericht, wie die Menschen weiter untergebracht werden sollen.

Wenn dieses Problem nur strukturmäßig betrachtet wird, so haben mehr als die Hälfte der Bergarbeiter im guten Glauben, daß der Bergbau ein sicherer Arbeitsplatz sei, Eigenheime gebaut und Eigentumswohnungen gekauft. Heute ist es so weit, daß man den Kumpeln den Rat geben müßte, ihren Eigenheimen Unterteile anzubauen, mit denen sie es dann weiterziehen können. So sieht die Situation aus.

Wir müssen unter allen Umständen den Menschen in den Vordergrund stellen. Wir müssen in erster Linie den Bergbau aufrechterhalten und Pöfing wird noch Jahrzehnte laufen. Es sind in diesem Bergbau immerhin noch sechs Millionen Tonnen abbauwürdige Kohle.

Fohnsdorf wird auch noch eine jahrzehntelange Lebenszeit haben, dort sind noch 20 bis 40 Millionen Tonnen Kohle vorhanden.

Anders sieht es im Köflacher-Revier aus. Dort stehen wir vor der Tatsache echter Auskohlung. In ca. drei Jahren wird ein Betrieb, der vor rund sechs Jahren noch 1400 Beschäftigte hatte und bereits auf 300 absank, zur Gänze durch Auskohlung zum Erliegen kommen.

Wir haben bereits im Bezirk 1600 Pendlern, vor wenigen Jahren waren es noch 1000, einige hundert hatte der Bezirk immer, weil die Spezialfacharbeiter oft nur in Graz usw. eine Arbeitsstätte in ihrem Fach finden. Aber durch die Schlammkatastrophe stieg die Zahl der Pendlern dann auf 1600.

Im Bezirk Deutschlandsberg liegt die Zahl bei 4000, dort gibt es praktisch nur den einzigen größeren Betrieb Pöfing-Bergla, wenn auch dieser geschlossen würde, wären es noch weit mehr.

Ich könnte daher die Industrieförderung sehr bejahen. Aber dann dort, wo sie echt am Platze ist. Ich glaube in erster Linie in jenen Gebieten, wo die Auskohlung bevorsteht und auch in jenen Gebieten, wo kleinere Bergbaubetriebe mit 20, 30, 80 und hundert Beschäftigten zum Erliegen kamen.

In diesen Gebieten muß getrachtet werden, neue Industrien hinzubringen. Vor allem auch deswegen, um die nachwachsende Jugend mit Arbeitsplätzen versorgen zu können, damit sie nicht ebenfalls zu Pendlern werden.

Das Grenzland mit neuen Industrien zu versorgen ist am notwendigsten, aber es muß auch

echt getrachtet werden, Ersatzindustrien in Bergbaugebieten, die vor der Auskohlung stehen, anzusiedeln.

Bis heute konnte ich nicht in Erfahrung bringen, welche Industrien und in welcher Größenordnung angesiedelt und ausgebaut werden sollen.

Es ist uns nicht geholfen, wenn wir Industrien unterstützen, die ein Geschäft wittern. Es gibt auch auf diesem Sektor Aasgeier, vielfach auf dem privaten Sektor. Die werden von verschiedenen Seiten unterstützt. (Abg. Fuchs: „Vorsicht was Sie reden!“)

Da brauche ich keine Vorsicht haben, wir haben genug Beispiele. Innerhalb von ein oder zwei Jahren gehen sie in Konkurs oder in den Ausgleich, die Arbeiterschaft steht letzten Endes wieder ohne Arbeitsplatz da. Mit solchen Betrieben ist uns nicht geholfen und gedient. Wir müssen mit Betrieben rechnen können, die auch tatsächlich eine Zukunft haben.

Ein Beispiel möchte ich in diesem Zusammenhang aufzeigen.

In Kärnten bot sich eine Firma an, eine Industrie zu errichten und zwar eine Erzeugungsfirma für Spezialbohrer, die bisher in Österreich nicht erzeugt werden. Der Vertrag wurde abgeschlossen. Man hat gebaut, die Lizenz wurde aber an die Steyr-Werke verkauft.

Mit 1. Jänner 1967 wird die Firma ihre Produktion aufnehmen, aber was erzeugt sie? Dasselbe was der staatseigene Betrieb Ferlach auf der anderen Seite des Berges erzeugt. Man bringt dort wohl 200 Bergarbeiter von der Laskop unter, aber auf der anderen Seite muß man unter Umständen 200 Metallarbeiter entlassen. Niemand nimmt darauf Rücksicht.

So wird unserer eigenen Wirtschaft Schaden zugefügt. Mit solchen Dingen ist uns nicht geholfen.

Wir müssen echt trachten — Bund, Land und Gemeinden sind ja dafür zuständig —, daß Industrien angesiedelt und Arbeitsplätze beschafft werden, aber nur solche, die für die Arbeiter im allgemeinen und in erster Linie für die freiwendenden Bergarbeiter eine Zukunft haben.

Abschließend möchte ich nochmals wiederholen: Energieplan — Grundlast-Fahren mit Kohle auf kalorischer Basis und Heizöl nur zum Spitzenausgleich verwenden, da wir dieses ja letzten Endes gegen Devisen einführen müssen.

Wir können unseren Fremdenverkehr noch so viel fördern, wenn wir auf der anderen Seite immer so einkaufen, daß es uns zum Schaden gereicht, dann werden wir auch mit den Geldern des Fremdenverkehrs nicht mehr imstande sein, die Löcher zu stopfen und werden in Zukunft noch mehr Staatsschulden bekommen.

Bei allen Überlegungen heißt es aber in erster Linie den Menschen in den Vordergrund zu stellen und die Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen.

Ich hoffe, daß sich doch noch früh genug Menschen einigen und zusammenfinden, die das Gute verteidigen.

Eines möchte ich noch sagen, wir Bergarbeiter haben ein Anrecht auf einen gesicherten

Arbeitsplatz und der Bergarbeiter wird diese Ansicht auch mit aller Vehemenz verteidigen.

Ich weiß nicht, ob es mit den 140 Millionen Schilling stimmt, die uns als Bergbauförderung zugesichert wurden, mir fehlt nämlich noch der Glaube. Ich glaube zwar unserem Landeshauptmann, ob er aber stark genug gegen Wien ist, ob er auch dort durchkommt, da bin ich noch nicht so sicher.

Hoffentlich wird er nicht über den Semmering zurückgebeutelt. (Landesrat Wegart: „Die haben ihn schon öfters gebeutelt!“)

Wir jedenfalls werden in Zukunft alles auf's Tapet bringen. Wie es hieß, Tauchen würde gesperrt, war ich einer derjenigen, die sofort dagegen auftraten. Man hat dann diese Schließung zurückgenommen, obwohl die Beschäftigten bereits die Kündigung in der Hand hatten. Die Kündigung wurde hinausgeschoben. Allerdings werden wir Tauchen nicht retten können, wenn man für die Schließung solche Geldgeschenke angeboten bekommt. Dieses Geschäft würde nämlich jeder angehen. Ich bin überzeugt, daß auch ich es angehen würde.

Alle anderen Betriebe brauchen wir aber zur Sicherung unserer Neutralität in Österreich. Es könnte sonst wieder einmal vorkommen, daß wir durch eine Katastrophe zum Erliegen kommen, oder zumindest knapp daran vorbeigehen.

Wenn die Ernährung und Energie nicht gesichert ist und wir sie eines Tages nicht mehr haben, dann werden wir als Staat nicht weiterleben können. Glück auf. (Beifall.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs hat das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich gekommen, um zum Kapitel 76 und 78 Allgemeine Verkehrsförderung und Förderung der Industrie zu sprechen. Es ist aber, glaube ich, doch in Anbetracht dessen, was der Kollege Zagler eben von hier aus gesagt hat, notwendig, zumindest eine ganz kleine Anmerkung zu machen. Der Herr Kollege Zagler — und ich verstehe seine ehrlichen Bemühungen und ich sehe auch seine wirkliche innere Not, aus der er herauspricht und seine Bestrebungen für die Bergleute, das will ich ihm alles hier zugute halten. Aber, Herr Kollege Zagler, Sie tun den Bergarbeitern keinen guten Dienst, wenn Sie mit Pauschalverdächtigungen gegen alle die vorgehen, die möglicherweise in diesen Gebieten einen Betrieb gründen können. (Abg. Zagler: „Nicht mit Pauschalverdächtigungen, ich habe gesagt einzelne!“) Nein, Sie haben gesagt, wir kennen schon die Aasgeier, die dann kommen.

Sie haben auch weiters gesagt, Sie möchten einmal wissen, wo eine Industrie ist, die dort aufmacht. Ich bitte, bei einigen Kollegen ihres Klubs nachzufragen, es gibt Industrien, die sich in diesen Gebieten niederlassen, und ich kenne einen Betrieb, der bereits in Graz — zugegebenermaßen noch nicht viele — Bergleute einschult. Es ist also wirklich in diesem Zusammenhang nicht notwendig, daß man solche Demago-

gie treibt, daß man hier sagt, die Aasgeier. Natürlich gibt es überall ordentliche Leute, und es gibt überall auch andere. (Abg. Zagler: „Ich habe genau getrennt!“)

Aber, Herr Kollege Zagler, es ist immer besser, das Positive zuerst zu sehen und dann das Negative. Denn nur gemeinsam werden wir das Problem lösen.

Sie sind mir mit dem Negativen zuerst gekommen. Und wenn Sie sich erinnern an die Landtagsdebatte vor einigen Wochen, da haben wir gemeinsame Beschlüsse gefaßt, und ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, in diesem Zusammenhang dann von privaten Aasgeiern zu reden. (Zwischenruf von der SPÖ „Wer sich betroffen fühlt!“)

Wer sich betroffen fühlt, jawohl. Das ist eine sehr passende Bemerkung. Ich möchte mich freuen, wenn der Kollege sich wenigstens melden würde, der das gesagt hat. Ich bin gern bereit, nachher darüber zu sprechen, mit Vergnügen. (Präs. Afritsch: „Mit dem Säbel oder mit dem Revolver?“ — Abg. Pölzl: „Nein, mit dem Geist!“)

Nein, ich glaube, das wird nicht notwendig sein. (Präs. Afritsch: „Das war gar nicht so böse gemeint!“)

Herr Präsident, ich bin der letzte, der hier in dieser Angelegenheit die Dinge zu ernst nimmt. Nur können Sie mir wirklich nicht zumuten, daß ich sitzenbleibe und zuhöre, wenn man von den privaten Aasgeiern spricht in einer Angelegenheit, wo sowohl die verstaatlichte als auch die Privatindustrie zusammenhelfen müssen, um die Strukturprobleme zu lösen. Ich glaube, in dem Zusammenhang soll man überhaupt nur schauen, das Positive zu sehen und nicht von Haus aus kommen und sagen, was weiß man, wie das wird. (Beifall ÖVP.) Ich bin bestimmt ein friedlicher Mensch. (Abg. Zagler: „Warum muß man immer polemisieren! Haben wir nicht schon Fälle genug erlebt, wo Geld hineingebuttert worden ist und Arbeitsplätze sind keine geblieben?“)

Herr Kollege Zagler, es gibt Gutes und Schlechtes auf allen Seiten.

Es ist etwas anders herausgekommen. Ich möchte wirklich nicht hier mich in einen Streit einlassen, sondern ich wollte nur feststellen, daß wir schon von uns aus, soweit es uns anlangt, alles tun werden, was notwendig ist.

Im Kapitel 76 ist, wie der Berichterstatter bereits erwähnt hat, die Allgemeine Verkehrsförderung enthalten, und hier sind fast 4,5 Millionen Schilling eingesetzt. Von diesen 4,5 Millionen Schilling bekommt 1.100.000 Schilling die AUA als Landesleistung, sowie eine Ausfallshaftung für die Fluggesellschaft von 360.000 Schilling. Diese Beträge sind erfreulich, und wir sind sehr froh, daß wir auch in Graz einen gewissen Anschluß an das internationale Flugnetz gefunden haben. Auf der anderen Seite wäre aber gerade im Zusammenhang mit diesen Ziffern zu vermerken, daß die AUA Graz etwas stiefmütterlich behandelt.

Das erste Flugzeug, das aus Wien in Graz eintrifft in der Früh, ist um 9.20 Uhr in Graz und

bringt eigentlich keine Passagiere von Maschinen, die aus irgendwelchen europäischen Staaten oder von anderen Flugplätzen am selben Tag gestartet sind. Noch dazu läuft sie parallel mit dem neuen Städte-Schnellverkehr, der zur selben Zeit, nämlich um 9.28 Uhr, in Graz eintrifft. Es gibt dann eine Maschine, die um 9.50 Uhr nach Linz und Frankfurt startet, und es ist hier schon vom Herrn Landesrat Bammer das letzte Mal diese Fluglinie besonders erwähnt worden. Sie ist gut frequentiert, nur ist die Zeit wieder so gelegt, daß eigentlich die Ankunft mit 12.40 Uhr in Frankfurt zu spät ist, um in dem Raum Mainz-Offenbach-Mannheim-Frankfurt an dem Tag wirklich noch etwas erledigen zu können. Was vielleicht noch ärger ist, ist die Tatsache, daß die Gegenmaschine bereits um 14.25 Uhr ab Frankfurt geht, das heißt der Geschäftsmann, und das sind nun einmal die, die diese Fluglinie am meisten ausnützen werden, denn Urlauber werden kaum nach Frankfurt fliegen, hat kaum Gelegenheit, im Raume Frankfurt etwas zu erledigen. Er hat auch in Linz kaum Gelegenheit, etwas zu erledigen, denn er kommt um 10.40 Uhr in Linz an, es ist also nur zwei Stunden bis zur Mittagszeit, und die Angelegenheit bedeutet auf jeden Fall wieder eine auswärtige Übernachtung. Die Maschine kommt dann zurück und es ist ein Flug ab 17.45 Uhr ab Graz, der um 18.30 Uhr in Wien eintrifft. Diese Maschine ist besonders unglücklich gewählt, denn sie versäumt nur um wenige Minuten Anschlüsse nach Frankfurt und Zürich, etwas, was also gänzlich unverständlich ist, denn wenn eine Fluglinie für Graz eine Bedeutung hat, doch nur die, den Zubringerdienst für die Fluggesellschaften und für die internationalen Verbindungen nach Graz zu bringen. Es wäre also ein Vorschlag ungefähr dahingehend, daß die Maschine von Wien nach Graz so abfliegen müßte, daß sie die wesentlichen Anschlüsse aus Frankfurt, Zürich, Amsterdam und München nach Graz herbringt. Es hat so eine Fluglinie einmal gegeben, und es war möglich, am Abend ungefähr um 7 Uhr in New York wegzufliegen, in der Früh um 10 Uhr in Wien zu sein, es war dann ein Anschluß um 11.05 Uhr, und man war um 11.50 Uhr in Graz. Es wäre sehr anzuregen, diese Fluglinie doch wieder aufzunehmen, denn sie hat sich sehr bewährt und war auch immer bestens besetzt. Diese Maschine hätte dann die Möglichkeit, weiter nach Klagenfurt zu fliegen. Es wäre eine Ankunft ungefähr um 1 Uhr in Klagenfurt — und könnte dann weiter nach München geführt werden, und es wäre dadurch die Möglichkeit gegeben, wieder die Anschlüsse nach Düsseldorf usw. ab München zu bekommen. Es könnte dann ein Rückflug ab München etwa um 3 Uhr sein, und wir wären dadurch wirklich in das europäische Flugnetz eingebaut und nicht ein Bißerl am Abstellgleis für Maschinen, bei denen man öfter das Gefühl hat, nachdem sie nichts besseres wissen, lassen sie sie nach Graz fliegen.

Die zweite Post, meine Damen und Herren, zu der ich reden möchte, ist die Position Nr. 78, die Industrieförderung. Hier ist ein Betrag von rund

800.000 Schilling für Planung, Forschungsgutachten und Berufsförderung eingesetzt. Diese Position Nr. 78 mit diesem Betrag erscheint ziemlich bedeutend. Der Betrag ist allerdings nicht sehr groß. Wenn man aber dazu in den Erläuterungen liest, was mit diesen 800.000 Schilling alles erreicht und getan werden soll, dann ist es geradezu aufregend. Ich darf Ihnen das kurz vorlesen. Es steht hier: Beiträge zum Aufschluß von Rohstoffen, Auslagen für fachtechnische Kommissionen, Aufwand des Landwirtschaftsrates für Industrieplanungen und zu Förderungsarbeiten. Die Forschungsarbeiten der einzelnen technischen Lehrkanzeln in Graz sind auch im Interesse der steirischen Wirtschaft gelegen und rechtfertigen eine größere Subventionierung. Außerdem soll aus diesen Mitteln das Berufsförderungsinstitut mit 80.000 Schilling und der Verein zur Förderung der Elektronenmikroskopie und der Kernenergie gefördert werden. Alles das mit 800.000 Schilling! Es ist mir klar, daß hier nur von Beratung und Untersuchungen die Rede sein kann, aber jede Förderung und jede Strukturverbesserung setzt doch eine intensive Planung und Grundlagenuntersuchung voraus und Analysen, und es wäre vielleicht anzuregen, entweder den Betrag zu erhöhen oder zumindest den Katalog der Dinge in den Erläuterungen etwas zu verkürzen, denn die Dinge scheinen nicht ganz zusammenzupassen.

Nun, es ist uns klar, daß gerade im Zusammenhang mit den Problemen, die Herr Kollege Zagler so eingehend erläutert hat, natürlich die Planung und die Analyse der Gegebenheiten eine Voraussetzung sein wird. Der Begriff Planung ist ein Begriff, der die Gemüter sofort erhitzt, denn die einen verstehen darunter einen Dirigismus und reden von Planung und die anderen planen zwar, vermuten aber einen Dirigismus und sind daher gegen die Planung. Und so kommt es, daß wir uns ständig mißverstehen, weil wir alle eigentlich, ganz gleich, welcher politischen Richtung wir angehören, ja zur Planung sagen, aber doch zum Teil nein zum Dirigismus. In diesem Mißverständnis und in dieser fälschlichen Auslegung des Wortes Planung ergeben sich dann immer hitzige Debatten. Es ist selbstverständlich, daß keine soziale Marktwirtschaft und auch wenn Sie wollen keine kapitalistische oder kommunistische oder überhaupt jede Form der Wirtschaft ohne Planung auskommen wird. Es ist nur die Frage, wie weit der einzelne im privaten Bereich und wie weit der Staat zu planen hat. Wir sind der Meinung, daß der Gesetzgeber in jedem Fall das oberste Planungsorgan ist, denn wir wissen alle, daß über das Budget oder, wie wir heute gehört haben, auch über ein Steuersystem auf jeden Fall Eingriff genommen wird in die Dinge, und dieses Eingreifen, diese Zukunftsvorhersage, um dann Maßnahmen zu treffen, um die Zukunft möglichst zu beeinflussen, das ist ja Planung. Nun ist Planung, so schön sie auch ist, keineswegs etwas, was immer richtig ist und immer funktioniert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine OECD-Empfehlung aus dem Jahre 1956, wo

ungefähr so zu lesen stand, daß die westeuropäischen Staaten ihren Kohlenbergbau so stark und so kräftig als möglich ausbauen sollen, was damals durchaus richtig war.

Der weitere Satz, der aber dazukommt, zeigt, daß man sich auch irren kann. Es steht nämlich dort: Das werden die westeuropäischen Staaten nie bereuen müssen. Das wird also eine Investition sein, die auf alle Zeiten zweckmäßig erscheinen wird. Wir wissen heute, daß es natürlich einen Kohlenbergbau gibt, der ökonomischer ist und einen, der weniger ökonomisch ist. Wir wissen, daß die Probleme der Braun- und Steinkohle etwas sind, was man damals, als nämlich die Wirtschaft im ersten Aufschwung war, nicht so erkannt hat und daß die beste Planung und der beste Versuch der Vorhersage der Dinge nur kurzfristig Gültigkeit haben kann, weil sich die Voraussetzungen ständig ändern.

Das zweite, das noch in diesem Kapitel zu behandeln wäre, wäre die Forschung. Nach Erhebungen der Bundeswirtschaftskammer und auch der Arbeiterkammer werden in Österreich im Jahre etwa 700 Millionen Schilling für die Forschung aufgewandt, und zwar von der Wirtschaft, das ist also sowohl die private als auch verstaatlichte etwa 450 Millionen und vom Staat 250 Millionen. Dieser Betrag von 700 Millionen Schilling entspricht etwa 0,3 Prozent des Bruttonationalproduktes. Demgegenüber werden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa 3,1 Prozent, in den Niederlanden 1,8 Prozent, in Frankreich 1,5 Prozent, in Deutschland 1,3 Prozent usw. usw. für die Forschung ausgegeben. Wir sehen also, daß wir in Österreich etwa ein Fünftel des europäischen Durchschnitts für die Forschung aufwenden, und es ist ja allerorten und überall die Meinung, daß etwas zu geschehen hat und daß der Gesetzgeber auf steuerlichem Wege hier Begünstigungen schaffen soll und ja auch schafft, um eine intensivere Forschung zu ermöglichen.

Die Auswirkungen der nicht vorhandenen oder der zu geringen Forschung zeigen sich ja an den Ergebnissen. Es gäbe viele Möglichkeiten, dies nachzuweisen. Ich habe mir hier etwas ausgewählt, und zwar die Lizenzbilanz Österreichs, das sind die Lizenzen, die von österreichischen Firmen genommen werden und die von österreichischen Firmen gegeben werden, miteinander verglichen. Diese Bilanz sieht für das Jahr 1965 so aus, daß Österreich für etwa 400 Millionen Schilling Lizenzen genommen hat, aber nur für etwa 100 Millionen Schilling Lizenzen gegeben hat. Die Schweiz, deren Aufwand für Forschung etwa in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland liegt, hat Lizenzeinnahmen von 1,2 Milliarden Schilling. Also das Mißverhältnis und vor allem der Effekt so einer Investition in die Forschung geht aus dem eindeutig hervor.

Auf der anderen Seite geben wir aber sehr viel Geld für eine Entwicklungshilfe aus, die

uns eigentlich gar nicht angemessen ist. Es werden z. B. aus Österreich jährlich etwa 50 Diplom-Ingenieure, für die der Staat einen Ausbildungszuschuß von rund 100.000 Schilling geleistet hat, in die Bundesrepublik Deutschland exportiert. Dieser Export an geistiger Qualität allein auf dem Sektor der Diplom-Ingenieure bedeutet, daß wir der Deutschen Bundesrepublik in jedem Einzelfall etwa 800 DM jährlich an Entwicklungshilfe bringen. Es ist sicher beachtlich, daß wir das leisten können, aber es ist keineswegs zweckmäßig, noch dazu, wenn, wie wir gehört haben, wie früher der Herr Landeshauptmann ausgeführt hat, wir ja selbst unsere Stellen kaum besetzen können und wir an allen Stellen, ob das jetzt in der Industrie ist oder in der Verwaltung, einen enormen Mangel an Fachkräften und auch Diplom-Ingenieuren haben.

So wenig erfreulich das Bild der Forschung und die ganze Situation unserer Entwicklungs- und Forschungsanstalten in Österreich ist, so muß man doch sagen, daß die Steiermark zumindest gezeigt hat, daß die Dinge auch besser angegangen werden können und daß durch ein Interesse des Landes eine Forschungsförderung schon stattfinden kann. Es ist in diesem Hause schon mehrmals Gelegenheit gewesen, auf die kooperativen Forschungsinstitute hinzuweisen, die am 21. November 1966 vom Herrn Bundeskanzler ihrer Bestimmung übergeben wurden und deren Bedeutung für die steirische Wirtschaft und auch für die Verwaltung des Landes ja unbestritten ist. Ich glaube, gerade dadurch, daß das Land Steiermark hier Mittel eingesetzt hat und Kräfte aus der Wirtschaft mobilisiert hat, um durch diese Mittel auch beizutragen, haben wir gezeigt, wie die Dinge anzugehen sind, denn es ist nicht so, daß man Forschung nur von Staats wegen betreiben kann oder auf rein privater Basis, sondern es kommt eben auf diese Kooperation aller interessierten und vor allem aller verantwortlichen Stellen an.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß darf ich noch eine Post begrüßen, die zwar auch nicht besonders großzügig dotiert ist, die sich aber doch immerhin bewährt hat, und zwar sind das die 200.000 Schilling für Rationalisierungsmaßnahmen der Klein- und Mittelbetriebe. Hier kann es sich wieder nur darum handeln, daß ein Beratungsdienst und eine gewisse theoretische Vorarbeit für solche Rationalisierungen geleistet wird, denn mit 200.000 Schilling werden wir nicht einmal einen, geschweige denn mehrere Klein- oder Mittelbetriebe rationalisieren. Aber es zeigt, daß wir den Interessen und den Problemen gegenüber aufgeschlossen sind, und ich glaube, wenn auch oft nicht geholfen werden kann, so ist es doch wesentlich, daß der Gesetzgeber zumindest sein Interesse bekundet, wenn auch die Möglichkeiten nicht immer da sind, wirklich Wesentliches zu tun. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Ich darf die Diskussion wieder zurückführen auf die Gruppe 7, auf die Landwirtschaft. Die Gruppe 7 ist ja auch das Kernstück der steirischen Landwirtschaftsförderung. In der Gruppe 7 sind auch die materiellen Grundlagen für das landwirtschaftliche Schulwesen gelegt. Die Ansätze für das landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen betragen, wenn man sie zusammenzieht, immerhin 30 Millionen Schilling. Das sind 1 Prozent des gesamten steirischen Budgets. Wir konnten für das Jahr 1967 eine Steigerung um 4 Millionen Schilling erreichen. Allein für die Gewährung von Studienbeihilfen an landwirtschaftliche Fachschüler sind im Voranschlag 1967 700.000 Schilling vorgesehen, die es uns ermöglichen, auch den wenig Begüterten den Zugang zur Fachschule zu ermöglichen. Wir sind gerade für diese Post sehr dankbar, weil wir doch einen nicht unbeträchtlichen Teil von Fachschülern aus mittel- und kleinbäuerlichen Verhältnissen haben.

In den oben erwähnten 30 Millionen Schilling sind allerdings die Beträge, die für Schulneubauten und Adaptierungen im a. o. Voranschlag vorgesehen sind, nicht enthalten. Sie umfassen weitere 8,9 Millionen Schilling und gewährleisten damit den Baubeginn an zwei weiteren neuen Fachschulen, und zwar in Stainz und in Stein.

Die Investitionen des Landes Steiermark auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Schulwesens können als beispielhaft angesehen werden. Das Land hat mit diesen Investitionen eine bildungsfreundliche Einstellung gezeigt. Angesichts dieser Tatsache erhebt sich allerdings die Frage, ob die bäuerliche Jugend dieser Förderung würdig ist, ob sie die Leistungen zu schätzen weiß und die gebotenen Chancen auch tatsächlich nützt? Diese Frage ist mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. Die Bildungsbereitschaft und der Bildungswille waren sicherlich nie größer als heute. Derzeit verfügen wir in der Steiermark über insgesamt 16 landwirtschaftliche Fachschulen. Acht für Burschen und acht für Mädchen, das ist sehr beachtlich. Diese werden alljährlich von etwa 900 Burschen und Mädchen besucht. Unsere 16 Fachschulen sind auf Monate hinaus vor Schulbeginn bereits besetzt. Allein im heurigen Jahr müssen wir 112 Burschen und 96 Mädchen zurückweisen, weil uns die entsprechenden Plätze in den Schulen fehlen. Die Schulfreudigkeit in der bäuerlichen Jugend ist darüber hinaus außerordentlich stark im Zunehmen. In den letzten 10 Jahren konnte die Zahl der Absolventen bei den Burschen von 179 des Jahres 1956 auf 290 des Jahres 1966 gesteigert werden. Das bedeutet, in Prozenten ausgedrückt, eine Zunahme um 62 Prozent. Wenn man den Fachschulbesuch der letzten drei Jahre mit dem zwanzigjährigen Durchschnitt in Vergleich setzt, so ergibt dies außerdem eine sehr beachtliche Zuwachsrate. Die stärksten Zunahmen weisen die ost- und weststeirischen Bezirke auf. An der Spitze liegt der Bezirk Weiz mit einer Zunahme

um 150 Prozent, gefolgt vom Bezirk Deutschlandsberg mit 112 Prozent und Feldbach mit 101 Prozent. Es sind dies allerdings auch jene Gebiete, in denen der Fachschulbesuch bisher relativ niedrig war und die erst in den letzten Jahren fachschulmäßig gut erschlossen werden konnten.

Beim Ausbau des Fachschulwesens sind wir allerdings noch keineswegs am Ende. Das Ziel aller Bemühungen muß es sein, jedem zukünftigen Hofübernehmer, zumindest jenem eines Vollerwerbsbetriebes, eine Fachschulbildung für den späteren Beruf mitzugeben.

Wenn wir uns die Frage stellen, wo wir heute angelangt sind, so können wir feststellen, daß in der Obersteiermark derzeit im Durchschnitt auf 100 Hofübernahmen von Vollerwerbsbetrieben 42 Fachschulabsolventen kommen. Das ist eigentlich schon sehr viel. In der Oststeiermark sind es allerdings nur mehr 18, in der Mittel- und Weststeiermark sogar nur 15. Das Ziel, das wir uns gesetzt haben und das wir mit aller Anstrengung anzustreben haben, liegt demnach noch in einiger Ferne. Es wird eigener Informations- und Werbeaktionen bedürfen, um auch jenen Teil der bäuerlichen Jugend für den Fachschulbesuch zu interessieren, der bisher noch nicht zu unseren Schulen gefunden hat. Wir haben wahrlich keine Zeit zu verlieren. Gerade in einem Jahrzehnt, in dem wir den Versuch machen, mit der Landwirtschaft vorzustoßen in den europäischen Raum und in dem wir in Konkurrenz zu treten haben mit der Landwirtschaft anderer Länder ist es unsere Verpflichtung, alles zu tun, um die bäuerliche Jugend auf diese neuen Aufgaben vorzubereiten. Wir dürfen also nicht zuwarten, bis die letzten selbst zu uns kommen, wir müssen ihnen nachgehen und haben sie zu informieren und mit ihnen zu reden und sie aufzufordern und einzuladen, in unsere Schulen zu kommen.

Dem Land selbst werden in Zukunft allerdings beachtliche finanzielle Belastungen im Zusammenhang mit dem Fachschulwesen auferlegt werden. Es ist auf die Dauer gesehen, kaum zu verantworten, daß wir alljährlich 200 und mehr Bewerber aus Platzmangel zurückweisen müssen. Im Sinne einer langfristigen Bildungsplanung wurde daher ein Zehnjahresplan zum Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens ausgearbeitet. Auf Grund vorsichtiger Berechnungen ist bis zum Jahre 1975 in der Steiermark mit einem Bedarf von weiteren vier, wahrscheinlich aber sieben neuen Fachschulen zu rechnen. Auf Grund der Zuwachsraten dürfen wir annehmen, daß die Schülerzahl von derzeit 900 im Jahre 1975 auf etwa 1.500 ansteigen wird.

Anders ist die Situation im bäuerlichen Berufsschulwesen. Die Schülerzahlen sind rückläufig. Während es im Jahre 1963/64 noch 8021 Berufsschüler gegeben hat, sind sie im vorigen Jahr auf 6361 zurückgegangen. Die heurigen

Zahlen umfassen 2893 Schüler, sind aber deshalb nicht vergleichbar, weil wir in diesem Jahr keinen ersten Berufsschuljahrgang führen. Trotzdem ist auch im nächsten Jahr mit einem weiteren Rückgang von 500 bis 600 Schülern zu rechnen. Die Zahl der Schulstandorte in der Berufsschule ist von 150 des vorigen Jahres auf 96 im heurigen Jahr zurückgegangen. Sie wird sich wahrscheinlich in Zukunft weiter vermindern. Auch hier ist eine ähnliche Tendenz festzustellen wie im Pflichtschulwesen, nämlich ein Zusammenziehen von Schulen und Schaffung größerer Einheiten. Es liegt auch durchaus im Sinne einer Verbesserung des Berufsschulwesens, um wegzukommen vom Wechselunterricht, wo die Schüler des ersten und zweiten Jahrganges in einer Klasse zusammengefaßt sind und überzugehen zum Klassen-Unterricht. Die Verminderung der Schulorte macht allerdings für die Kinder entlegener Gebiete den Berufsschulbesuch nahezu unzumutbar. Es wurde daher bereits in der Vergangenheit versucht, stärker auf eine internatsmäßige Erfassung überzugehen, wie es ja im gewerblichen Berufsschulwesen weitgehend durchgeführt ist. Für Mädchen wurden an einzelnen Fachschulen siebenwöchige Berufsschul-Lehrgänge dem Fachschuljahr vorgeschaltet. Damit konnten immerhin bereits acht Prozent der Berufsschülerinnen in der Steiermark internatsmäßig erfaßt werden. Der Trend zur Internats-Schule ist durchaus groß und gerade auf der Mädchenseite würden wir noch und noch Mädchen internatsmäßig unterrichten können, wenn entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Schwieriger ist es allerdings auf der Burschenseite, weil die Berufsschüler, die Burschen, zu jenen Zeiten nicht einberufen werden können, wo unsere Fachschulen sie aufnehmen könnten. Es sind dies die Monate September, Oktober und April, Mai, Juni. Gerade in diesen Zeiten werden die Söhne auf dem elterlichen Hof dringend benötigt. Grundsätzlich bedeutet nun die internatliche Erfassung für viele Bauernkinder nicht nur eine wesentliche Entlastung, sie bringt verständlicherweise auf Grund der geänderten Voraussetzungen auch einen wesentlich besseren Lernerfolg mit sich. In einer Reihe von Bundesländern ist man daher aus wohlüberlegten Gründen mehr und mehr zur Internats-Berufsschule übergegangen. Meines Wissens erfaßt z. B. Niederösterreich bereits 20 Prozent der Berufsschüler in Internaten. In Kärnten ist der Prozentsatz sogar noch höher.

Auf lange Sicht gesehen wird man auch in unserem Lande in dieser Richtung nur dann vorwärts kommen, wenn uns eigene Anstalten mit einem ständigen Lehrkörper zur Verfügung stehen, um vor allem auch in jenen Monaten die Schüler erfassen zu können, in denen sie greifbar sind, das sind die Wintermonate. Sinnvollerweise wird man beim Ausbau eigener Internats-Berufsschulen nach Möglichkeit diese an bestehende oder zu errichtende Fachschulen anschließen, um damit einerseits eine rationelle Ausnutzung von bestehenden Kapazitäten zu errei-

chen und andererseits — das ist ein Hintergedanke — den Berufsschüler frühzeitig mit der Fachschule in Verbindung zu bringen. Gerade diese Verbindung von Berufsschule und Fachschule hat sich bestens bewährt. Wir haben ja in den vergangenen Jahren erste diesbezügliche Versuche auch am Grabnerhof mit viel Erfolg durchgeführt und werden im Laufe der nächsten Jahre Internatskurse an unseren Fachschulen einzurichten versuchen.

Hohes Haus! In der nächsten Zeit werden wir das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz in diesem Hause zu beschließen haben. Das Berufsausbildungsgesetz regelt die gesetzliche Berufsausbildung in der Landwirtschaft. Die Berufsausbildung selbst steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen. Mit der Einführung der Heimlehre wird die Zahl der Lehrlinge in der Landwirtschaft sicherlich sehr stark ansteigen. Die Berufsschule wird die praktische Berufsausbildung in der Landwirtschaft durch die Vermittlung eines ausreichenden Fachwissens zu begleiten und zu vertiefen haben. Die Fachschule selbst wird die Aufgabe haben, unsere junge, bäuerliche Generation auf ihre spätere Tätigkeit als selbständige Betriebsführer und Bäuerinnen vorzubereiten.

Wir sind interessiert, viele Facharbeiter und Landwirtschaftsmeister auszubilden. Nicht die Zahl ist allerdings entscheidend, sondern die Qualität. Und gerade dazu hat das landwirtschaftliche Schulwesen einen entscheidenden Beitrag zu leisten. In einer sinnvollen Zuordnung der drei wichtigsten Bereiche, landwirtschaftliche Berufsausbildung, bäuerliche Berufsschule und Fachschule und in der gezielten Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens durch das Land Steiermark sehen wir eine Garantie für eine wirkungsvolle und zukunfts-trächtige Ausbildung unserer bäuerlichen Jugend. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Wuganigg. Ich erteile ihm das Wort. Dann folgt Herr Abg. Dr. Heidinger.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Bedeutung des Fremdenverkehrs wurde ja heute bereits gesprochen und es wird im Verlaufe der Debatte noch sehr oft darüber gesprochen werden. Und ich glaube, wir alle sind uns bewußt, wie sehr unser Schicksal letzten Endes mit dem Fremdenverkehr verbunden ist.

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um hier einige bescheidene Wünsche wiederum des Bezirkes Weiz zu deponieren. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Bezirk Weiz zeigt eine erfreuliche ansteigende Tendenz. Ich muß hier, um das zu beweisen, vielleicht zwei Zahlen nennen. Ich hoffe, daß die Presse mir das verzeihen wird und daß sie diese zwei Zahlen nicht ebenso verwechselt wie die Kilometerzahlen von

Haslau. Im zweiten Viertel des Jahres 1966 hat sich die Zahl der Übernachtungen in der Steiermark um 8,9 Prozent erhöht. Ich glaube, das ist eine sehr schöne und bedeutende Erhöhung. Die Zahl der Übernachtungen im Bezirk Weiz aber hat sich um 14,5 Prozent erhöht und somit kann ich feststellen, daß der Bezirk Weiz an 6. Stelle dieser Reihenfolge, dieser Steigerungsrate, steht. Es ist selbstverständlich, daß mir diese Entwicklung nicht nur aus der Statistik bekannt ist, obwohl unsere steirischen Statistiken tatsächlich eine Fundgrube für jeden darstellen, der hier in diesem Hohen Hause wirklich ernstlich arbeitet. So ist mir z. B. bekannt, daß sich die Zahl der Übernachtungen allein in der Gemeinde St. Kathrein a. H. in diesem Jahr um 5.000 erhöhen wird und das ist für eine so kleine Gemeinde eine erfreulich hohe Steigerungsrate. Dasselbe gilt ebenso für die Gemeinden Gasen und Rettenegg. Meine Damen und Herren, so erfreulich diese Feststellung nun ist, so glaube ich, genügt es nicht, allein nur Feststellungen zu treffen. Wenn der Zustrom der Fremden vorhanden ist, so muß Vorsorge getroffen werden, diesen Zustrom aufzunehmen. Und dazu möchte ich sagen, es fehlt an Unterbringungsmöglichkeiten, außerdem ist die Ausstattung der Räumlichkeiten nicht in dem Maße, als es sein soll, gegeben. Selbstverständlich gibt es auch in diesen Gebieten sehr modern ausgestattete Gaststätten, aber es gibt auch solche, die noch sehr paradiesischer Art sind. Ich möchte sagen, der Herr Abg. Schaffer hat das ja bereits ausgesprochen. Er hat ja zu dieser Frage schon Stellung genommen, er hat ja erklärt, niemand will im Urlaub schlechter leben als zu Hause. Und so ist es auch. So ist es natürlich, daß auch hier ebenso wie wo anders investiert werden muß. Daß die Gemeinden dazu nicht imstande sind, das habe ich, glaube ich, heute Vormittag bereits ausgesprochen. Wenn nun die Gemeinden außerstande sind, dann müssen irgendwelche Vorsorgen getroffen werden, dann muß eben jemand anderer einspringen. Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich daran erinnern, daß bereits seit dem Vorjahr Anträge vorliegen, in diesen Gemeinden Gasen, Rettenegg und Sankt Kathrein am Hauenstein eine Bettenaktion durchzuführen. Ich hatte Gelegenheit, im Vorjahr anlässlich der Budget-Debatte zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich kann es mir heute ersparen, ich brauche heute vielleicht nur mehr daran erinnern. Und wenn ich darf, möchte ich die bescheidene Bitte daran knüpfen, daß diese Bettenaktion noch zu einem Zeitpunkt durchgeführt wird, ehe diesbezügliche Anträge zu vergilbten Dokumenten von historischem Wert werden. (Beifall.)

Präsident: Der Abg. Dr. Heidinger hat das Wort. Als nächster Redner ist angemeldet Herr Abg. Schön.

Abg. Dr. Heidinger: Hohes Haus! Zum Kapitel 7 „Wirtschaftsförderung“ paßt es, wenn man einmal über die Preise, Löhne und das Wirtschaftswachstum etwas sagt.

Es ist in der Generaldebatte je nach Temperamenten und Standpunkten angeklungen, zum Teil mit Zahlen belegt, die richtig, zum Teil mit Zahlen, die nicht ganz richtig waren. Ich möchte mich bemühen, zu diesem Kapitel in sachlicher Weise Stellung zu nehmen.

Zunächst einige Grundsatzbemerkungen, die notwendig sind, um dieses Kapitel nicht mit Emotionen anzufüllen.

In unserer Wirtschaftsordnung ist der Preis der Regulator der arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Daher hat nicht ohne Grund die Nationalökonomie seit Adam Smith dem Preisproblem besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wie schaut das nun aber in der Praxis aus? Für den einen von uns ist der Preis ein Kostenfaktor, für den anderen ist er Einkommen. Und das ist bei jedem von uns so, wenn wir im Falle des Preises als Einkommen für Arbeitnehmer das Wort „Lohn“ setzen. Jeder ist also Konsument und Verkäufer zugleich und diese Paare liegen nun einmal in einem gewissen Konkurrenzverhältnis. Was ist aber bei diesem Konkurrenzverhältnis unbestritten? Gegenseitige Abhängigkeit. Weiters — das ist eine jüngere Erkenntnis — eine Erkenntnis, die nicht nur die Gewerkschaften haben, nämlich, daß die Steigerung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, also ein erhöhtes Anbot, auch einen erhöhten Lohn der Arbeitnehmer verlangt, damit überhaupt dieses Anbot gekauft werden kann. Allerdings — und das muß auch gesagt werden — geht es nicht an, die ganze Mehrleistung der Volkswirtschaft zu verkonsumieren, es muß auch ein Teil für Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sonst wird nämlich das Wirtschaftswachstum abgebremst und sehr schnell zum Erliegen kommen. Eine dritte Feststellung; ebenfalls eine jüngere Feststellung der Nationalökonomie: Allein das Sparen kann Geld aus dem Konsumkreislauf in den Investitionskreislauf verschieben. Und da der große englische Nationalökonom Maynard Keynes mit Recht festgestellt hat, daß von der ausreichenden Investitionsquote die Vollbeschäftigung abhängt, müssen wir alle das größte Interesse haben, daß dieses Investitionsgeld in genügendem Ausmaße zur Verfügung steht. Und wenn das freiwillige Sparen nicht ausreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kommt zwangsläufig das Zwangssparen, und dann kommt das Umverteilen in dem Sinne, daß vom Staat Konsumgeld genommen und Investitionsgeld geschaffen wird. Und ich darf Ihnen sagen, daß leider die private Spartätigkeit in Österreich trotz des erfreulichen Weltspartagsergebnisses nicht zur größten Freude Anlaß gibt. Sie ist praktisch unverändert geblieben. Nach der letzten vorliegenden Statistik der Nationalbank beträgt der Spareinlagenzuwachs bis Oktober 7,4 Milliarden, das ist knapp 260 Millionen mehr als im Vorjahr.

Ein weiteres Faktum, und ich würde mich freuen, wenn Sie das mit genügender Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen würden, der An-

teil der Unselbständigen am Volkseinkommen steigt ständig. 1913 war das Verhältnis rund 1 : 1, 46 Prozent waren Unternehmereinkommen, 3 Prozent waren unverteilte Gewinne von Kapitalgesellschaften, 51 Prozent waren Lohneinkommen; 1964 war das Verhältnis 28 Prozent Unternehmereinkommen, 8 Prozent unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften, überwiegend der Verstaatlichten Industrie, die ja bei den Kapitalgesellschaften nach einer Untersuchung der Wiener Arbeiterkammer die überwiegende Mehrheit ist und 64 Prozent Lohneinkommen. Wir liegen heute bei einem Verhältnis Volkseinkommensverteilung 2 : 1 zugunsten der Löhne und Masseneinkommen.

Eine weitere Feststellung: (Abg. Loidl: „Ich wechsle gern hinüber zu den wenigern!“) Ich will gar nicht um Zehntelprozente streiten, Herr Kollege. Die Lohnintensität ist selbstverständlich in den einzelnen Wirtschaftsgruppen verschieden. Eine lohnintensive Tätigkeit ist etwa der Bergbau, Dienstleistungsbetriebe, eine sehr kapitalintensive Stahlerzeugung, im Baugewerbe ist es verschieden. Wir haben noch lohnintensive Betriebe — leider, möchte ich sagen — im Hochbau, wir haben schon sehr kapitalintensive im Tiefbau. Daher verschiebt sich die Preisrelation unvermeidlich, sofern der Markt es zuläßt. Denn es sind die Wirtschaftszweige auf Lohnerhöhung nicht gleich ansprechbar. Daher auch das Problem eines generellen Preisstopps.

Dann ein etwas traurigeres Kapitel, die schleichende Geldwertverdünnung oder, wie es einmal ein Witzbold ausgedrückt hat, die schleichende Stabilität. Das magische Dreieck zwischen Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Geldwertstabilität ist heute de facto so, daß die Vollbeschäftigung und das Wirtschaftswachstum den Vorrang haben. Daher gibt es in allen westlichen Staaten eine mehr oder minder schleichende Geldwertverdünnung, die übrigens keine Erscheinung der heutigen Zeit ist.

Nur ein paar Zahlen: 1953 als Basisjahr — bis 1965 in USA 119 Prozent, allerdings um den Preis einer doch nicht unerheblichen Arbeitslosigkeit, die im Schnitt bei 4 bis 5 Millionen Beschäftigten liegt und etwa 3 bis 4 Prozent der Beschäftigten beträgt, eine Rate, die wir als untragbar ansehen, Bundesrepublik Deutschland 132 Prozent, Österreich 143 Prozent, England 148 und Schweden 152 Prozent.

Ein weiteres Faktum, das uns leider bedenklich stimmen muß, ist das: Wir haben in der EWG bereits eine ganz beträchtlich spürbare Diskriminierung. Über die Viehsituation hat ja der Kollege Lackner in seiner bekannt launigen Weise Stellung genommen. Ich darf Ihnen ein paar Zahlen aus der gewerblichen Wirtschaft nennen: Im Verhältnis 1 : 3. Quartal 1965—1966 ist der Exportanteil Österreichs in die EWG von 47,1 Prozent auf 45,5 Prozent gesunken. Die zusätzliche Belastung gegenüber einem Exporteur aus der EWG beträgt bereits bei Holzwaren

8 bis 11 Prozent, Papier 10 bis 12 Prozent, Schuhe 11 bis 13 Prozent, Glaswaren 15 bis 20 Prozent, Starkstahl 9 Prozent, Ketten 10 bis 12 Prozent, Nägel 10 bis 12 Prozent. Trotzdem werden viele Exporte noch aufrecht erhalten in der Hoffnung, daß der Markt gehalten werden kann, bis es zu einer Regelung kommt. Daß das natürlich auf die Erträge der Betriebe — ob das nun verstaatlichte oder private sind, ist ja egal — zurückwirkt, ist selbstverständlich, und es zeigt, wohin es führen würde, wenn wir in weiterem und vielleicht noch höherem Maß diese Diskriminierung auf uns zu nehmen hätten. Daß das natürlich auf das Lohnniveau zurückschlagen muß, ist klar.

Nun einige konkrete Zahlen aus der gegenwärtigen Entwicklung: Wir haben bisher 1966 nach dem letzten Bericht des Institutes für Wirtschaftsforschung Lohnerhöhungen von 6,4 Prozent netto im Schnitt gehabt, Preiserhöhungen von 2,3 Prozent. Wir haben also eine Differenz von 4,1 Prozent. Das für das heurige Jahr, und zwar zugunsten der Löhne. Wir haben im heurigen Jahr ein Wirtschaftswachstum von etwa 4,5 Prozent zu erwarten, daher ist praktisch das ganze Wirtschaftswachstum den Löhnen und Lohneinkünften zugute gekommen. Selbstverständlich wird diese Feststellung erst mit Vorliegen der Jahresabrechnung, das ist erst in einigen Monaten, absolut oder einigermaßen sicher vorliegen. Und nun werden Sie sagen: In der heutigen Zeitung steht die Brotpreiserhöhung, und die wirkt sich so aus, wie Sie Herr Kollege Zinkanell, gesagt haben, ich nehme an, Sie haben das aus dem Monatsbericht, Beilage 81, zum Abbau der Preisstützungen für Düngemittel, Brotgetreide und Milch. Sie haben nur eines übersehen, Herr Kollege, und zwar die Ausarbeitung und die Zahlen, die Sie genannt haben, gehen von der Hypothese aus, daß die Stützungen zur Gänze fallen. Wir haben aber im vorigen Jahr Stützungen von 2,6 Milliarden auf dem Lebensmittelsektor gehabt und heuer etwa 900 Millionen abgebaut. Das heißt, wenn man grob rechnet, daß höchstens 40 Prozent dieser Belastung tatsächlich den Konsumenten treffen, daher nicht 68 Schilling, wie Sie da gesagt haben, ich habe es genau, 62,10 Schilling nach der Variante eins, 79,10 Schilling nach der Variante zwei, sondern, wenn Sie etwa 40 Prozent davon nehmen, nehmen Sie auf der anderen Seite für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt, das sind zwei Kinder, die Kinderbeihilfen, die auch schon besser sind oder besser werden, über 40 Schilling, so können wir mit Fug und Recht sagen, daß statistisch die Sache abgegolten ist. (Abg. Zinkanell: „Sie kommen als Bezieher eines höheren Einkommens wesentlich besser weg, wie als Bezieher eines niedrigen Einkommens!“) Ich gebe gerne zu, wenn man soviel Milch trinkt wie ich persönlich, ist es nicht abgegolten. Aber die Statistik kann nun einmal nur Durchschnittszahlen bringen. Nun aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, echte Sorgen, — und die müssen also auch, glaube ich, die Arbeitnehmer haben, — sind dann am

Platze, wenn Lohnforderungen mit irrealen Prozentsätzen gestellt werden. Es war doch bisher so, daß der Gewerkschaftsbund die These vom produktivitäts-orientierten Lohnzuwachs ausgegeben hat. Das ist zwar theoretisch auch umstritten, aber in der Praxis sicher ein Maßstab. Nun wird aber umgeschaltet auf die sogenannte „wachstumsorientierte Lohnpolitik“ und zwar am Soll-Wachstum soll gemessen werden, wie hoch die Lohnerhöhungen sind. Und jetzt möchte ich Sie ganz ehrlich fragen, wer soll denn das „Soll-Wachstum“ feststellen? Der Herr Landes-Finanzreferent ist leider nicht hier, sonst hätte ich ihn gerne gefragt, wie er sich dazu stellen würde, wenn die Abgeordneten verlangen würden, er soll sein Budget nach den Soll-Wünschen von uns orientieren. Wo würden wir denn da hinkommen? So geht es also nicht.

Über das Wetterleuchten auf den Export-Märkten wurde gesprochen. Sie wissen es, daher brauche ich das nicht wiederholen. Ich möchte jetzt aber die Folgerungen aus diesen Dingen ziehen und ich habe sie in einer angesehenen Wirtschaftszeitschrift gefunden. Ich hätte es selbst nie so schön sagen können, daher entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen das vorlese. Es ist ein volkswirtschaftlicher Artikel, ein populär-volkswirtschaftlicher, der den Schlußabsatz trägt „vom Konsumieren, Sparen, Investieren.“ Da heißt es nun: „Fassen wir zusammen: Über die Notwendigkeit einer möglichst raschen Steigerung des Wirtschaftswachstums besteht Übereinstimmung.“ Ich lasse jetzt einen unwesentlichen Satz aus. „Ich habe versucht, die Grenzen aufzuzeigen, innerhalb deren die Währungs- und Kreditpolitik dazu — also zum Wirtschaftswachstum — beitragen kann.“ Sie liegen, so weit man sie auch ziehen mag, am Mangel an Kapital, das über den Kredit-Apparat oder über das Budget für Investitionen verfügbar ist. Denn das, was derzeit als Geldknappheit oder Liquiditätsenge bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein Kapitalmangel. Man möge es drehen und wenden wie man will, wenn das Kapital nicht vom Ausland kommt, muß es im Inland gespart werden. Und die Voraussetzung einer höheren Sparquote ist, immer relativ gesehen, die Einschränkung des Konsums. Ein Land, das von einem gegebenen Sozialprodukt weniger konsumiert, vermag mehr zu investieren, damit es in ein paar Jahren umso mehr konsumieren kann. Das war und ist der Sinn der Parole „Familie Österreicher lebt über ihre Verhältnisse“. Merz, der volkswirtschaftliche Referent der Arbeiterkammer, meint, daß diese Parole zu oft strapaziert wurde. Ich erwidere darauf — sagt der Autor —, daß ihr moralischer Appell viel zu wenig befolgt wurde, und daß die Situation, in der sich die österreichische Wirtschaft derzeit befindet, — daß nämlich Investitionskapital mit der Laterne gesucht werden muß — die Richtigkeit dieser Parole beweist. Und jetzt würde ich gerne mit Ihnen einen Quiz veranstalten, in welcher Zeitschrift das steht? Hoffentlich wissen Sie es. Vielleicht der Herr Kollege Groß? (Abg. Groß: „In der Zeitschrift „Arbeit und Wirt-

schaft“.) Jawohl, und zwar von Herrn Generalrat Aussch. Kollege Groß hat einen Preis gewonnen. (Abg. Zinkanell: „In der nächsten Ausgabe der gleichen Zeitung ist auch ein interessanter Artikel drinnen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen also, daß auch verantwortungsbewußte Vertreter der Arbeitnehmerseite — und ich glaube, daß der Herr Generalrat Aussch. ein langjähriger, verdienter und vernünftiger Vertreter der Arbeitnehmerseite ist — die Dinge gesagt haben, die in dieser Schärfe der Herr Landeshauptmann sich — entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, wenn ich das sage — nicht auszusprechen getraut hatte. (Abg. Heidinger: „Ah, das glaub' ich nicht, da kennen Sie den Herrn Landeshauptmann schlecht, was der alles sagt!“ — Heiterkeit.)

Das heißt, wir müssen mehr investieren; und das war der Sinn all der Dinge, die wir im Hohen Landtag über dieses Problem besprochen haben. Daß es nicht einfach ist, das ist mir klar. Ich darf dazu vielleicht die maßgebenden Vertreter der Sozialpartner noch ganz kurz zitieren. Der Herr Nationalrat und Präsident des Gewerkschaftsbundes, Benya, hat in der „Presse“ vom 3. und 4. Dezember ein sehr interessantes Interview. Ich habe es hier. Er sagt zum Schluß: „Wir können uns eben nicht populäre Dinge aussuchen, wir müssen vertreten, was die Wirtschaft verlangt.“ Und wie sich die Dinge gestalten könnten, das sagt ein Brief des Nationalrates und Präsidenten der Bundeskammer, Ing. Sallinger, an den Wirtschaftsredakteur Horst Knapp auszugsweise: „Ich gehe mit Ihnen konform, wenn Sie als wichtigste Voraussetzung des expansiven Kurses eine gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik ansehen. Die Kriterien einer solchen Lohnpolitik werden nunmehr auf verschiedenen Ebenen bei den Sozialpartnern zu erarbeiten versucht. Ich kann hier darauf hinweisen, daß wir bei den Verhandlungen um die Reorganisation der paritätischen Kommission bemüht sind, auch die Voraussetzungen für eine solche gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik zu schaffen, ebenso wie auch die offenen Probleme der Preiskontrolle durch die paritätische Preis-Lohn-Kommission und den Preis-Unter-Ausschuß zu bereinigen.“

Ich möchte nur den Appell an Sie alle richten — ich bin sicher, daß Sie mir beistimmen, daß diese Haltung, die aus all diesen Stellungnahmen spricht, für uns alle das Richtige ist —, gehen wir in Zukunft nicht mit demagogischen Forderungen vor, sondern versuchen wir gemeinsam dafür zu sorgen, daß in den zu erwartenden schweren Zeiten unsere Wirtschaft sich weiterhin aufwärts entwickelt. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Schön. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster und letzter Redner für heute ist Herr Abgeordneter Fölzl vorgemerkt.

Abg. Schön: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß auch

ich nochmals zum Abschnitt 78 „Förderung der Industrie“ Stellung nehme. Es scheint mir sehr wichtig, hier in diesem Hause einmal Dinge auszusprechen, die vielleicht nicht markant genug hier ausgesprochen wurden.

Wenn wir in den letzten Sitzungen und auch heute die Kollegen vom Kohlenbergbau hörten, da hörten wir auch ihre Sorgen und ihre Not aus all ihren Sätzen. Ich will nicht direkt von „Not“ reden, aber auch auf dem steirischen Erzberg, auf dem sogenannten „Steirischen Brotlaib“ zeigen sich seit langem schon Gewitterwolken und zwar in einer Hinsicht, daß es zu einer Krise kommen wird, die ein rein menschliches Problem ist. Am steirischen Erzberg besteht nicht nur, wie es in den Presse-Aussendungen immer heißt, seit vier Jahren eine vollkommene Aufnahmesperre, sondern es besteht schon teilweise seit zehn Jahren eine Aufnahmesperre. Diese Aufnahmesperre wurde bedingt in erster Linie dadurch, daß es mit dem steirischen Erz, mit der Erzeinheit und mit dem Preis soweit kam, daß es nicht mehr möglich war, nur eine Tonne an das Ausland zu verkaufen, so daß sämtliches erhauenes Erz in Österreich wieder in österreichischen Hochöfen verhüttet werden mußte. Zu dem allen wurden nun genaue Quoten festgelegt und ich glaube, hier im Hohen Haus hat sich schon einmal eine sehr lebhaftete Debatte darüber abgespielt, und diese Debatte, die damals abgeführt wurde, hat vielfach mit dem Heutigen nichts zu tun. Damals ging es darum, daß die VOEST einen gewissen Prozentsatz der Förderung vom steirischen Erzberg in ihren Hochöfen verhüttet. Es ist Gott sei Dank durch viele Bemühungen gelungen, hier bestimmte Quoten für die österreichische Industrie festzulegen und zwar in der Tonnage genau abgestimmt bei der Jahresquote nach Donawitz und nach Linz. Zu dieser Einengung kam nun ein anderes Problem. Und dieses Problem war die Rationalisierung und die Automatisierung im Bergbau.

Ich will Sie heute nicht mehr aufhalten mit einem langen Plan, wie dies vor sich gegangen ist, nur ist es sehr rigoros vor sich gegangen, und ich glaube, wer sich im ganzen Schrifttum sowie in der Natur das angesehen hat, der muß heute feststellen, daß am steirischen Erzberg eine Abbaumethode stattfindet, die sich an die modernsten in der ganzen Welt angleichen kann. Zu dem kommt jetzt auch noch eines, daß diese Modernisierung und Rationalisierung natürlich gemacht wurde, um Menschen im Arbeitsprozeß einzusparen, und zwar aus einem Grund, gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, der sehr natürlich ist, da der Konkurrenzkampf nicht nur im Inland bestand, sondern das Ausland getrachtet hat, nach Österreich Eisenerz zu verkaufen. Und so mußte hier auf allen Gebieten etwas unternommen werden, um bestehen zu können wenigstens in der Preislage und Tonnage gegenüber den österreichischen Stahlwerken. Natürlich ist es heute so weit, daß man bei jeder Gelegenheit in Eisenerz, aber nicht nur

in Eisenerz, sondern auch in Wien zu hören bekommt: „Ihr seid ja viel zu viel Leute auf dem Erzberg, schaut doch woanders hin.“ Meine Damen und Herren, es liegt uns leider etwas vor, daß es in ausländischen Erzbergbauen wirklich Förderungen gibt, die enorm hohe Förderungen erbringen mit viel weniger Personal. Und das ist nun das menschliche Problem in Eisenerz. Diese Leute werden — und da können wir uns heute wenden und drehen wie wir wollen — eines Tages frei werden. Es wird uns nicht gelingen, auf die Dauer unbedingt jemand einzureden, er muß einen Arbeiter behalten, wenn er ihn nicht braucht. Ich bin nicht so optimistisch, das können Sie mir glauben, wo ich doch selbst aus dieser Gegend komme und dort seit 32 Jahren beschäftigt bin. Aus dem heraus ist aber jetzt eine Notwendigkeit entstanden, diesen Leuten, die dort frei werden, einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Und nun komme ich auch auf eines, was mein Freund und Kollege Zagler hier schon heute gesagt hat: zehn Jahre haben wir geredet, es muß etwas geschehen, wir müssen planen oder sonst was. Genauso wird in Eisenerz geredet, zehn Jahre reden wir, wir müssen planen, und wir müssen eine Ausweichindustrie herbringen und sonst müssen wir allerhand tun. Beim Landeshauptmann waren wir wegen der Straße. Es muß etwas geschehen, damit wir eine leichtere Verbindung bekommen usw. Es ist hier auch ausgesprochen worden. Eine gute Verkehrsverbindung schließt ein Industriegebiet immer auf. Und diese Verkehrsverbindung nach Eisenerz ist in weiterer Folge einer Industriebildung oder einer Ausweichindustrie, wie man sie nennt, von ausschlaggebender Bedeutung. Denn nicht einmal ist es uns gesagt worden, wenn wir wohin gekommen sind. Was sollen wir machen in diesem Tal, die Verkehrslage ist so, daß wir mit dem Zug drei Stunden für 29 Kilometer brauchen, das ist von Eisenerz nach Leoben. Die Präbichlstraße ist nicht einmal im Winter gesperrt, sondern zig-mal, zugleich bedeutet sie immer eine Gefahr im Winter zum Befahren. Aber nicht nur, um die Leute wegzubringen, sondern um etwas anderes hinzubringen — und nun bin ich auch nicht so optimistisch, daß ich jetzt unbedingt allein an Österreich, an Graz, Wien oder Linz denke, da bringe ich jetzt einen nach Eisenerz, weil die eine Industrie brauchen, und dort fange ich eine Ausweichindustrie an mit all den unmöglichen Begleiterscheinungen. Das, meine Damen und Herren, ist natürlich heute ein Problem, das schier unüberwindlich aussieht. Es wurde von verschiedenen Seiten geprüft, was man in dem Tal noch machen könnte. Machen wir da irgend eine Industrie in der Holzverwertung, irgend eine Fertigungsindustrie. Bis heute ist das nicht gelungen, und ich bin auch gar nicht so optimistisch zu glauben, daß es jemals gelingt. Denn kaum ist der Baum umgeschnitten, wird der Stamm auf den Wagen geladen und der Baum weggeführt, und niemand denkt daran, irgend etwas anderes zu machen.

Meine Damen und Herren, warum ich das hier aufgezeigt habe — ich könnte noch lange

reden, hat folgenden Grund: So wie ich heute vormittag über die Präbichlstraße gesprochen habe, so will ich jetzt auch betonen, eine einwandfreie Verkehrsverbindung, und nicht wie heute schon und früher schon Ideen aufgetaucht sind, man müßte den Verkehr auf der Bahn einstellen, dann hätte man ein Sturzgebiet, wir brauchen die Verbindung gar nicht, die Präbichlstraße ergibt das alles, nein, das ist keine Lösung! Diese Bahnlinie gehört so modernisiert, daß man mit modernen Triebwagen ohne weiteres in der Lage ist, in kürzester Zeit das Industriegebiet von Donawitz zu erreichen, daß ich wenigstens in der größten Notzeit Leute in dieses Gebiet bringe, aber umgekehrt, zuerst Austauschgüter, die von diesen Betrieben kommen, sei es aus der Maschinenfabrik Zeltweg, sei es aus Donawitz, nach Eisenerz bringe, und sie entweder im halbfertigen Zustand voll fertig mache oder überhaupt, daß ich Rohmaterial herbekomme und in Eisenerz die Maschinen baue. Eines spricht Eisenerz an, das ist die Hauptwerkstätte. Dort ist es ohne weiteres möglich, in kürzester Zeit und bei verhältnismäßig geringen Investitionen eine Maschinenfabrik zu erstellen, die sich auch überall sehen lassen kann. Wo ich mit dem allen hin will ist dahingehend, daß aus diesem Betrag, der in diesem Abschnitt eingesetzt ist, der hier wohl für Planung, Forschungsgutachten und Berufsförderung mit 800.000 Schilling dotiert ist, für Eisenerz sofort eine Marktforschung einsetzt, die bei uns vor drei Jahren gefordert wurde, daß man wenigstens einmal weiß, was kann man dort erzeugen, was bedingt, daß die Leute nicht aus dieser Bergstadt abwandern müssen und zum zweiten, so hoffe ich, im außerordentlichen Voranschlag sind ja glücklicherweise 100 Millionen enthalten, daß da ein Beitrag geleistet wird, daß diese Menschen in diesem Tal wieder ein zufriedenes Leben haben, denn auch sie haben sehr weit beigetragen dazu, in der Nachkriegszeit eine Krise zu überwinden, die zuerst schier unüberwindlich schien. Und ich bitte Sie alle, helfen Sie uns, und das „Glück Auf!“, das in den Bergstätten gesagt wird, soll nicht nur von Mensch zu Mensch sein, es soll auch strukturell sein für die Ortschaft selbst, für das eiserne Tal. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Herr Abg. Pölzl hat das Wort.

Abg. Pölzl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Gruppe 7 gibt es die Post Wirtschaftsförderung, und ich möchte mit Dank vermerken, daß sie von 850.000 Schilling auf 1.300.000 Schilling erhöht wurde. Völlig unberücksichtigt, aber vom zuständigen Referenten Landesrat Peltzmann gefordert, wurden drei Posten, und zwar die Post 708 gewerbliche Umstellungsmaßnahmen, die Post 709 Wirtschaftsförderung durch Kurse, Vorträge und Seminare sowie die Post 711 Verbesserung beruflicher Ausbildungseinrichtungen. Landesrat Peltzmann, der die Notwendigkeit und die Bedürfnisse genau kennt, hat für die Post gewerbliche Umstellungsmaßnahmen 500.000 Schilling gefordert, für

die Post Wirtschaftsförderung durch Kurse, Vorträge und Seminare 800.000 Schilling und für die Post Verbesserung beruflicher Ausbildungseinrichtungen ebenfalls 800.000 Schilling. Mit Rücksicht auf den kommenden großen Markt ist es unbedingt notwendig, daß Rationalisierungsmaßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft vorgenommen werden.

Wir haben Umstellungsmaßnahmen vorzunehmen, die nicht gebietsweise, sondern in den einzelnen Branchen vorzunehmen sind. Beim allgemeinen Strukturproblem handelt es sich vor allem um Gebiete. Es wurden seitens des Wirtschaftsförderungsinstitutes schon in verschiedenen Sparten diese Umstellungen vorgenommen. Und zwar wurden Anfangsarbeiten bei den Tischlern, den Kleidermachern, den Elektrotechnikern, den Chemie-Putzern, den Wäschern, den Färbern, den Kfz.-Mechanikern, weiters in der Seifen- und in der Waschmittelindustrie gestartet. Hierbei wurden wertvollste Erfahrungen gesammelt und diese Erfahrungen geben nun die Hoffnung, daß bei größeren Branchen diese Umstellungsmaßnahmen auch vorgenommen werden können.

Ein Erfordernis hierzu ist die Einstellung von geschulten Fachleuten. Und hier handelt es sich um die entsprechende Honorierung, damit diese Fachleute auch gewonnen werden können. Das hierfür aufgewendete Geld würde sich in äußerst kurzer Zeit zugunsten der gewerblichen Wirtschaft, aber auch zugunsten der Landes-Finanzen amortisieren.

In engem Zusammenhang damit steht die Wirtschaftsförderung durch Kurse, Vorträge und Seminare. Der Ausbau eines Kurs- und Vortragsdienstes in der gewerblichen Wirtschaft, der sich über das ganze Land erstreckt, ist notwendig, damit in den einzelnen Gebieten, wo keine Möglichkeit gegeben ist sich fachlich weiterzubilden, die alten, erfahrenen Gewerbetreibenden und ihre Mitarbeiter die Möglichkeit erhalten, mit dem Strukturwandel auf dem Sektor des Materials vertraut gemacht zu werden. Denn es ist ja heute so, daß durch neue Kunststoffe der Meister, der vor 30, 40 Jahren gelernt hat, heute nicht mehr in der Lage ist, diese neuen, modernen Methoden anzuwenden. Er muß sich aber umstellen, will er nicht auf einem größeren Markt seinen Beruf verlieren.

Die Zunahme dieser neuen Handwerkstechniken macht es erforderlich, daß unter allen Umständen diese Kurstätigkeit aufgenommen werden muß. Ich darf dem Hohen Haus bekanntgeben, daß andere Bundesländer hier dem Bundesland Steiermark schon vorausgeeilt sind. Das Bundesland Tirol hat 7.400.000 Schilling in seinem Voranschlag von 1964, Oberösterreich 2 Millionen Schilling, Vorarlberg 600.000 Schilling, Salzburg 300.000 Schilling, ja sogar das kleine Burgenland hat 400.000 Schilling dafür eingesetzt. Diese von Herrn Landesrat Peltzmann geforderte Post ist ebenfalls nicht im Voranschlag enthalten.

Für die Verbesserung beruflicher Ausbildungseinrichtungen wurden 800.000 Schilling gefordert, um in den einzelnen Bezirksstellen die Räumlichkeiten zu schaffen, damit diese Kurse abgehalten werden können. Es ist diese Forderung deswegen berechtigt, weil das Wirtschaftsförderungsinstitut ohne Mittel des Landes in Anspruch zu nehmen, bisher schon in verschiedenen Bezirksorten diese Räume geschaffen hat, z. B. in Mürzzuschlag, in Leoben, in Leibnitz, in Feldbach. In Judenburg ist schon der Bau begonnen.

Die Forderung der gewerblichen Wirtschaft auch in Murau, Mureck und Eibiswald diese Räume zu schaffen, kann nicht überhört werden. Der Bau dieser Werkstättenräume ist erforderlich und ich darf bitten, daß das Hohe Haus der gewerblichen Wirtschaft diese Möglichkeit gibt, branchenweise die Handwerker, aber auch die Kaufleute zu schulen und zu unterrichten, um sie auf einen völlig neuen, umgestellten Markt vorzubereiten. Mureck und Eibiswald wurden bewußt ausgesucht, um ein notleidendes Gebiet in der nächsten Zeit mit derartigen Mitteln zu versehen. (Abg. Scheer: „Machen wir einen gemeinsamen Abänderungsantrag!“) Ich werde nach Schluß der Sitzung mich gerne mit Ihnen unterhalten, Herr Abgeordneter, aber nachdem Sie von einer liberalen Partei kommen, dürfte Sie die gewerbliche Wirtschaft auch interessieren. (Landesrat Gruber: „Bei Ihnen kommt so oft das Wort ‚gefordert‘ vor, daß man, wenn man nicht hinschaut, glauben könnte, da steht einer von der Gewerkschaft!“) Ich darf sagen, daß die gewerbliche Wirtschaft sogar sagt, wir „bitten“, obwohl wir auch fordern können. Aber wir wissen ja, daß man bitten muß. Aber wir sagen nur, wir melden diesen Wunsch an für das Jahr 1968. Ich bitte Sie also, im nächsten Jahr das zu unterstützen.

Der Herr Abg. Zagler hat echte Sorgen wegen Betriebsgründungen im Gebiet der Bergbaue dem Hohen Haus zur Kenntnis gebracht. Das wesentliche Kriterium für regionale Umstrukturierung ist die Grundlagenforschung auf breiter Basis. Vor allem wird hier die Situation des Arbeitsmarktes sowie die wirtschaftliche Situation der einzelnen Branchen zu analysieren sein. Eine Realisierung von Betriebsverlagerungen kann erst dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Grundlagenforschung der hierfür zuständigen Institutionen gemeinsam erarbeitet ist, um so die Basis für ein ganzheitliches Konzept, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur zu bilden. Die einzelnen Details: z. B. eine genaue Durchleuchtung der in einem bestimmten Raum befindlichen Arbeitskräfte-Reserven, vor allem nach der beruflichen Struktur und nach dem Willen, an diesem Ort auch Arbeit anzunehmen. Wir haben erst dann für die Kreise, die an einer Betriebsgründung interessiert sind, ein Bild geschaffen. Dazu kommt, daß seitens der gewerblichen Wirtschaft Untersuchungen stattfinden müssen, ob diese spezielle

Branche, die für einen gewissen Ort Interesse zeigt, für die Verbesserung der Struktur dieses Gebietes oder des gesamten Landes erwünscht ist oder ob sich durch diese Neugründung in anderen Teilen unseres Landes neue Struktur-schwächen ergeben. Vor allem zu verhindern ist eine Verzerrung des Wettbewerbs durch öffentliche Förderungsmittel. Es darf vermerkt werden, daß verschiedene Untersuchungen ergeben haben, daß z. B. Pendler nicht immer bereit wären, am Wohnort Arbeit anzunehmen, obwohl dies mit keinem finanziellen Verlust verbunden gewesen wäre. Auch dieses Problem ist einmal genau zu untersuchen.

In den letzten fünf Jahren wurden in der Steiermark 52 größere Betriebe neu gegründet. In diesen Betrieben sind zirka 3300 Menschen beschäftigt. Sie verteilen sich sehr interessant auf die wichtigsten Wirtschaftszweige: 24 in der Textil- und Bekleidungs-Industrie, 12 in der metallverarbeitenden Industrie, 6 in der Beton- und Stein-Verarbeitungs-Industrie, 5 Holzverarbeitungsbetriebe, 3 in der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie, 1 Betrieb in der Lederverarbeitung und 1 chemischer Produktionsbetrieb. Die Förderungsmittel in Form der Bereitstellung verbilligter Kredite, in der Form von Subventionen, in der Bereitstellung von Grundstücken und in der Aufschließung dieser Grundstücke, haben sich, wie die Praxis beweist, bewährt. Sie wurden sinnvoll angewendet und wir haben unter diesen 52 Betrieben keinen, der notleidend ist und keinen, der in der nächsten Zeit vor dem Konkurs stünde.

Herr Landeshauptmann Krainer hat im Laufe des heurigen Jahres einen Ausschuß für Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik ins Leben gerufen. Er hat damit in der Steiermark die Initiative ergriffen. Durch sinnvolle Zusammenarbeit wurde hier ein erster Schritt zur Verbesserung der Struktur verschiedener steirischer Gebiete getan. An den Vorbereitungsarbeiten für diese Betriebsverlagerungen war der Beamte des Arbeitsamtes Ferdinand Ebner beteiligt, und ich muß hier sagen, daß er durch seine äußerst gewissenhafte und unbürokratische Art sich sehr große Verdienste in dieser Tätigkeit erworben hat. Mit großer Sachlichkeit und Idealismus haben sich auch die Beamten der Landesamtsdirektion daran beteiligt. Die Initiative des Landeshauptmannes Krainer in der Frage der Arbeitsmarktpolitik und die Richtigkeit seiner Entscheidung in dieser Frage bestätigt sich in einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ von gestern. Ich darf hier diesen Artikel auszugsweise zur Kenntnis bringen. Die Vereinten Nationen haben eine neue Institution gegründet, und zwar für die industrielle Entwicklung. Und hier steht, daß dieser neue Verein oder dieses Organ der Vereinten Nationen UNIDO heißt und daß Österreich sich beworben hat, Sitz dieses Organes zu werden. Über die Frage des Sitzes der UNIDO ist noch keine Entscheidung gefallen. Es liegen vorderhand entsprechende Angebote der Regierung Österreichs, aber auch von Genf und New

York vor. Die UNIDO hat die industrielle Entwicklung zu fördern. Es stimmt schon, Herr Bürgermeister. — Auch ist vorgesehen, in den Entwicklungsländern Institute und öffentliche Ämter, die sich mit der industriellen Technik, Produktion und Planung befassen, zu errichten. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Scheer.) Ich weiß, Herr Abg. Scheer, daß Sie sich für Strukturprobleme nicht interessieren, aber bitte, ich bin gleich fertig. Sodann wird sich das neue Organ mit der zusehends notwendig werdenden Koordinierung der Aktivität zu befassen haben. (Das kann ich nicht lesen, was mir da vorgelegt wird.) Während der kommenden Monate wird die UNIDO in erster Linie das Programm für die erste den Industrialisierungsproblemen gewidmete Weltkonferenz aufzustellen haben, die im Dezember 1967 unter der Bezeichnung „Internationales Kolloquium über die industrielle Entwicklung in den Entwicklungsländern“ in Athen durchgeführt werden soll.

Hohes Haus, wir haben es leider nicht überall so mit objektiven und sachlichen Interpretationen für die Strukturpolitik und die Betriebsgründungen in unserem Lande zu tun. Was in sauberer Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung, dem Landesarbeitsamt sowie der Kammer der gewerblichen Wirtschaft vorbereitet, geplant und durchgeführt worden ist, nehmen politische Mandatare der SPÖ für sich in Anspruch, um besonders vor Wahlzeiten Erklärungen abzugeben, diese oder jene Betriebsgründung sei ausschließlich dem Wohlwollen der Sozialistischen Partei zu verdanken, die Zurverfügungstellung der bewilligten Mittel und Subventionen ausschließlich allein das Werk des zuständigen Herrn Finanzreferenten DDr. Schachner-Blazizek. („Bravo!“ von der SPÖ.) Der von Landeshauptmann Krainer ins Leben gerufene Ausschuß dient zur Versachlichung und Koordinierung der für unser Land so wichtigen Arbeit. Die neuen Schwierigkeiten, die uns heute von seiten der Stahlindustrie und der Metallindustrie angedeutet werden — es ist dies kein österreichisches Problem, es ist ein europäisches Problem — berechtigen den Wunsch, man möge doch bei diesen für die Bevölkerung unseres Landes so wichtigen Problemen die kleinliche Parteipolitik aus dem Spiel lassen, sondern mit dem hiefür nötigen sittlichen Ernst an die Arbeit gehen und gemeinsam für unser Land arbeiten. Wenn in dem Bericht der OECD vom 5. August 1965 über Arbeitskräfteproblem und Arbeitskräftepolitik in Österreich gesagt wird „Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung der Steiermark lebt in Problemgebieten, die als Entwicklungsgebiete anerkannt sind“, so ergibt sich daraus die natürliche Folgerung, daß nur in gemeinsamer und sachlicher Arbeit für unser Land Steiermark gearbeitet werden muß. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 23.05 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 16. 12., 8.30 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bei der Beratung der Gruppe 7 erteile ich Herrn Abg. Aichholzer das Wort.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Dem Umfang der landwirtschaftlichen Förderung in der Gruppe 7 entsprechend, wird diesen Fragen in der Debatte breiter Raum gegeben, was sicherlich nur zu begrüßen ist. Ich möchte jedoch nicht zu diesen Förderungsmaßnahmen, sondern zum Unterabschnitt 716, umfassend das Feuerwehrwesen, Stellung nehmen. Getreu dem Gelöbnis, das die Feuerwehrmänner bei Aufnahme in den Verband der Freiwilligen Feuerwehren ablegen, stehen Tausende von Feuerwehrmännern zu jeder Tages- und Nachtstunde ihren Mitmenschen, die ihrer Hilfe bedürfen, freiwillig zur Hilfeleistung zur Verfügung. Der Gesamteinsatz dürfte mit 200.000 bis 300.000 Stunden nicht zu hoch gegriffen sein, wenn er nicht noch darüber liegt. Die Männer der Freiwilligen Feuerwehr, aber auch der Berufsfeuerwehr, sind in unzähligen Einsatzstunden zum Teil unter Einsatz ihres eigenen Lebens zum Freund und Helfer für alle geworden, die in Gefahr gestanden sind, ihr Hab und Gut, aber auch ihr Leben zu verlieren. Solange diese Feuerwehren bestehen, werden sie Freund und Helfer sein und durch Tapferkeit, Mut und selbstlosen Einsatz ihren Mitmenschen helfend zur Seite stehen. Dank und Anerkennung sei ihnen dafür von dieser Stelle aus gesagt. Der ursprünglichen Aufgabe der Feuerwehren, wie schon der Name sagt, bei Bränden Löscheinsatz und Hilfeleistung durchzuführen, sind schon seit langer Zeit viele andere Aufgaben zugewachsen. Die Feuerwehr steht heute in Katastrophenfällen von Naturereignissen ebenso wie Bundesheer und Gendarmerie im Einsatz. Sie ist bei Verkehrsunfällen genauso zur Stelle, als wenn es gilt, Keller auszupumpen oder nach schweren Verkehrsunfällen die Straßen von den beschädigten Autos freizumachen. Immer häufiger kommt es auch vor, daß die Männer der Feuerwehren rettend oft im letzten Augenblick einspringen, um Menschen vor der Gefahr des Ertrinkens zu bewahren. Die Feuerwehr hat ihre Bewährungsprobe längst bestanden. Sie ist zu einem Teil der öffentlichen Einrichtungen geworden, in dem die Bevölkerung einen Bestandteil des Begriffes der Sicherheit und des Vertrauens sieht.

Meine Damen und Herren! Es ist daher nur zu begrüßen, daß für weitere Förderungsmaßnahmen seitens des Landes den Feuerwehren, wie aus der Voranschlagspost 716/701 zu entnehmen ist, ein Betrag von 9.137.000 Schilling zur Verfügung gestellt wird und daß die gesamten Ausgaben für das Feuerwehrwesen einen Betrag von etwas mehr als 11 Millionen ausmachen. Aus den Erläuterungen zu dieser Haushaltspost ist zu ersehen, daß diese Förderungsmittel zum Teil in Form von Beiträgen zur Ausrüstung und Modernisierung der Feuerwehr den steirischen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Es soll hierbei vor allem finanziell schwachen Gemeinden bei ihren Bauvorhaben, Löschteichen, Rüst-

häusern und größeren Anschaffungen für die Feuerwehr geholfen werden. Schließlich sollen noch Beiträge für Blitzschutzanlagen an landwirtschaftliche Betriebe gewährt werden. Außerdem ist im außerordentlichen Voranschlag eine Summe von 1 Million Schilling für den Neubau einer Feuerweherschule vorgesehen. Auch das ist nur zu begrüßen, wird doch dadurch eine Einrichtung geschaffen, die dazu dienen wird, den Feuerwehrmännern das notwendige Wissen und die erforderliche Ausbildung in der Vielfalt ihrer Aufgaben zu geben.

Eine Förderungsmaßnahme, meine Damen und Herren, wenn sie sicherlich auch nicht für alle Feuerwehrverbände notwendig sein dürfte, vermisste ich aber in dieser Aufstellung, und das ist der Förderungsbeitrag für die Aufstellung oder Ausrüstung von Wasserwehren im Verbände der Feuerwehr. Gerade bei den Einsätzen, die durch das Hochwasser erforderlich sind, zeigt es sich, daß es bezüglich der Wasserwehr noch nicht zum besten bestellt ist. Oft kann aber nur diese Hilfe und Rettung im letzten Augenblick bringen. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, das Gebiet der Wasserwehr seitens der Förderungsmittel, aber auch seitens der Feuerwehren besonders zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Wenn es sich auch im Gebiete des Feuerwehrwesens ganz besonders bei den unzähligen Einsätzen zeigt, daß es kraft persönlichen und freiwilligen Einsatzes möglich ist, außerordentlich ins Gewicht fallende Hilfeleistungen zu vollbringen, so bedarf doch die Feuerwehr auch heute noch, da sich ihr Aufgabengebiet stark erweitert hat, unserer finanziellen Unterstützung. Es sei hier lobend vermerkt, daß ihr diese auch im Rahmen der Möglichkeiten gewährt wird. Unser Augenmerk muß sich aber auch auf die Notwendigkeit der Einrichtung einer Wasserwehr richten, die überall dort entstehen sollte, wo ihr Einsatz bei künftigen Katastrophen erforderlich erscheint, um dadurch einen schlagkräftigen und erfolgversprechenden Einsatz auf diesem Gebiete zu gewährleisten.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß die Feuerwehren ob ihres beispielhaften Einsatzes das Vertrauen und die Achtung der Bevölkerung genießen und in vielen Fällen den Beweis erbrachten, daß das Vorhandensein einer örtlichen Feuerwehr von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Bei allen Überlegungen, die für eine Zentralisierung des Feuerwehrwesens sprechen, sollte man daher aber auch berücksichtigen, daß die Zentralisierungsmaßnahmen bestimmt nicht zweckmäßig wären, würden sie auf Kosten der Ortsverbände gehen. Eine sinnvolle Koordinierung bei weiterem Ausbau und Hilfeleistung für die bestehenden örtlichen Verbände könnte sich dagegen sicherlich zum Vorteil auswirken.

Nun ein anderes Problem, meine Damen und Herren. Die Verkehrslage im südlichen Grenz-

land hat uns bereits bei der letzten Budget-Debatte beschäftigt. Und ich darf einleitend kurz auf meine Ausführungen im Vorjahr Bezug nehmen. Ich sagte damals, daß es im Interesse einer schnelleren Verkehrsverbindung im Grenzland und darüber hinaus aber auch im Interesse der Erreichung des internationalen Niveaus in den Verkehrsverbindungen notwendig wäre, die Elektrifizierung der Strecke Graz—Spielfeld-Straß durchzuführen. Weiters, daß es auch notwendig wäre, daß zweite Gleis wieder zu errichten und daß es darüber hinaus auch zweckmäßig wäre, die zerstörte Eisenbahnbrücke über die Mur in Radkersburg wieder herzustellen, um damit im Gebiet Radkersburg eine internationale Verkehrsverbindung zu schaffen, so wie diese vor 1945 bestanden hat.

In Fortsetzung meiner damaligen Anregungen wurden von meinen Klubkollegen und von mir am 21. Juni 1966 dem Landtag zwei Anträge vorgelegt, die besagen, „die Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen Bundesstellen dahingehend einzuschreiten, daß 1. das zweite Streckengleis der Bahnlinie Leibnitz—Staatsgrenze nicht abgetragen wird, 2. zwischen Leibnitz und Wildon eine Ausweichstelle errichtet wird, 3. daß die Elektrifizierung ehestens in Angriff zu nehmen sei und schließlich 4. und 5. daß die Strecke Spielfeld—Radkersburg nicht nur zu erhalten, sondern reaktiviert und die Eisenbahnbrücke über die Mur zwischen Radkersburg und Ober-Radkersburg wieder errichtet werden müßte.

Der zweite Antrag, Einl. Zahl 229, beinhaltet die Forderung zur Ausarbeitung eines Projektes über die Über- oder Unterführung der Gleisanlagen des Bahnhofes Leibnitz bei der Überquerung der Landesstraße 149.

Nun, meine Damen und Herren, wenn ich auch anlässlich der vorjährigen Budget-Debatte sagte, daß diese Fragen nicht von heute auf morgen zu lösen sind und es wahrscheinlich Jahre dauern wird, um zu einer befriedigenden Regelung weit über die Anliegen des Grenzlandes hinaus zu kommen, so hatte ich doch die Hoffnung, nicht nur im Land, sondern auch in der Bundesregierung entsprechendes Gehör und Verständnis zu finden. Heute, meine Damen und Herren, ist diese Hoffnung beinahe erloschen und macht einer Bestürzung und Beunruhigung in weiten Kreisen der Bevölkerung Platz, die mich veranlaßt, noch einmal zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Wenn man sich die Mühe nimmt, zu verfolgen, was in der Zwischenzeit von Regierungsmitgliedern der Bundesregierung alles gesagt und versprochen wurde, so kann ich nicht umhin, festzustellen, daß hier zum Fenster hinaus geredet wurde und im stillen Kämmerlein ganz andere Pläne vorhanden sind. Wie uns einige Äußerungen in der letzten Zeit zeigen. (Abg. Stöffler: „Lesen wir nicht zum Fenster hinaus!“)

Wie also einige Äußerungen in der letzten Zeit zeigen, die bei ihrer Durchführung zu sehr ein-

schneidenden Verkehrseinschränkungen führen würden und praktisch Land oder Gemeinden vor die Alternative stellen könnten, entweder zu zahlen, — Herr Landesrat — oder es wird einfach eingestellt und zugesperrt. In Niederösterreich sind bereits drei solcher Anträge hinausgegangen.

Meine Damen und Herren! Im November 1965 war die verkehrswissenschaftliche Gesellschaft, Landesstelle Steiermark, mit rund 20 Fachexperten nach Radkersburg gekommen, um die Verkehrsprobleme an Ort und Stelle zu erkunden. Diese Experten waren sich damals einig, daß für den Schienenverkehr im Raume Radkersburg nicht nur einiges gemacht werden könnte, sondern auch gemacht werden müsse. Diese Kommission stellte so z. B. fest, daß eine Frachtkostenvergünstigung für die Radkersburger Strecke vertretbar wäre, ähnlich der, wie sie einmal vor dem Ersten Weltkrieg in Vorarlberg bestanden hat. Außerdem empfahl diese Kommission eine bessere Zugverbindung nach Graz und die Prüfung der Frage der Eisenbahnbrückenerrichtung, damit Radkersburg wieder, wie einst geplant, ein Verkehrsknotenpunkt wird, bei dem Straße und Schiene mit gleicher Berechtigung an der Entflechtung des Verkehrsproblems zum Wohle der Wirtschaft teilzunehmen haben. In diesem Gutachten wird somit praktisch das bestätigt, was wir schon seit Jahren immer wieder verlangen. Man könnte nun meinen, meine Damen und Herren, daß man sich zuständigerseits wirklich daran interessiert zeigt, dem Grenzland zu helfen, aber der Pferdefuß kommt noch. Bundeskanzler Dr. Klaus war im Mai 1966 in Radkersburg, wo er anlässlich einer Ansprache sagte: „Wo wir auf Bundesebene helfen können, werden wir helfen, denn wir haben ein Interesse daran, daß diese leidgeprüfte Gegend nicht vergessen wird.“ Verkehrsminister Dipl.-Ing. Weiß teilte im August 1966 auf eine Anfrage hinsichtlich des Personenverkehrs auf der Strecke Spielfeld—Radkersburg mit, „daß Überprüfungen im Gange seien, und daß bisher nicht die Absicht geäußert worden sei, den Personenverkehr einzustellen.“ Das sind eigentlich alles positive Äußerungen zu den Wünschen und Erfordernissen des Grenzlandes. Aber um welchen Preis die Strecke Radkersburg erhalten bleiben soll, das wurde erst jetzt durch Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung bekannt.

Man scheint sich da auf den einfachen Standpunkt zu stellen, — ähnlich wie bei anderen Wirtschaftsfragen, die bereits das Preisgefüge schwer belasten, — wenn das Land oder die Gemeinden Interesse daran haben, eine vom Verkehrsministerium vorgesehene Schließung einer bestimmten Eisenbahnstrecke zu vermeiden, dann müßten eben das Land oder die Gemeinden für die Kosten des Betriebes bzw. des Abganges der jeweiligen Strecke aufkommen.

Nun weiter. Sollte sich dieser Standpunkt durchsetzen, wären hievon nicht nur die Steier-

mark im ganzen, das Grenzland aber im besonderen, sondern darüber hinaus auch andere Bundesländer betroffen. Denn es ist kein Geheimnis, daß mehrere Strecken stillgelegt werden sollen. In Niederösterreich sind es bereits drei Streckenabschnitte. (Landesrat Wegart: „Das ist der Probst-Plan!“)

O nein. Wenn es der Probst-Plan wäre, Herr Landesrat, dann wäre es ja vorher durchgeführt worden. (Landesrat Sebastian: „Immer die anderen, nie die ÖVP!“)

Meine Damen und Herren, das ist keine verantwortungsvolle Wirtschafts- oder Verkehrspolitik, sondern das ist die Methode, wenn du was haben willst, dann bezahle es dir selbst, oder, sehr verehrtes Land und sehr geschätzte Gemeinde, eure Interessen interessieren uns in der Bundesregierung nicht. (Abg. Stöffler: „Wie war denn das eigentlich mit dem Gleis nach Leibnitz?“)

An die Adresse des Herrn Bundeskanzlers sei daher zu seinen Äußerungen in Radkersburg gesagt, daß die Durchsetzung dieser Absichten keine Hilfe für das leidgeprüfte Grenzland ist, und an den Verkehrsminister Dipl.-Ing. Weiß sei die Frage gerichtet, was wirklich mit der Strecke Radkersburg geschehen wird. Denn daß die Gemeinden dieses ärmsten Bezirkes der Steiermark auch noch Teilkosten der Bundesbahn übernehmen sollen, dazu, so nehme ich an, kann das Land nicht die Zustimmung geben.

Meine Damen und Herren! Bisher ist in dieser Frage noch nichts Entscheidendes geschehen, weder positiv noch negativ. Ich habe auch nur davon gesprochen, daß diesbezüglich Absichten und Pläne bestehen müssen. Anders sind die Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung nicht zu verstehen. Es ist aber gerade deshalb hoch an der Zeit, darüber zu beraten und nicht hinter verschlossenen Türen, sondern ehrlich und offen. (Abg. Stöffler: „Aber zuerst fest verdächtigen!“)

Kollege Stöffler, nicht Verdächtigungen, Tatsachen sind das. Jetzt ist noch Zeit, mit der Bundesregierung darüber zu reden und zu verhandeln. Es ist unsere Aufgabe, dies zu tun in ganz entschiedener und energischer Weise, um Nachteile in nicht abzusehendem Ausmaße abzuwenden. Wir stellen uns nicht gegen gewiß mangelnde notwendige Rationalisierungsmaßnahmen, die ja zum Teil schon durchgeführt sind, aber wir stellen uns ganz entschieden dagegen, diese Strecke aufzulassen oder den Gemeinden die Kosten hierfür anzulasten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Ing. Koch das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Ileschitz vorgemerkt.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mich hat gestern

die Rede des Herrn Kollegen Zagler zutiefst beeindruckt im negativen Sinne. Ich darf es Ihnen sagen wieso. (Präs. Afritsch: „Jetzt fangt er noch einmal an!“)

Ich stamme aus der Gegend von Pöfing-Brunn. Ich habe dort meine Kindheit verlebt. Ich habe miterlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Bergwerke — es waren sechs oder acht, mit den kleinen noch viel mehr — in den letzten Jahrzehnten 15- oder 18mal geschlossen worden sind der Reihe nach. Ich kenne das Los dieser Bergleute in den letzten Jahrzehnten, stamme aus einer Bergarbeiterfamilie, alle meine Angehörigen waren und sind zum Teil noch diesem Stande zugehörig. Ich darf Ihnen folgendes sagen: Wenn man dazu noch die Schwierigkeiten kennt, in diese verlassene, wirtschaftlich abgeschiedene Gegend Betriebe hinzubringen und wenn man sich dann noch vorstellt, daß man von Aasgeiern spricht.

Nehmen Sie zur Kenntnis, ich will das nicht ausnutzen, bei Gott nicht, ich will nicht den gleichen Fehler begehen, den er begangen hat. Ich mache nichts zum Vorwurf. Ich gebe nur zu bedenken, daß es unter diesen Umständen wahrscheinlich noch schwieriger sein wird, Leute, Unternehmer bewegen zu können, in dieses Gebiet zu kommen. Das ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, und wenn gestern der Herr Dr. Klauser gemeint hat, er bezweifelt, ob man in solchen Gebieten überhaupt in der Lage sein wird, Betriebe anzusiedeln, so hat er damit ja auch bestätigt, welche Schwierigkeiten uns entgegengestellt werden. Ich konzidiere auch dem Kollegen Zagler, daß es natürlich Unternehmen gibt, die vielleicht schon einmal Ausgleich usw. gemacht haben und die den letzten Strohalm versuchen zu ergreifen und mit öffentlichen Mitteln da oder dort im Grenzland anfangen. (Landesrat Sebastian: „Genau das hat der Abg. Zagler gesagt!“)

Ich sage ja, der Sachlichkeit wegen erwähne ich das, daß er das gemeint hat. Aber man muß sich etwas vorsichtiger ausdrücken, weil es sonst größte Schwierigkeiten gibt. (Abg. Scheer: „Nicht mehr in dem Fall!“)

Aber nun eine zweite Geschichte. Regen Sie sich nicht auf, Herr Abg. Scheer. Sie kommen ja nur ins Grenzland vor Wahlen. Sonst habe ich Sie noch nie dort gesehen. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Scheer.)

Noch nie waren Sie dort. Daher haben Sie auch gar kein moralisches Recht, in diesen Dingen Zwischenrufe zu machen. Das spreche ich Ihnen ab. (Abg. Scheer: „Aber Herr Kollege, wenn das Ihr einziges Argument ist, das ist viel zu wenig!“)

Wenn Sie einmal echt um Dinge des Grenzlandes sich kümmern, dann konzidiere ich Ihnen das. Aber sonst sind Sie außer Wahlwerbung noch nie aufgeschienen. Das möchte ich eindeutig hier feststellen, so sind die Dinge.